

Arbeiterstimme

Zeitschrift für marxistische Theorie und Praxis

Die Befreiung der Arbeiterklasse muß das Werk der Arbeiter selbst sein!



Revolution am Nil?

Seit Mitte Januar berichten die Medien täglich über Demonstrationen, Volksaufstände, Rebellionen und Revolutionen in den Ländern vom westlichen Nordafrika bis zum südlichen Arabien. Es geht nicht mehr um den Israel-Palästina-Konflikt, auch nicht um die weiterhin desolaten Zustände im Irak. Und die nach wie vor blutigen Auseinandersetzungen zwischen afghanischen Freischärlern und den Besatzungstruppen mit täglichen Toten und Verletzten (auch deutschen Soldaten) sind aus dem Blickfeld der Öffentlichkeit geraten. Tunesien, Ägypten und zuletzt Libyen. Beliebte Urlaubsländer nicht nur für Millionen deutscher Touristen stehen vorübergehend nicht mehr zur Verfügung. Präsidenten wie Ben Ali und Husni Mubarak, gute und verdiente Freunde der westlichen Wertegemeinschaft mussten fluchtartig ihre Paläste räumen und abtauchen. Wo früher in jeder Ecke

Islamisten vermutet wurden, werden plötzlich jugendliche Demokraten entdeckt. Wo man sich in Zeitungsredaktionen soeben noch über ärgerliche Generalstreiks in Griechenland mokiert hatte, wird in Tunesien, Ägypten, Libyen und

in weiteren Ländern den Leuten für weitaus militantere Aktionen anerkennend auf die Schulter geklopft. Man mag sich verwundert die Augen reiben. Wird Aufruhr salonfähig?

Artikel auf Seite 3

Inhalt

- Revolution am Nil? S. 3
- Ich schwanke zwischen Enttäuschung und Zorn über die Arbeitgeber S. 8
- Arbeitswelt prekär S. 10
- No Pasáron – Naziaufmarsch in Dresden verhindert! S. 11
- Leben in der Big Society S. 17
- Erfolge und Widersprüche der Kommunistischen Partei Chinas S. 18
- Wirtschaftsreformen in Kuba S. 24
- Patrice Lumumba S. 27
- Wir gratulieren dem Genossen Theodor Bergmann! S. 28
- Für einen neuen Internationalismus S.29
- Wolfgang Abendroth S.31

In eigener Sache

Angesichts der historischen Niederlage des Sozialismus 1989 triumphierten die Medien der bürgerlichen Welt schon, die kapitalistische Gesellschaftsordnung und die sie stützenden Herrschaftssysteme seien nun endgültig die Sieger und hätten ihre Überlegenheit bewiesen. Doch schneller, als es selbst ihre Gegner vermuteten, verloren der Kapitalismus und seine neoliberale Ausrichtung an Glanz, als sie in die größte Wirtschafts- und Finanzkrise seit 80 Jahren stürzten. Doch während die deutsche Bundesregierung, getragen von einem wirtschaftlichen Zwischenhoch, dem Volk weiszumachen versucht, die Krise sei überwunden, leiden vor allem die ärmeren Länder unter deren Folgen, von Irland bis Griechenland, besonders aber die Dritte-Welt-Länder. Und die Krisenursachen bestehen weiter, die Verschuldungsspirale geht ins schier Unermeßliche.

Die Krise hat nicht nur das Finanz- und Währungsgefüge erschüttert, sie führt sowohl zu weltpolitischen Veränderungen als auch zur Verstärkung innenpolitischer Spannungen. Wo die Verschlechterung der Lebensbedingungen auf bereits vorhandene Unterdrückung und soziale Verzweiflung stößt, kann dies zu Explosionen führen. Obwohl es in Nordafrika und den arabischen Ländern lange gährte, kamen die Aufstände für fast alle unerwartet. Mit den Umwälzungen im arabischen Raum sind die Massenbewegungen wieder auf die Bühne der Weltgeschichte zurückgekehrt: diesmal noch nicht als Angriff auf das besitzbürgerliche Gesellschaftssystem, sondern, den gegebenen Verhältnissen entsprechend, auf geschichtlich überholte Herrschaftsformen und Strukturen. Es ist auch eine Entwicklung zur Anpassung an die Moderne in einer globalisierten Welt. An den Eigentums- und Klassenverhältnissen wird sich nur wenig ändern, wie auch an der Abhängigkeit dieser Länder vom kapitalistischen Weltmarkt.

Noch sind die innen- und außenpolitischen Folgen der Revolten nicht genau absehbar; auch in Bezug auf das Verhältnis zu Israel. Die alten imperialistischen Mächte verlieren an Dominanz, werden aber weiterhin eine wichtige Rolle spielen. Die Losung der aufständischen Massen lautet: Freiheit, Würde und Brot.

Die Meldungen darüber, was in den USA geschieht, werden zur Zeit noch von den deutschen Einheitsmedien unterdrückt.

Wir gratulieren dem Genossen Theodor Bergmann zu seinem 95. Geburtstag am 7. März auf das herzlichste! Wir hoffen, dass er seine Arbeit als Kommunist, Autor vieler Bücher und als Kenner der KPO-Geschichte noch lange fortsetzen kann. Wir würdigen ihn mit Rezensionen seiner neuesten Bücher.

Schließlich ist man ja auch zu beschäftigt, in heuchlerischer Weise aus allen propagandistischen Rohren gegen Gaddafi zu schießen und dabei, Interventionen vorzubereiten, auch militärische.

Wie der britische „Guardian“ berichtete, erleben die Vereinigten Staaten derzeit die größten Demonstrationen seit dem Vietnamkrieg. Die Reaktionäre sind vielerorts in der Offensive. Sie versuchen, den Gewerkschaften politisch das Genick zu brechen. So will der Gouverneur von Wisconsin ein Gesetz zur Abstimmung stellen, welches den Gewerkschaften verbietet, über eine reine Tarifarbeit hinaus, politisch tätig zu werden. Ferner soll ihnen das Recht beschnitten werden, im Öffentlichen Dienst kollektive Lohnverhandlungen zu führen. Seit etwa drei Wochen demonstrieren fast 100.000 Menschen in Wisconsins Hauptstadt Madison. Die Massen besetzten das Parlament und skandierten: „Tunis, Kairo, Madison“. In vielen Teilen der USA schließen sich inzwischen Zehntausende den Protesten an.

In dieser Nummer haben wir uns des wichtigsten nordafrikanischen Landes angenommen, nämlich Ägyptens. Der Autor, der zum Zeitpunkt des Umbruchs selbst im Lande war, schildert die Geschehnisse und befaßt sich mit den Ursachen; auch mit den außenpolitischen Auswirkungen. Da der Umbruch ein Prozeß ist, dessen politischer Ausgang noch offen ist, werden wir uns noch länger damit beschäftigen müssen. Dasselbe gilt für den Ausgang des Bürgerkrieges in Libyen.

Manche Probleme im eigenen Land sind beunruhigend. Der Nazi-Aufmarsch in Dresden wurde auch dieses Jahr von den Antifaschisten im Wesentlichen blockiert. Das war schon deswegen ein großer Erfolg, da sich erneut herausgestellt hatte, dass Justiz und Polizei nicht in den Nazis, sondern in den Gegendemonstranten ihren Feind sehen. Die Staatsgewalt schreckte auch vor brutalen Exzessen nicht zurück und mißachtete Grundrechte. Das konnte sie nur, weil Politik und Medien dahinterstehen. Brauchen sie diese rechtsradikalen Haufen vielleicht noch mal? Ein Genosse, der aktiv an der Abwehr des Naziaufmarsches teilgenommen hat, schildert seine Erlebnisse und äußert sein Schlußfolgerungen.

Die Rechtskoalition in Berlin fährt weiterhin ihren antisozialen Kurs und setzt ihn u.a. damit durch, indem sie in einem faulen

Kompromiß mit der SPD die Neufestsetzung von Hartz IV umsetzt. Das sowie Leiharbeit, Mindestlohn und die Politik der IG Metall sind die Themen eines weiteren Artikels.

Eine Würdigung von Wolfgang Abendroth durch Andreas Diers, in der vorigen Nummer schon versehentlich angekündigt, drucken wir nun dieses Mal ab. Über die Lage im krisengeschüttelten Großbritannien berichtet unser englischer Genosse.

Als Diskussionsbeitrag veröffentlichen wir eine Zuschrift aus München zum DKP-Parteitag. Unsere China-Serie findet mit „Welche Blumen blühen?“ ihr vorläufiges Ende. Kuba ist an einem kritischen Punkt angekommen, der Reformen unumgänglich macht. Als Diskussionsbeitrag drucken wir einen Artikel aus der „Soz“ nach. Anlässlich des 50. Jahrestages seiner Ermordung rufen wir das Schicksal von Patrice Lumumba mit einem Nachdruck in Erinnerung.

Zahlungsaufforderung!

Dieses Mahnschreiben gilt natürlich nicht für die treuen ABO-Zahler und für die Mehrzahl der Leser, die uns immer wieder mit Spenden unterstützen. Sie stärken das finanzielle Fundament, das für die Erstellung der ARSTI unverzichtbar ist. Manche sind seit Jahrzehnten, oder sogar seit 40 Jahren treue Leser und einige von ihnen sind inzwischen Multiplikatoren und Mitarbeiter geworden. Manche von ihnen sind mit uns alt geworden. Da macht uns zu schaffen, dass Krankheiten und Tod schmerzliche Lücken in die Reihen unserer Spender und Abonnenten gerissen haben. Auf der anderen Seite haben wir mit Preiserhöhungen zu kämpfen. Das merken wir vor allem an den Versandkosten. Die Deutsche Post hatte schon vor einiger Zeit ihre Grundgebühren erhöht und nun berechnet sie neuerdings den Mehrwertsteuersatz von 19 %.

Wir appellieren deshalb an die Leser, uns mit Spenden beizustehen und zumindest das ABO zu begleichen!

Das wäre auch ein Zeichen der Solidarität und eine Anerkennung für unsere Arbeit!

Eine Überweisung liegt bei.

Wo bleibt die Solidarität?

Von der Zahlungsaufforderung ausgenommen sind natürlich jene Leser, die aus sozialen Gründen die Arbeiterstimme gratis erhalten oder denen wir aus Werbegründen die Zeitschrift unentgeltlich zuschicken.

Achtung: Am 21./22. Mai findet wieder unser Seminar in München statt. Ein Themenbereich wird Lateinamerika sein. Näheres und weitere Themen teilen wir auf Anfrage mit der Einladung Ende April mit.

Revolution am Nil?

Von Tunesien nach Ägypten

Am Anfang stand, so kann man es überall nachlesen, die Selbstverbrennung eines jungen Mannes aus Tunesien, der trotz seiner akademischen Bildung keinen Job gefunden, es als Obstverkäufer versucht



hatte und sich den Schikanen der Polizei ausgeliefert sah. „Die Flammen, die ihn umbrachten, entzündeten aber buchstäblich die Herzen von Millionen von Tunesiern, deren Demonstrationen wiederum Millionen von Ägyptern zur Rebellion ermutigten.“ (Mumia Abu-Jamal)

Die Ägypter, die sich zu Hunderttausenden auf Kairos Platz der Befreiung(!) und in vielen anderen Städten seit 25. Januar immer wieder zusammenfanden, um ihrer Verzweiflung und lange aufgestauten Wut über ihre miserablen Lebensbedingungen Ausdruck zu geben, mögen je nach Klassenzugehörigkeit und sozialer Lage von unterschiedlicher Motivation bewegt gewesen sein. Mag es bei einem Teil der Protestierenden der Frust über die Wahlfälschungen bei der Parlamentswahl im November gewesen sein, für die Mehrheit dürfte aber eher die Kluft zwischen der eigenen Notlage und dem immensen Reichtum einer kleinen herrschenden Schicht den Ausschlag gegeben haben.

Ein Regime geht über Leichen

Denn im Januar/Februar des Jahres 2011 in Ägypten auf der Straße zu demonstrieren, hieß nicht weniger, als das eigene Leben aufs Spiel zu setzen. Die weit über 300 Toten belegen die Härte, mit der das Regime anfangs versuchte die Revolte im Keim zu ersticken. Wenn aber die Verelendung und die Ausweglosigkeit eine bestimmte Grenze überschreitet – das zeigt die Geschichte

der Völker immer wieder – versagt oftmals die härteste Repression. Mit dem reichlich vorhandenen Personal von Polizei, Geheimdienst und Spitzeln und dem gnadenlosen Einsatz von brachialsten Methoden bis hin zu Folter und Ermordung, war es der ägyptischen Militärdiktatur jahrzehntelang erfolgreich gelungen, soziales Aufbegehren und oppositionelle politische Regungen zu unterbinden. Bei den Herrschenden musste der Eindruck entstehen, man könnte so in bewährter Manier weitermachen. „Der lange Arm des Staates“ sei allgegenwärtig, aber nicht greifbar, die Polizei unfassbar brutal. Patronage und Korruption gehörten „zum Alltag wie Fladenbrot und Tee“, beschreibt Christiane Schlötzer in einem Kommentar die Situation in Ägypten und fährt fort: „Es sind frustrierte Gesellschaften. Besonders unzufrieden sind die jungen Leute, die sich mit all dem nicht mehr klaglos abfinden wollen, die sich nicht mehr fügen in ein von wem auch immer vorbestimmtes Schicksal.“ (SZ, 29.1.11)

Michael Krätke, Professor für Ökonomie an der Universität Lancaster, sieht die „galoppierenden Lebensmittelpreise“ der letzten Jahre als „Brandbeschleuniger der Wut“ und verweist auf die Welthungerkrise von 2008, die in der aktuellen Berichterstattung selten erwähnt wurde, aber schon damals „zu blutigem Aufruhr in armen und ärmsten Ländern, nicht nur in Haiti, auch in Ägypten geführt“ habe. Wie sich Preiserhöhungen für Lebensmittel in nordafrikanischen Ländern konkret für die Masse der Bevölkerung auswirken, erläutert

Krätke wie folgt: „In Tunesien, Algerien und Ägypten müssen durchschnittliche Haushalte 40 bis 50 Prozent ihres Einkommens für Lebensmittel ausgeben, so dass ein Preisaufschwung von 20 bis 25 Prozent seit November kaum zu verkraften ist. Schon gar nicht, wenn eine überwiegend junge Bevölkerung unter einer unvorstellbaren

Arbeitslosigkeit leidet. Ohne Job – kein Einkommen, wenig Brot, noch weniger Fleisch. Kein Wunder, dass die Leute ihrer Verzweiflung auf der Straße Luft machen.“

Auch die SZ-Journalisten Silvia Liebrich und Tim Neshitov benennen die steigenden Lebensmittelpreise als eine Ursache für das massive Aufbegehren:

„Auch die andauernden Proteste in Tunesien, Algerien, Ägypten und Jemen könnten als Kartoffel- oder Brotrevolutionen in die Geschichte eingehen. Die Demonstranten fordern zwar vordergründig einen Regimewechsel, aber der Zusammenhang zwischen hohen Lebensmittelpreisen und Konflikten in der Region ist offensichtlich, spätestens seit 1977. Da versuchte Ägyptens damaliger Präsident Anwar el-Sadat, staatliche Subventionen für einige Lebensmittel zu streichen. Er löste damit eine Welle heftiger Proteste aus, die ihn zwang, seine Entscheidung rückgängig zu machen.“

Bis heute werde Brot vom ägyptischen Staat hoch subventioniert. Das reiche aber nicht mehr aus, um die Bevölkerung ruhig zu halten. Bereits 2008 hätten aufgebrachte Ägypter den Rücktritt des Präsidenten gefordert. Fleisch, Brot und Obst seien seitdem noch teurer geworden. An Beispielen aufgezeigt heißt das: „Rindfleisch etwa, das noch im Spätsommer ungerechnet drei Dollar pro Kilogramm kostete, wird in diesen Tagen für mehr als fünf Dollar angeboten. Gurken, Kartoffeln und Bohnen kosten heute das Doppelte und Äpfel sogar das Dreifache. Der Preis für Tomaten, ein unverzichtbarer Bestandteil der ägyptischen Küche, stieg um das Neunfache.“ (SZ, 8.2.11)

Nun ist für explodierende Weltmarktpreise bei Lebensmitteln nicht das Mubarak-Regime verantwortlich zu machen. Goldman Sachs, JP Morgan, Barclays und die Deutsche Bank handeln „... mit dem Geld von Investoren, denen sie höchst erfolgreich Zertifikate auf Warendermingeschäfte verkaufen. Hoch attraktiv für die Vermögensbesitzer, weil etliche solcher Spezialfonds in wenigen Monaten um 20 Prozent und mehr zulegen. (...) Großspekulant, einzelne Hedge- oder Investmentfonds, befinden sich so gut bei Kasse, dass sie ohne weiteres sieben, acht oder zehn Prozent der weltweiten Ernte aufkaufen können, sei es bei Kakao, Reis oder Weizen.“ (Krätke)

Robert Bibeau, ein französischsprachiger Autor stellt die Frage: „Warum lodert die Flamme des Volksaufstands in den Straßen von Algier bis Kairo?“ Seine Antwort: „Weil die arabischen Völker unterdrückt, ausgebeutet, ohne Beschäftigung und manchmal ohne Brot sind. Alle diese nachweislich vorhandenen Motive sind schon oft betont worden. Meist unerwähnt bleibt dagegen ein anderes, das meines Erachtens einen noch wichtigeren Faktor der Veränderung darstellt. Alle arabischen Länder haben – schrittweise, aber langsamer als der Westen – den Übergang von der patriarchalischen, handwerklichen Gesellschaft, einer Welt der kleinen regionalen Unternehmer, zu einer Ökonomie der Belieferung der globalen Märkte mit natürlichen Ressourcen und für den Export hergestellten Waren vollzogen. Eine Schicht von Milliardären, Millionären, großen Kapitalisten hat, gestützt auf die Staatsmacht und ihre Mittel, auf die Plünderung der öffentlichen Haushalte, nach und nach die Grundbesitzer und Basarhändler aus der Verwaltung des Staatsapparates verdrängt.“ Seit 30 Jahren hätten „diese Entwicklungen, einschließlich der Herausbildung einer Kaste der Großkapitalisten, Handelsmonopolisten und Kleinbürger im Handels- und Kommunikationsbereich, die soziale Landschaft der arabischen Länder tiefgreifend verändert (dies weniger in Saudi-Arabien und den Vereinigten Arabischen Emiraten wegen der immensen Öleinnahmen)“. (junge Welt, 15.2.11)

Es sind die Gesetzmäßigkeiten des kapitalistischen Weltmarktes, die diese Ergebnisse hervorbringen.

Da die Akteure dieser Entwicklung für die betroffenen Menschen weder sicht- noch greifbar sind, richtet sich deren Wut gegen die heimi-

schen Repräsentanten dieser Ordnung. Die allerdings waren gelehrige Schüler einer Wirtschaftsideologie, die als alternativlos galt und zum Teil immer noch gilt: „Eine neoliberale, auf Steuersenkungen und forcierte Privatisierung setzende Wirtschaftspolitik, die dem Land 2007 den von der Weltbank verliehenen Titel des ‚weltweit besten Reformers‘ eintrug.“ (K. Knipp, Freitag, 10.2.11) Und Nomi Prins, Mitarbeiterin einer Nichtregierungsorganisation aus New York, ergänzt mit Verweis auf eine Broschüre des ägyptischen Ministers für Investitionen – mit ihr hatte er noch im März 2010 versucht, internationales Kapital mit der Begründung anzulocken, für die Weltbank gelte sein Land als Reformland: „Das Prädikat ‚Reformer‘ der Weltbank hat nichts mit der Lage der Bevölkerung zu tun, sondern dreht sich nur um die Leichtigkeit, mit der ‚heißes‘ internationales Geld in ein Land geworfen und wieder herausgezogen werden kann. Ägypten hat sich den Platz unter den ersten 10 ‚Reformern‘ in den letzten fünf Jahren viermal verdient.“ (SOZ 3/11)

Das System Mubarak

An der Spitze des Landes stand bis vor wenigen Wochen Husni Mubarak als Präsident und das seit über 29 Jahren. Einem kleinen Ort 60 km nordwestlich von Kairo entstammend, hatte sich der Sohn eines Gerichtsschreibers für die militärische Laufbahn entschieden. Als Offizier der Luftwaffe brachte er es nach einigen Auszeichnungen im Einsatz als Kampfpilot bis zum Oberbefehlshaber der Luftstreitkräfte und seine Ernennung zum Vizepräsidenten im April 1975 war nicht überraschend erfolgt. Nach der Ermordung des Präsidenten Anwar al Sadat wurde Mubarak 1981 Staats- und Ministerpräsident Ägyptens. Er regierte das Land bis zuletzt im Ausnahmezustand. (<http://de.wikipedia.org/wiki/Ausnahmezustand>)

Unter der Herrschaft Mubaraks war nicht mehr viel zu spüren vom Mythos der Bewegung der *Freien Offiziere*, die 1952 König Faruk gestürzt hatte. Nichts mehr vom sozialrevolutionären Programm des Gamal Abdel Nasser, der das Land bis 1970 regiert und Ägypten innerhalb der Bewegung der blockfreien Staaten

weltweit hohes Ansehen verschafft hatte. Zwar war Mubaraks Nationaldemokratische Partei bis zu seiner Entmachtung Mitglied der sozialdemokratischen *Sozialistischen Internationale*, also eine Schwesterpartei der hiesigen SPD. Das verbindet diese Partei und deren Vorsitzenden mit der tunesischen Staatspartei des geflüchteten Präsidenten Ben Ali und sagt einiges über die Verkommenheit sozialdemokratischer Parteien aus. Der verspätete Ausschluss der beiden Parteien aus der Internationale nach der Flucht des jeweiligen Vorsitzenden muss nicht extra kommentiert werden. Für die US-Administration war Mubarak das, was gemeinhin als verlässlicher Partner bezeichnet wird. Washington konnte sich auf ihn in jeder Hinsicht verlassen. Dafür gab es Finanzhilfen, die unter den Staatsfunktionären, den Militärs und der nationalen Bourgeoisie aufgeteilt wurden. „Seine politische Langlebigkeit hat Mubarak dem Bündnis mit Amerika zu verdanken, das Ägypten seit 1979 rund 60 Milliarden Dollar einbrachte.“ (Rudolph Chimelli, SZ, 2.2.11) Wenn es zutreffen sollte, dass Mubarak in den drei Jahrzehnten zwischen 40 und 70 Milliarden US-Dollar zusammenraffte, übersteigt die Größenordnung jedes Vorstellungsvermögen.

„Wenn wir wollten, dass jemand gefoltert werden sollte, dann schickten wir ihn nach Ägypten, um ihn dort foltern zu lassen.“, wird der US-Journalist Ron Suskind in der *trend-online Zeitung* zitiert. Dafür zuständig war General Omar Suleiman, langjähriger Geheimdienstchef, der von Mubarak zum Vizepräsidenten befördert wurde. Suleiman, durch seine Ausbildung in Fort Bragg über enge Beziehungen zur US-Army verfügend, soll auch persönlich bis zuletzt an Folterungen teilgenommen haben.

Das Mubarakregime genoss aber nicht nur bei den US-Verbündeten hohe Anerkennung, auch die Regierungen der EU-Staaten ließen sich gerne in Kairo sehen. So auch Kanzlerin Merkel und ihr Außenminister Westerwelle, der im Mai 2010 bei Mubarak seine Aufwartung machte und nach eigenen Angaben „auch stets die Bürgerrechte und die Menschenrechte angesprochen“ haben wollte, wovon die mitreisenden Journalisten und die Beamten des Auswärtigen Amtes nichts mitbekamen. Mitbekom-

men hätten sie, dass er ihn nach dem Empfang als „Mann mit enormer Erfahrung, großer Weisheit und die Zukunft fest im Blick“ gepriesen habe. (SZ, 1.2.11) Von dieser Warte aus ist es nicht verwunderlich, wenn sich die westlichen Staatschefs nur zögerlich von Mubarak absetzten, während Fidel Castro schon am 1. Februar erklärte: „Das Schicksal von Mubarak ist besiegelt, und nicht einmal die Hilfe der Vereinigten Staaten wird seine Regierung noch retten können.“

BRD und Ägypten: Ein besonderes Kapitel

Apropos deutsch-ägyptisches Verhältnis, ein eigenes Thema, das hier nur knapp angerissen werden kann. Nicht erst die etwa eine Million deutsche Touristen, die jährlich die historischen Sehenswürdigkeiten am Nil und die Badestrände am Roten Meer aufsuchen oder die laut Recherche des WDR 120 deutschen Firmen, die hier Niederlassungen haben und etwa 25.000 Leute beschäftigen, stehen für ein besonderes Verhältnis. Auch nicht die Parleistiftungen der Bundestagsparteien, die seit längerem in Kairo ihre Dependancen eingerichtet haben und schon seit einiger Zeit ihre Fühler ausstrecken, um in der politischen Übergangsphase ein gewichtiges Wort mitzureden und auf das künftige Machtgefüge Einfluss zu nehmen. Vor allem die FDP nahe Friedrich-Naumann-Stiftung soll wieder mal recht rührig sein. Und wo die FDP-Stiftung mitmischt, ist auch Vorsitzender Westerwelle nicht weit. Auf dem Platz der Befreiung soll er, wie die *Süddeutsche Zeitung* am 25.2.11 berichtete, geäußert haben, dass Deutschland hier so einen guten Ruf genieße, das habe ja mit der friedlichen Revolution vor 20 Jahren zu tun. Ob ihm da nicht ein paar Dinge durcheinander geraten? Das besondere deutsch-ägyptische Verhältnis gründet vor allem in der Sympathie, die das Deutsche Reich, das dritte wohlgeachtet, während des II. Weltkrieges genossen hatte. Man hatte einen gemeinsamen Feind: Großbritannien, die frühere Protektorsmacht Ägyptens. Das war noch zu Zeiten

des Königs Faruk I. Auch nach der Niederlage der faschistischen Wehrmacht blieben die engen Kontakte erhalten. Zu Beginn der 50er Jahre ließ die Kairoer Führung ihre Armee von 600 ehemaligen Wehrmachtangehörigen und SS-Leuten – darunter mehr als ein halbes Dutzend Generale – auf Vordermann bringen. Die Zusammenarbeit hatte einen nicht unwichtigen Nebenaspekt. Noch vor der Gründung der Bundeswehr konnten Vorarbeiten – vergleichbar den illegalen Manövern der Reichswehr in den 20er Jahren in der Sowjetunion – in aller Verschwiegenheit geleistet werden. Man beließ es aber nicht bei Zusammenarbeit im militärischen Bereich. Auch für die Polizei und den Geheimdienst standen *Spezialisten* zur Verfügung. Leute, die damals das Licht der Öffentlichkeit tun-



lichst zu meiden hatten. Etwa Hans Eisele, Chefmediziner im KZ Buchenwald oder SS-Sturmbannführer Alois Brunner, verantwortlich für die Deportation zehntausender Jüdinnen und Juden in die Vernichtungslager. Wenn in den vergangenen Wochen Vertreter der deutschen Bundesregierung bei den Regierenden in Kairo auf Verzicht von Gewalt insistiert hatten, ist das mehr als scheinheilig, denn die Zusammenarbeit deutscher Stellen mit den berüchtigten ägyptischen Repressionsorganen war nach einer mehrjährigen Unterbrechung seit 1978 stark intensiviert worden.

Die Protestbewegung: Wer steht dahinter?

In einer „ersten kurzen Stellungnahme“ kommt die Zeitschrift *Arbeiterpolitik* zu dem Ergebnis: „Es sind die kleinbäuerlichen und proletarischen Schichten, die den Aufstand der ‚Stra-

ße‘ tragen, dort aber nicht als eigenständige politische Kraft auftreten.“ Als am besten organisierte politische Opposition in Ägypten gelte die Muslimbruderschaft, die insbesondere auch Klein- und Mittelunternehmer und Vertreter akademischer Berufe vereine und nach eigenen Worten jederzeit in der Lage sei, eine funktionierende Regierung zu stellen. (*Arbeiterpolitik*, 10.2.11) Diese Muslimbruderschaft „die stärkste und am besten organisierte Opposition“ (*Avenarius*, SZ 2.2.11) – da sind sich alle Beobachter einig – war nicht die Initiatorin der Revolte. Ursprünglich eine staatenübergreifende Befreiungsorganisation, die sich auf die Werte des Islam bezog, kann sie auf eine lange und wechselvolle Geschichte zurückblicken und soll im Volk über hohes Ansehen verfügen, was sich unter Bedingungen von freien Wahlen zeigen wird. Sie unterhält einen eigenen Wohlfahrtsapparat mit Kliniken, Suppenküchen und Schulen. Die Bruderschaft darf nicht mit den auf individuelle Terrorakte setzenden Gruppen Dschihad Islami (Islamischer Heiliger Krieg) und Gamaa al-Islamija (Islamische Gruppe) verwechselt werden. Letztere zeichnete für die Ermordung Sadats im Jahre 1981 verantwortlich.

Eine bedeutend wichtigere Rolle spielten in den aktuellen Auseinandersetzungen die Bewegung *Kifaya* (Genug!) und die Jugendbewegung 6. April, beide im Zeitraum von 2004 bis 2008 aus verschiedenen Protestaktionen und Klassenauseinandersetzungen entstanden. Einen gewaltigen Schub bekam die Jugendbewegung, als im Juni 2010 ein Student der Universität Alexandria von Polizisten auf offener Straße erschlagen worden war. Erfreulich an der jüngsten Entwicklung ist nicht zuletzt, dass es den reaktionären Kräften nicht gelungen ist, den Widerstand durch das Hineintragen religiöser Differenzen zu spalten. Vor allem nach dem mörderischen Anschlag vor einer koptischen Kirche zu Beginn des Jahres mit 23 Toten bestand die Gefahr real.

Unterbelichtet war in der Berichterstattung die Rolle oppositioneller Gewerkschaftsgruppen vor allem in den Teilen des Landes, die stärker industriell geprägt sind. Schon in den 90er Jahren hatte durch die Privatisie-

rungspolitik das seit der Nasser-Zeit traditionelle Bündnis zwischen Staat und Arbeiterbewegung deutliche Risse bekommen. Sich daraus entwickelnde Streikbewegungen waren niedergeknüppelt worden. Als dann im Januar dieses Jahres die Revolte begann, traten ganze Belegschaften der modernen Industrien, in der Textilarbeiterstadt Mahalla, am Suezkanal und im öffentlichen Dienst in den Streik und beteiligten sich kämpferisch an den Aktionen zum Sturz des Mubarakregimes. Ob sich aus der gegenwärtigen Situation eine starke, d.h. klassenbewusste Arbeiterbewegung entwickeln wird, kann derzeit ebenso wie die generelle Entwicklung des Landes nur schwer prognostiziert werden. (Mehr dazu unter <http://www.egyptworkersolidarity.org>)

Georg Polikeit gibt zu bedenken, es „könnte sich das Fehlen eines organisierten linken Kraftzentrums mit klaren programmatischen Vorstellungen in der nun entstandenen Situation doch als ein Mangel erweisen, der es erleichtert, die Bewegung in ‚freie Wahlen‘ einmünden zu lassen, bei denen lediglich eine Gruppierung der ägyptischen Oberschicht durch eine andere bourgeoise Gruppierung abgelöst wird, ohne dass sich Grundlegendes zugunsten des Volkes ändert.“ (UZ, 6/2011)

In westlichen Medien wurde schon frühzeitig Mohammed el-Baradei, langjähriger Generaldirektor der in Wien ansässigen Atomenergieorganisation, als möglicher Nachfolgekandidat des angeschlagenen Präsidenten ins Gespräch gebracht. Der Karrierediplomat ist – in diesen Zeiten keine Nebensächlichlichkeit – kein biederer Befehlsempfänger der US-Administration. Im Atomstreit mit dem Iran ist er für Verhandlungen eingetreten. Deshalb ist seine Wiederwahl 2005 von den USA nicht unterstützt worden. Der deutliche Versuch, vor allem von europäischer Seite, ihn von außen zu implantieren, hatte bei der Protestbewegung nicht den erhofften Erfolg. Was aber nicht heißt, dass im Parlamentarisierungsprozess der nächsten Monate in Vorbereitung auf Neuwahlen, Leute wie el-Baradei und der ehemalige Außenminister Amr Musa nicht eine bedeutende Rolle spielen werden. Die Muslimbruderschaft soll in der personellen Frage zu erheblichen Kompromissen bereit sein.

Volksaufstand, Revolte oder gar Revolution?

Der kleinste gemeinsame Nenner in den Forderungen der ägyptischen Protestbewegungen war: Mubarak muss weg! Auch seinem Sohn Gamal sollte die Nachfolge nicht übertragen werden. Am 11. Februar, bereits einen Tag nach der alle irritierenden Rede des angezählten Präsidenten wurde von Vizepräsident Suleiman der erhoffte Rücktritt verkündet. Laut Verfassung hätte in dieser Situation entweder der Parlamentspräsident oder der Vorsitzende des Verfassungsgerichts Mubaraks Nachfolge übernehmen müssen. Dem war aber nicht so. Die Macht übernahm der Oberste Militärat unter der Führung des Oberkommandierenden, des Feldmarschalls Tantawi. Ein paar Stimmen dazu:

Für Angelo Del Boca, italienischer Historiker und ehemaliger Partisan, bedeutet das: „In Kairo liegt die Macht in den Händen der Streitkräfte, die das Parlament aufgelöst und die Verfassung ‚eingefroren‘ haben. Sicher, sie haben versprochen, auf die Opposition zuzugehen und die Abhaltung eines Verfassungsreferendums zugesichert. Es bleibt allerdings eine Tatsache, daß es sich im Moment um einen Militärputsch handelt. Genauso klar ist, daß die Straßenproteste nicht aufhören und neben Lohnerhöhungen auch weiterhin demokratische Garantien gefordert werden.“ (jW, 23.2.11)

Khaled Al-Khamissi, Kairoer Schriftsteller, der sich an den Protesten auf dem Tahrir-Platz beteiligt hatte, nach der Zukunft des Landes befragt: „Das erkunden wir gerade. (...) Ich habe mit vielen Kollegen gesprochen. Dabei fiel mir ein Satz des türkischen Dichters Nazim Hikmet ein: ‚Wir fühlen, dass das Morgen besser wird als das Heute.‘ Wir alle haben großes Vertrauen in die Zukunft.“

Und er schränkt ein: „Ich vertraue nicht den Politikern, sondern dem ägyptischen Volk. Wir wissen, dass es hier einen Staat gibt, der seit 10.000 Jahren

dieselben Grenzen hat. Das war immer ein starker Staat, der seine Bewohner unterdrückt hat.“ (SZ, 16.2.11)

Der Schriftsteller Robert Misk, der sich und die Leser im Freitag vom 10.2.11 mit der Frage quälte, ob die Revolten in den arabischen Ländern schon als Revolution zu bezeichnen seien, kommt in Anlehnung an Michel Foucault zu dem Ergebnis: „Ob wir das jetzt Revolution nennen oder nicht, ist dem historischen Prozess schnurzelgal. Aber vielleicht sollten wir bedenken: Es sieht aus wie eine Revolution, es riecht wie eine Revolution. Es wird wohl eine Revolution sein.“

So einfach können es sich Marxisten nicht machen. Gerade weil in den Medien für die Vorgänge in Tunesien und Ägypten auffällig häufig der



Begriff Revolution bemüht wird, ist Vorsicht geboten. So schreibt etwa Dr. Andreas Jacobs, der Vertreter der Konrad-Adenauer-Stiftung in Kairo, von der „Revolution des 25. Januar“. Und Dr. Ronald Meinardus, Repräsentant der Friedrich-Naumann-Stiftung titelt seinen aktuellen Bericht aus Kairo vom 14. Februar: „Ägypten nach der Revolution“. Gerade die im Zusammenhang mit konterrevolutionären Putschversuchen in Lateinamerika einschlägig bekannte Naumann-Stiftung der FDP ist eine ungeeignete Kronzeugin für eine Revolution, vor allem, wenn sie den Vorgang mit Sympathie beurteilt. Damit sich in Ägypten nach dem Volksaufstand wieder(!) eine EU-kompatible politische Struktur entwickeln kann, hat das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit die Kairoer Stiftungsfilialen mit zusätzlich drei Millionen Euro ausgestattet (German Foreign Policy, 23.2.11)

Der Historiker Eric Hobsbawm wagte in seiner umfangreichen

Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts (1994) einen Ausblick auf mögliche revolutionäre Veränderungen in Ländern der Dritten Welt und kam zu der Einschätzung: „Sozialer Zusammenbruch eher als revolutionäre Krise prägt die Welt am Ende des ‚Kurzen 20. Jahrhunderts‘. Natürlich gibt es Länder, wo die Bedingungen für den Sturz eines verhassten Regimes, das seine Legitimität verspielt hat, gegeben sind und ein Volksaufstand unter der Führung von Kräften möglich scheint, die in der Lage wären, das Regime zu ersetzen (...). Zur Zeit ... zählte beispielsweise Algerien dazu.“ (S. 570)

Dass der Stein in Tunesien ins Rollen kommen würde, um dann über Ägypten auch Gaddafis Libyen zu erfassen und welchen Verlauf

Plötzlich gehen die Uhren anders! Gehen sie anders?

Man hat die Rechnung ohne den Wirt gemacht. Mit dem Verlauf der Geschäfte konnte man bisher mehr als zufrieden sein. Nicht wenige Firmen hatten Niederlassungen aus dem fernen Asien und aus Osteuropa abgezogen, um die günstigen Investitionsbedingungen in den nordafrikanischen Staaten zu nutzen.

Für Ägypten ist das im Detail in der aktuellen Länderanalyse der Gesellschaft für Außenwirtschaft und Standortmarketing mbH „Germany Trade and Invest“ nachzulesen. Die in Bonn ansässige Gesellschaft wird von der deutschen Bundesregierung finanziell gefördert, ist also als regierungsnah

rechts der CSU-nahen Hanns-Seidel-Stiftung mit seinem Hinweis: „Ägyptens Inflationsrate wird auch 2011 im zweistelligen Bereich liegen. Insbesondere bei den Lebensmitteln gibt es aber immer wieder Preissteigerungen von über 30 % – ein sozialer Sprengstoff für das Jahr 2011.“

Tomas Avenarius zeichnet ein düsteres Bild und sieht aktuell „Ägyptens Wirtschaft, geprägt von Korruption und Missmanagement, ... nach dem Umbruch am Boden“. Er beruft sich dabei auf den eben genannten Michael Marks, der seine gerade erst veröffentlichte Prognose nach dem Motto, was kümmert mich mein Geschwätz von gestern, ignoriert und jetzt zu einer entgegengesetzten Einschätzung kommt: „Diese Revolution verwandelt sich gerade von einer politischen in eine soziale.“ Dann erlaubt er sich die Warnung: „Das ist Sprengstoff für Ägyptens Wirtschaft.“ Denn Ägypten sei „ein Billiglohnland in einer globalisierten Weltwirtschaft.“ (SZ, 16.2.11) Und ein Billiglohnland kann sich wegen der ausländischen Investoren natürlich keine höheren Löhne leisten. Dabei weiß Marks um die Problematik ägyptischer Löhne, die sich am Mindestlohn von monatlich 50 € orientieren.

Zu der Frage ob in Ägypten nach der Frühjahrsrebellion die bisher bekannten Weichenstellungen angesichts der vielfältigen sozialen, ökonomischen und politischen Probleme schon Anlass zur Hoffnung geben, soll Mumia Abu Jamals vorsichtige Prognose nicht unerwähnt bleiben: „Niemand kann heute sagen, wie weit sich dieser Flächenbrand in Nordafrika und der arabischen Welt noch ausbreiten wird. Die ägyptische Bevölkerung ist nun erwacht und in eine neue Zukunft aufgebrochen, aber sie befindet sich noch ganz am Anfang dieses langen Weges.“ (jW 19.2.11) Die Staaten Nordafrikas werden auf diesem Weg nur dann eine echte Chance haben, aus dem Desaster herauszukommen, wenn sie ihre Rolle innerhalb des kapitalistischen Weltmarktes bewusst verändern. Die Anregungen könnten sie sich von den lateinamerikanischen ALBA-Staaten holen. Die gerade sich zuspitzende Einmischung der imperialistischen Mächte in die inneren Angelegenheiten Libyens bedroht die Entwicklung der gesamten Region und gibt zu äußerster Besorgnis Anlass.

Stand: 1.3.11, hd



die Volksaufstände nehmen würden, konnte niemand voraussehen. Die Regierungschefs der EU-Staaten wähten sich in trauter Zusammenarbeit mit den Potentaten auf der sicheren Seite. War da nicht erst die EU-Mittelmeerunion als stabilisierendes Projekt von Frankreichs Präsident Sarkozy aus der Taufe gehoben worden? Sollten da nicht die Herren Ben Ali für Tunesien und Hosni Mubarak für Ägypten für eine stabile Südschiene in der Flüchtlingsabwehr sorgen? Alles bereits Geschichte. Die sich überstürzenden Ereignisse in zentralen Maghreb-Staaten haben die ehrgeizigen Pläne Makulatur werden lassen. Der Generalsekretär der Union ist zurückgetreten. Ob unter den gegenwärtigen Bedingungen die Planungen zum Konzept *DESERTEC*, also mit Hilfe von Sonnenwärmekraftwerken in den nordafrikanischen Wüsten Strom zu erzeugen und nach Europa zu transportieren, fortgeführt werden können, ist fraglich.

einzustufen. Erstellt wurde die Studie zum Jahreswechsel 2010/11 von Michael Marks, der die Gesellschaft in Kairo vertritt. Ägyptens Wirtschaft habe, so Marks, die globale Krise gut überstanden. Zwar werde sich die sukzessive Aufwärtsbewegung 2011 (!) nur leicht beschleunigt fortsetzen, die Vielfalt der Infrastrukturmaßnahmen mache Ägypten aber zu einem interessanten Partner. Marks räumt ein, dass ein Wachstum von 6% nötig wäre, um Erfolge bei der Armutsbekämpfung zu erreichen und den Arbeitsmarkt zu entlasten, sieht jedoch aktuell keine Voraussetzungen dafür. Trotz dieser Einschränkung, die er nicht weiter problematisiert, geht er von einer insgesamt positiven Entwicklung des Landes aus und verweist auf die OECD, die Ägypten eine Reihe von Fortschritten bescheinige. Die aktuellen Ereignisse haben den Wirtschaftsexperten blamiert. Weit aus näher an der Realität lag Ende 2010 der Verfasser des Quartalsbe-

Ich schwanke zwischen Enttäuschung und Zorn über die Arbeitgeber

Berthold Huber

Am 9. Februar scheiterten die Verhandlungen zur Neuregelung der Hartz-IV-Leistungen zwischen den Regierungs- und Oppositionsparteien. Die Linke war allerdings an diesen Verhandlungen nicht beteiligt. Sie war nicht eingeladen, weil von der strikten Anti-Hartz-Partei sowieso nicht erwartet wurde, dass sie einem, wie auch immer gearteten, Kompromiss zustimmen würde. Zumindest das ehrt sie. Zu einer Neuregelung ist die Bundesregierung gezwungen, weil das Bundesverfassungsgericht genau vor einem Jahr Teile des 2005 eingeführten Arbeitslosengeldes II für grundgesetzwidrig erklärt hat. Das Arbeitsministerium brachte deshalb einen Gesetzentwurf ein, der eine Erhöhung des Hartz-IV Regelsatzes um lächerliche 5.- Euro vorsieht, sowie weitere Maßnahmen zu Gunsten der Kinder von Hartz-IV-Empfängern, die aber letztlich nichts anderes als ideologische Verschleiernungsmaßnahmen gegenüber der restlichen Bevölkerung sind. Ein grundlegender Beitrag zur Verbesserung der Situation dieser Menschen werden diese Maßnahmen nicht sein.

Klar war, dass dieses Thema ein gefundenes Fressen für die Opposition war und ist, besonders natürlich für die SPD. Seit sich diese nämlich nachhaltig im Umfragekeller der Wählergunst befindet, versucht sie gerade zwanghaft, sich mit sozialen Themen zu profilieren. Bei den Verhandlungen griff sie deshalb auch die Forderung der Gewerkschaften nach Einführung eines Mindestlohnes auf. Geradezu dümmlich ist dabei allerdings ihre offensichtliche Hoffnung, dass die Menschen vergessen haben, dass unter der Schröderregierung gerade diesem Sektor die uneingeschränkte Expansion gestattet wurde. Aber immerhin, bei den Verhandlungen bewegte sich das Regierungslager ein wenig. So soll der Mindestlohn auf die Zeitarbeits- und Sicherheitsbranche ausgeweitet werden. Auch ein gleicher Lohn für gleiche Arbeit, *Equal-Pay* genannt, scheint zu kommen.



Kollege Berthold Huber mit Daimler-Chef Dieter Zetsche

Bereits im vergangenen Jahr hat die IG Metall in den Tarifverträgen der Stahlindustrie die gleiche Bezahlung für Leiharbeiter erfolgreich durchgesetzt. Geschuldet war das aber alleine der besonderen Struktur der Stahlindustrie, mit dem erweiterten Einfluss, den die Gewerkschaft dort hat. Eine vergleichbare Regelung in der Metall und Elektroindustrie, sowie den anderen Branchen im Organisationsbereich der IG Metall, wird kaum durchzusetzen sein. Dazu fehlt schlichtweg die gewerkschaftliche Kraft. Leiharbeiter sind nämlich kaum organisiert. Bei den anderen Gewerkschaften sieht es ebenfalls nicht besser aus. Das Interesse ist deshalb bei den Gewerkschaften groß, dass sich an diesen Zuständen etwas ändert, denn die Leiharbeiter konkurrieren mit ihren Billiglöhnen in den Betrieben mit den deutlich höheren Tariflöhnen. Nicht zuletzt deshalb setzen die Gewerkschaften auf die traditionelle Arbeitsteilung mit der SPD. Vergessen sind offensichtlich die Zeiten, in denen sie von dieser Partei systematisch ausgebootet wurden.

Dass aber tatsächlich das *gleiche Geld für gleiche Arbeit* in der Arbeitswelt hierzulande Realität wird, ist kaum zu erwarten. Das gilt selbst für den Fall, dass die Merkelregierung ihre Absichtserklärung in Gesetzesform gießt. Es deutet sich schon jetzt das Schlupfloch für die Unternehmer an, das sie benutzen werden, um ein

mögliches Gesetz zu umgehen. Die FDP will nämlich dieser Regelung nur zustimmen, wenn der gleiche Lohn erst nach neun und nicht schon nach drei Monaten bezahlt wird, wie das SPD und Grüne verlangen. Das freut die Herren Kannegießer und Hundt. Sie stimmen, wenn überhaupt, einer solchen Einschränkung sofort zu. Gesamtmetall-Präsident Kannegießer hat sich im Neujahrspressegespräch seines Verbandes Ende Januar entsprechend positioniert. Zeitarbeit sei „aus der modernen Arbeitswelt nicht mehr wegzudenken“, stellte er fest und wies die Forderung der IG Metall nach Gleichstellung von Leiharbeitern und Stammbeschäftigten energisch zurück. Auch müsse, so Kannegießer, ein deutlicher Lohnunterschied bestehen, sonst wären massiv Arbeitsplätze bedroht. „Eine Verdrängung regulärer Arbeitsplätze findet nicht statt“ behauptete Kannegießer und versucht damit den Vorwurf der IG Metall zu entkräften. Kannegießer steht mit seiner Auffassung zu Zeitarbeit und Mindestlöhnen natürlich nicht alleine. Sein *Klassen-Kamerad* Hundt stößt ins gleiche Horn. Der Präsident der Bundesvereinigung der Arbeitgeberverbände (BDA) wendet sich entschieden gegen die Pläne von Regierung und Opposition. Auch er sieht keine Notwendigkeit, der fast einen Million Leiharbeitern den gleichen Lohn zu zahlen wie den Stammbeslegschaften. Dabei macht er den Herrschaften in Berlin unverblümt klar, wie das Kapital ein solches Gesetz austricksen wird. „Die großen Unternehmen werden Wege finden, um durch Auswechseln der Zeitarbeitnehmer mit dem Problem fertig zu werden“, so Hundt.

Das ist eine klare unmissverständliche Ansage der Kapitalisten, orientiert an ihrer Interessenslage, Maximalprofite zu erwirtschaften. Aber wen kann das eigentlich verwundern? Schließlich ist und war das schon immer ihre Politik. Hand in Hand mit ihren jeweiligen Bundesregierungen, haben sie dafür gesorgt, dass Deutschland zu dem jetzigen Er-

folgsmodell wurde. Die Umverteilung von Unten nach Oben ist seit langem Programm. Durch Dumpinglöhne, Senkung der Lohnnebenkosten und Unternehmenssteuer-Senkungen ist es ihnen gelungen, Exportweltmeister zu werden. Heute sind die deutschen Kapitalisten die dominierende Wirtschaftskraft in der EU und dadurch in der Lage, den EU-Ländern ihren Willen aufzudrängen. Es kann deshalb niemanden verwundern, wenn sie an dem Zustand nichts verändern wollen. So müsste es eigentlich sein. So ist es aber nicht. Die Gewerkschaften, allen voran Berthold Huber, reiben sich erstaunt die Augen über des Verhaltens der Kapitalisten. So verlautet Huber gegenüber der *Süddeutschen Zeitung*: „Ich schwanke zwischen Wut und Enttäuschung.“ Die SZ weiter: „Die Arbeitgeber wollten Leiharbeiter, um Flexibilität zu bekommen, etwa wenn es kurzfristig mehr Aufträge gibt“. Diese seien ihnen zugestanden worden. Nun stelle sich heraus, dass sie einfach die Löhne senken und ihre Profite erhöhen wollen. „Das ist eine Täuschung der Menschen und der Politik.“ ...einfach die Löhne senken und die Profite erhöhen, welche unmoralische Handlungsweise!

Es ist kaum vorstellbar, dass Huber an das, was er da sagt, selbst glaubt. Es scheint eher so zu sein, dass Huber Opfer seiner Illusionen geworden ist und jetzt einen auf Moral macht. Das kommt in seiner Feststellung zu Hundts Aussagen bezüglich des *Equal-Pay* zum Ausdruck. Er wirft Hundt vor, „den Konsens, den wir in den vergangenen Jahren hatten“ (SZ), aufzukündigen. Über lange Zeit erhielt Huber viel Lob aus dem Unternehmerlager und ihren Medien. Als Reform- und besonnener Gewerkschafter wurde er hofiert. In einem Portrait in der *Stuttgarter Zeitung* vom Dezember 2009 ist zu lesen: „Mit einigen Entscheidern der Wirtschaft kann Huber besonders gut, vor allem mit Siemens-Chef Peter Löscher. Beide haben eine ähnliche Werteorientierung. Siemens ist ein Paradebeispiel dafür, wie eine Gewerkschaft mit pragmatischem Handeln maximalen Einfluss erlangt. Als stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender hat Huber an vorderster Stelle daran mitgewirkt, die Zerschlagung des Technologiekonzerns zu verhindern. ... Für den Wandel benötigte Huber Verbündete, er fand sie in Aufsichtsratschef Ger-

hard Cromme und Deutsche Bank-Chef Josef Ackermann“. Da war dann ja das richtige Gespann beisammen! Wem so vom Klassegegner geschmeichelt wird, der glaubt dann irgendwann selbst, dass der Interessengegensatz zwischen Kapital und Arbeiterschaft in die Mottenkiste des Klassenkampfes gehört. Der ist dann zu tiefst enttäuscht, wenn ein Hundt, mit dem er lange als Bezirksleiter in Stuttgart zu tun hatte, eine solche „Verschlagenheit“ zeigt. Die Enttäuschung muss für ihn sehr tief sein, weil er feststellt, dass er heute mit seinen „Appellen an die Vernunft“ an die Wand läuft. Als man während der Krise auf Seiten des Kapitals und der Bundesregierung nicht wusste, wie deren Verlauf aussieht, hat man, weil man ihn brauchte, auf ihn gehört, z.B. beim Thema Abwrackprämie und der Verlängerung der Kurzarbeit. Da konnte er seinen Traum von der Rückkehr zum rheinischen Kapitalismus ungestört träumen. Heute muss er feststellen, dass das Kapitallager im Traum nicht daran denkt, die zu seinen Gunsten veränderte Arbeitswelt zurückzudrehen. Und das wird die Gewerkschaftsbewegung in absehbarer Zeit deutlich schwächen.

Nach einer aktuellen Betriebsrätebefragung im Orgbereich der IG Metall sind 85 Prozent der in den Medien bejubelten Neueinstellungen prekäre Arbeitsverhältnisse. Der Löwenanteil fällt dabei auf den Bereich der Leiharbeit. Inzwischen gibt es in den Betrieben fast eine Million Leiharbeiter, mit steigender Tendenz. Für eine Gewerkschaft kann das eine gefährliche Entwicklung sein, wenn es ihr nicht gelingt, diese Kolleginnen und Kollegen zu organisieren. Im Falle eines Arbeitskampfes sind solche Beschäftigten geradezu prädestiniert für den Einsatz als Streikbrecher. Das weiß man natürlich in den Gewerkschaften, weshalb mit großem Personal- und Geldeinsatz in Organisierungskampagnen versucht wird, diesen Schwachpunkt zu beseitigen. Leider ist es bis jetzt nicht in nennenswertem Umfang gelungen, dieses Kollegenpotential für die Gewerkschaften zu gewinnen. Blicke im Bereich der IG Metall noch die Tarifpolitik. Huber hat ja bereits ange-

kündigt, in der Metall und Elektroindustrie analog zur Stahlindustrie die Angleichung der Leiharbeiterlöhne an die Tariflöhne zu fordern. Abgesehen davon, dass die nächste Tarifrunde in der M+E-Industrie erst im März

2011 ansteht, steht die Frage, ob eine solche Forderung überhaupt durchsetzbar ist. Im Konfliktfall müsste sie nämlich von der Stammbesellschaft stellvertretend für die Leiharbeiter im Streik durchgesetzt werden. Im Moment ist das nur schwer vorstellbar. Berthold Huber beklagt

das Verhalten der Unternehmer als „schlicht unfair“. Deshalb hat es am 24. Februar einen Aktionstag in den Betrieben gegeben. Ziel der Aktion war nicht nur, Druck zu machen, um zu betrieblichen Vereinbarungen zur gleichen Bezahlung von Leiharbeitern zu kommen, sondern auch, die Bundesregierung zu einer grundlegenden Reform des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes zu bewegen. Es ist nicht anzunehmen, dass die Kapitalisten und die Bundesregierung tief beeindruckt waren von der Aktion, obwohl mehr als 200.000 KollegInnen daran teilnahmen. Sie war eher symbolischer Natur, im Grunde eine Pflichtübung, die wenig politischen Druck hervorbrachte. Politischer Druck wäre aber die Voraussetzung, wenn man in der Frage der Leiharbeit weiterkommen will. Aktuell stellt man aber nur fest, dass darüber gejammert wird, wie „unfair“ man behandelt wird. Wirkliche Bewegung wird, nicht nur in der Frage der Leiharbeit, erst dann entstehen, wenn die Gewerkschaften mit dieser elenden Sozialpartnerschaft brechen, wenn sie das wirkliche Gesicht des Kapitalismus nicht länger verschleiern und zu kämpfen beginnen. Nach den jetzt gemachten Erfahrungen müsste Huber in seiner Verantwortung als Vorsitzender diesen Kurs eigentlich forcieren. Würde das geschehen, wäre es allerdings aus mit dem Hofieren des besonnenen Reformers Huber durch Kapital und Medien.

Leider gibt es in den Gewerkschaftsvorständen nicht wenige erfahrungsresistente Funktionäre. Und es scheint vieles dafür zu sprechen, dass der Kollege Huber zu dieser Fraktion gehört.



Arbeitswelt prekär

Anfang der 90er Jahre wurde die Arbeitnehmerüberlassung Schritt für Schritt dereguliert. In der Zeit davor war es den Unternehmern nur für einen eng begrenzten Zeitraum möglich befristete Arbeitskräfte oder Zeitarbeitskräfte einzustellen. Auf diese Möglichkeit griffen sie immer dann zurück, wenn ein Beschäftigter für eine absehbare Zeit ausfiel, wie beispielsweise für die Mutterschutz-Zeit, wegen einer länger dauernden Krankheit, oder auch wegen einer Wehrübung. Die Deregulierung erreichte ihren Höhepunkt unter der von Schröder geführten Bundesregierung. Unter der Ägide der Sozialdemokratie wurden 2004 das Befristungs-, das Wiedereinstellungs- und das Synchronisationsverbot abgeschafft. Auch die maximale Überlassungsdauer der Arbeitskräfte an einen Entleiher wurde freigegeben. Im Grunde genommen wurde damit, durch die *Hartz-Reformen*, das Arbeitnehmerüberlassungsgesetz völlig obsolet.

Seither bieten sich den Unternehmern sehr weitgehende Möglichkeiten Druck auf die Stamm-Beschäftigten auszuüben und die Gewerkschaften in den Betrieben zu schwächen. Davon will heute die Sozialdemokratie natürlich nichts mehr wissen. Lieber spielt sie sich als „Hüter der Rechte des kleinen Mannes“ auf.

Offiziell wurde die Deregulierung damals von Kapital und Sozialdemokratie damit begründet, dass die Betriebe im Rahmen der Globalisierung der Weltwirtschaft flexibler sein müssten um wettbewerbsfähig zu bleiben und die Zeitarbeit darüber hinaus eine Brücke von der Arbeitslosigkeit in die Festanstellung sei.

In der Folgezeit entwickelte sich die Zeitarbeit in einem unwahrscheinlichen Tempo. Waren es 2004 noch 326.000 Leiharbeiter, so waren es im Oktober 2006 bereits doppelt so viele. Und nach einem Einbruch während der Weltwirtschaftskrise, bewegt sich die Zeitarbeitsbranche heute auf

die Millionengrenze an Beschäftigten zu. Der Charakter der Zeitarbeit wird deutlich, wenn man sich anschaut, woher die Arbeitskräfte die dort arbeiten, kommen. Das IAB (*Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung*) in Nürnberg führt eine Arbeitnehmerüberlassungsstatistik (ANÜSTAT).



Nach dieser kommen zwei Drittel der Arbeitskräfte, die bei einer Zeitarbeit anfangen direkt aus der Arbeitslosigkeit. Ein Drittel der vormals arbeitslosen Leiharbeiter hat auch nach der Zeitarbeit keinen Job. Lediglich etwa 7 Prozent der Leiharbeiter waren im Zweijahreszeitraum vor ihrer Einstellung mindestens ein Jahr außerhalb der Leiharbeit beschäftigt. Die Zahlen belegen: das Gerede von der Brücke zu einem festen Arbeitsplatz durch die Leiharbeit gehört in den Bereich der Märchen. Auch das Argument, Zeitarbeit sei für die Betriebe aus Gründen der Flexibilität erforderlich, ist nicht haltbar. Auch in der Vergangenheit reagierten die Betriebe flexibel auf einen unerwarteten Auftragseingang. Das Erwirtschaften zusätzlicher Profite lässt sich kein Kapitalist nehmen. Allerdings war das in der Vergangenheit etwas teurer. Sonderschichten, Überstunden und Neueinstellungen verursachen für ihn höhere Kosten, als der Rückgriff auf eine Zeitfirma.

Doch auch darin ist nicht die Begeisterung der Unternehmer für diese Beschäftigungsform zu suchen. Ihnen geht es um die grundsätzliche Umgestaltung der Arbeitswelt. Das wollen allerdings weder die Unternehmer, noch ihre Lobby in den Parlamenten offen sagen. Deshalb wird gelogen, dass sich die Balken biegen. So behauptet Kannegießer von Gesamtmetall frech, dass durch die Zeitarbeit keine Verdrängung regulärer Arbeitsplätze stattfände. Die Erfahrungen der

Gewerkschaften und Betriebsräte sprechen dagegen eine andere Sprache. Wie die IG Metall festgestellt hat, besteht das hochgejubelte deutsche „Job-Wunder“ zu 85 Prozent aus Neueinstellungen, die in dem prekären Bereich verbucht werden müssen. Die Hälfte davon sind Leiharbeiter, die andere Hälfte sind Beschäftigte mit einer zeitlichen Befristung. Dabei sind Dumpinglöhne, das zeigt eine aktuelle DGB-Studie, an der Tagesordnung. Die Löhne liegen dabei teilweise so niedrig, dass Mitte 2010 rund 92.000 Beschäftigte – und das ist jeder achte – zu den so genannten Aufstockern zählten. Das heißt, das Entgelt dieser Menschen reichte alleine nicht zum Leben und wird deshalb durch Hartz IV

subventioniert. Doch auch die übrigen können von ihren Löhnen nicht gerade üppig leben. Die Lohnunterschiede zu Beschäftigten in anderen Branchen sind riesig. So lag das mittlere Bruttoeinkommen aller Vollzeitbeschäftigten 2009 bei 2805 Euro im Monat gegenüber 1456 Euro für Leiharbeiter, was einem Lohngefälle von 48,1 Prozent entspricht. Und dieser Abstand ist in den vergangenen Jahren sogar noch größer geworden. Nach der Studie des DGB kommen „nur 19,1 Prozent der bei Verleihfirmen Beschäftigten auf monatlich mehr als 2000 Euro brutto. In der gesamten Wirtschaft gilt dies dagegen für gut 70 Prozent der Vollzeitbeschäftigten. Bundesweit erhielten ein Zehntel aller Beschäftigten weniger als 1000 Euro im Monat, im Osten sind es 20 Prozent“. In diese soziale Lage werden jetzt nach der Krise immer mehr Werk-tätige gedrängt. Dabei ist die Diskriminierung in Entlohnungsfragen noch nicht alles. Am Arbeitsplatz in den Betrieben findet sie ihre Fortsetzung. Stammebeleg-

schaft und vielfach auch Betriebsräte verhalten sich oft wenig solidarisch gegenüber diesem Belegschaftskreis. Von Ausnahmen in den Betrieben der Automobilindustrie abgesehen, pochen die Betriebsräte selten auf gleiche Bezahlung für gleiche Arbeit. Und meistens ist man sogar in Betriebsräten und Stammebelegschaften darüber heimlich froh, dass es dieses „Ventil“ der Leiharbeit gibt. Bei Auftragsrückgängen und Beschäftigungsproblemen können diese KollegInnen „problemlos“ abgeschoben werden. Wenn das geschieht, gibt es keine sichtbare Resonanz bei der Stammebelegschaft. Diese sieht die Leiharbeiter nicht als Belegschaftsteil und damit als Kollegen mit denen man solidarisch ist.

Die Kapitalisten wollen natürlich an diesen Zuständen nichts ändern. Es liegt in ihrem Interesse, wenn Belegschaft sich spalten. Mit dem Einsatz von immer mehr Leiharbeitern geht ihre Taktik des „teile und herrsche“ voll auf. Sie glauben damit den

Hebel gefunden zu haben, die Löhne auf Dauer niedrig zu halten und sogar noch weiter zu drücken. Davon zeugen die Verlautbarungen ihrer Verbandsoberen. Kannegießer und Hundt fordern gegenüber der Bundesregierung für die Zukunft noch mehr „Flexibilität“. Also noch mehr Zeitarbeit, noch mehr Befristungen und Teilzeitarbeit zu Billigkonditionen. Und die Politik unterstützt sie dabei. So sind die Anfang Februar veröffentlichten Pläne der Koalition, dass Rentner zukünftig neben ihrer Rente mehr hinzuverdienen dürfen, ein Beleg dafür. Besonders die FDP macht sich dafür stark, dass Rentner bis zur Höhe ihres letzten Bruttoentgelts hinzuverdienen dürfen. Welche Möglichkeiten für Kapitalisten auf Billigarbeitskräfte zurückzugreifen. In Zukunft werden immer mehr Rentner aufgrund des Sozialkassenschlags der zurückliegenden Jahre in die Altersarmut gestoßen. Es wird ihnen gar nichts anderes übrig bleiben als einen Zusatzjob zu su-

chen. Egal zu welchen Konditionen. So wird man sicher auch in Zukunft hierzulande, wie heute schon in den USA, 80jährige sehen, die sich zur Arbeit schleppen.

Noch nimmt die Arbeiterklasse diese ganzen Verschlechterungen ihrer Lebensverhältnisse hin. Allerdings ist im Moment noch immer nicht eine Mehrheit davon betroffen. Mit breiten offensiven Widerstandsaktionen ist deshalb vorerst nicht zu rechnen. Aber das einstige Vertrauen in die Sicherheit und Zukunft unter kapitalistischen Verhältnissen ist dahin. Die Stimmung in den Betrieben und im Lande ist schlecht und wenig optimistisch. Eine Ahnung, dass die kapitalistischen Verhältnisse weiter nidergehen ist inzwischen in der Klasse vorhanden. Erst wenn sie aber zur Gewissheit wird, kann wirkliche Bewegung und Bewusstsein entstehen. Das ist die Voraussetzung dass sich die Verhältnisse ändern.

No Pasáron* – Naziaufmarsch in Dresden verhindert! Eine Stadt im Ausnahmezustand

Seit jetzt fast 15 Jahren veranstalten die Nazis in zeitlicher Nähe zum Jahrestag der Zerstörung Dresdens durch alliierte Bomberverbände am 13. und 14. Februar 1945 einen Aufmarsch. „Trauermarsch“ nennen sie frech diese Provokation. Ursprünglich fing das Ganze ziemlich klein an und wurde von der demokratischen Öffentlichkeit wenig beachtet. Die Verantwortlichen der Stadt spielten dabei eine seltsame Rolle. Sie versuchten, diese Umtriebe herunterzuspielen und anfangs sogar zu verheimlichen. Später ging das dann nicht mehr. Dafür wuchsen die Aufmärsche mit den Jahren dann doch zu rasant an, um sie zu „übersehen“. Diese Entwicklung war nicht gottgewollt, sondern war konkret dem Verhalten der Verantwortlichen der Stadt geschuldet. Diese gewährten den Nazis großzügig Freiräume

und zeigten sich ihnen gegenüber unglaublich tolerant. Entschuldigen lässt sich das nicht mehr, wie das ab und zu getan wird, mit der „politischen Naivität“ der Ostdeutschen. Was sich in Dresden im Zusammenhang mit dem 13./14. Februar abspielte und abspielt, ist schon mehr als Naivität oder nur auf „dem rechten Auge blind“ zu sein. Das ist objektiv die offene Kumpanei mit den Nazis!

Im Jahr 2000 waren es dann bereits 500 Nazis, die bundesweit mobilisiert und geschützt von einem massiven Polizeiaufgebot, durch die historische Innenstadt zogen. Unter ihnen die Nazigrößen Franz Schönhuber und Horst Mahler.

Seit dem Jahr 2005 scheinen diese „Trauermärsche“ zu dem jährlichen Höhepunkt der deutschen und europäischen Neonazi-Szene geworden zu sein. Die Teilnehmerzahlen liegen seit jenem Jahr zwischen 5.000 und 6.000. Neben der deutschen Szene fin-

den sich auch Faschisten aus Schweden, Tschechien, Polen und Ungarn. Den Initiatoren geht es bei ihrer braunen Großaktion um zweierlei. Zum einen geht es, wie sie das ausdrücken, um den „Kampf um die Straße“. Sie wollen der antifaschistischen Öffentlichkeit demonstrieren, dass deren Gegenaktionen wirkungslos sind, dass sie selbst ein Machtfaktor sind. Und zum anderen geht es den Nazis um die Revision der Geschichte. Sie wollen die Geschichte umdeuten. Aus den Tätern wollen sie die Opfer machen. So sprechen sie im Zusammenhang mit der Bombardierung Dresdens vom „Bombenholocaust“ oder tragen bei ihren Aufmärschen Transparente mit Parolen „Das war kein Krieg,



* Sie kamen nicht durch

das war Mord“. Geschickt knüpfen sie dabei an den Opfermythos an, der in Dresden seit 1945 besteht.

Der Dresdner Mythos

Dieser Mythos wurde noch 1945 nach der Bombardierung der Stadt, vom Goebbels'schen Propagandaministerium selbst etabliert. Die Kulturstadt Dresden sei „sinnlos“ zerstört worden, wobei mehr als 100.000 Menschen umgekommen seien. Die Nazis logen die tatsächliche Zerstörung der Stadt und die Zahl der Menschenopfer ins Gigantische hoch. Damit wollten sie im Februar 1945 die letzten Widerstandsreserven der Deutschen mobilisieren, um ihren verbrecherischen Krieg so lange wie möglich fortzusetzen. Nazideutschland ging kurz danach zugrunde, der Mythos aber blieb. So sprach beispielsweise vor einigen Jahren an einem 13. Februar selbst die Bündnisgrüne Katrin Göring-Eckardt auf der Gegenkundgebung von „der unschuldigen Stadt“, die ohne strategischen Wert sinnlos zerstört worden sei. Die Wahrheit sieht

allerdings anders aus. Die Zerstörung der Stadt war natürlich sehr groß und konzentriert auf das Stadtzentrum. Sie ging aber nicht über den Grad der Zerstörung hinaus, den andere deutsche Städte wie Hamburg, Köln oder Magdeburg erlitten hatten. Auch die Zahl der Menschenopfer entsprach bei weitem nicht der Nazi-propaganda. Eine Historikergruppe hat in den 90er Jahren die Zahl von ungefähr 25.000 Todesopfern ermittelt. Ungeachtet dessen, wie man die Bombardierungen deutscher Städte während des zweiten Weltkriegs bewertet, unakzeptabel ist, wenn Ursache und Wirkung vertauscht werden. Das geschieht zwar mehrheitlich in Dresden nicht. Doch dem Mythos hat das bis heute keinen Abbruch getan. Auch die SED hat ihn während des „kalten Krieges“ in modifizierter Form gepflegt. Und so werden noch immer alljährlich am 13. Februar Ge-

denkveranstaltungen und Trauerfeiern abgehalten.

Behindern und stören

Am liebsten wäre es den Stadtoberen, wenn man am 13. Februar beim „stillen Gedenken“ unter sich wäre. Man will diese Nazidemonstrationen nicht. Doch nicht etwa, weil man in der Stadtverwaltung einen konsequenten politischen Standpunkt einnimmt, sondern weil die Nazi-Aufmärsche Reaktionen des antifaschistischen Lagers und der demokratischen Öffentlichkeit provozie-



ren. Solche stören den Ablauf der Geschäfte in der Stadt und verursachen negative Schlagzeilen. Das kann man in der „Kultur- und Tourismusstadt“ Dresden nicht gebrauchen. Die Stadt hat deshalb in den zurückliegenden Jahren Gegenaktionen nicht nur nicht unterstützt, sondern zum Teil regelrecht behindert und gestört. Die Zeit lässt in einem Artikel im Februar des Jahres den DGB-Regionvorsitzenden Ralf Hron zu Wort kommen. Der Kollege stellt dort fest: „Protestierer, selbst aus bürgerlichen oder kirchlichen Gruppen, würden als Krawallmacher hingestellt. Organisatoren von Gegenaktivitäten bekommen ‚ständig Steine in den Weg gelegt‘, erfahren die genehmigten Demo-Routen der Rechtsextremen erst im letzten Moment oder gar nicht. Bis heute stehen in seiner Garage tausend Plakate mit dem Slogan ‚Diese Stadt hat Nazis satt‘ – die Stadt habe ihm das Aufhängen trickreich untersagt. Während

NPD und die JLO, die sich mittlerweile Junge Landsmannschaft Ostdeutschland nennt, jahrelang attraktive Marschstrecken bekamen, wurden Antifa-Demos konsequent aus dem Zentrum verdrängt. ‚In Dresden laufen Sachen, die im Rest der Republik undenkbar sind.‘“

Und in der Tat: In Städten wie Jena oder Leipzig sind Nazi-Aufmärsche wie in Dresden nicht denkbar. Im Unterschied zu Dresden setzten sich dort die Oberbürgermeister an die Spitze von Gegenmaßnahmen und stellten sich damit den Nazis wirklich in den Weg, mit dem Resultat, dass dort der braune Mob nicht mehr aufmarschieren will. Ganz an-

ders dagegen in Dresden. In der bereits erwähnten Ausgabe der Zeit erinnert sich Herbert Wagner (CDU), langjähriger OB in Dresden: „Mein Ansatz war, die Rechten nicht einmal zu ignorieren. Ich wollte die nicht aufwerten, und große Protestaktionen verschaffen Aufmerksamkeit“. Und nach diesem Grundsatz handelte er bis zu seiner Abwahl im Jahr 2001. Wagner, von Beruf Ingenieur bei Robotron und bis 1989 politisch nicht aufgefallen, wurde 1990 zum Oberbürgermeister gewählt. An Blässe war er nicht zu überbieten. Es gab absolut nichts, was ihn zum OB qualifizierte. Am Wahrscheinlichsten ist, dass er zum richtigen Zeitpunkt, an der richtigen Stelle, wie so viele Nachwende-Mandatsträger, laut „rote Socke“ gerufen hat und – schwupp, ins Amt katalpultiert wurde. Ihm folgte als OB Inggolf Roßberg, Jurist und FDP-Mann und aus der LDPD kommend. Unter

ihm schien sich hinsichtlich der Naziumtriebe ein Kurswechsel anzudeuten. Roßberg wurde jedoch wegen eines Vetterngeschäftes Anfang 2006 suspendiert und mußte damit den Weg freimachen für die jetzige Oberbürgermeisterin Helma Oroz (CDU), ursprünglich Kindergärtnerin von Beruf. Oroz wurde republikweit bekannt im Zusammenhang mit dem Bau der Waldschlößchenbrücke. Von den Brückengegnern wird ihr der Verlust des Welterbetitels der UNESCO angelastet.

Händchenhalten gegen Nazis



Oroz unterscheidet sich von Wagner nur wenig. Auch sie will vor allem Ruhe in der Stadt. Wie ihr blasser Parteifreund sieht sie die eigentlichen Unruhestifter auf Seiten der Nazigegner und entsprechend verhält sie sich. Allerdings kann sie nicht, so wie ihr Vorgänger Wagner, den jährlichen Faschistenaufmarsch ignorieren oder gar totschweigen. Dazu steht der 13. Februar inzwischen zu sehr im Fokus des nationalen und auch internationalen Interesses. Sie war deshalb schon im vergangenen Jahr gezwungen, formal etwas gegen den Naziaufmarsch zu unternehmen.

Als das Bündnis *Dresden Nazifrei* im Jahr 2010, unterstützt von viel Politikprominenz, zur Blockade der Nazidemo aufrief, unterstützte Oroz natürlich diesen Aufruf nicht. Krampfhaft suchte sie nach etwas, was der Blockade entgegengesetzt werden konnte. Schließlich wurde auch das geeignete Mittel in Form einer Menschenkette gefunden; abseits der vorgesehenen Marschroute der Nazis – zum „Schutz der Dresdner Innenstadt“. Damit sollte ein symbolisches Zeichen gesetzt werden gegen jene, die „den Tag der Trauer missbrauchen wollen“, so die Stadt. Immerhin

folgten dem Ruf rund 15.000 Dresdnerinnen und Dresdner und Helma war „überwältigt“.

Zeitgleich sammelten sich auf dem gegenüberliegenden Elbufer 6.000 Nazis vor dem so genannten Neustädter Bahnhof. Von dort wollten sie mit ihren Aufmarsch beginnen. Es blieb jedoch beim „Wollen“! Denn dem Blockadeaufruf des Bündnisses *Dresden Nazifrei* waren ebenfalls mehr als 12.000 Antifaschisten gefolgt. Zum ersten Mal konnte so in Dresden am 13. Februar der europaweit größte und wichtigste Naziaufmarsch durch entschlossene Massenblockaden gestoppt werden.

Die Nazis waren vor dem Bahnhof umzingelt und konnten nicht losmarschieren. Möglich war das geworden, weil in über 200 Bussen Menschen aus dem gesamten Bundesgebiet und dem Ausland nach Dresden kamen. Seit dem frühen Morgen bis zum Abend harrten Tausende an sechs Blockadepunkten bei Eiseskälte aus und machten so den Aufmarsch der Nazis unmöglich – eine herbe Niederlage in ihrem „Kampf um die Straße“.

Dass die Nazis nicht marschieren konnten, war natürlich ein Riesenerfolg; ein Erfolg, trotz des Versuchs seitens der Stadt, die Teilnehmer einzuschüchtern und den Protest zu kriminalisieren. So hat die Staatsanwaltschaft im Vorfeld des 13. Februar 2010 Räume des Bündnisses *Dresden Nazifrei* durchsucht und Festplatten und Plakate mit Blockadeaufrufen beschlagnahmt. Eine breite Solidarisierung mit dem Bündnis fand daraufhin statt. Über 800 Organisationen und 2.000 Einzelpersonen, darunter bekannte Musiker, Politiker und Pfarrer, machten die Blockaden zu ihrer eigenen Auseinandersetzung um die Legitimität von zivilem Ungehorsam gegen Naziaktivitäten. Dies übte einen starken Druck auf die politischen

Verantwortlichen der Stadt und die Polizei aus. Deshalb hielt sich die Polizei zurück. Der politische Preis einer gewaltsamen Räumung wäre zu hoch gewesen.

Was anschließend geschah, war dann beinahe schon kabarettreif. Alle Verantwortlichen in der Stadt und im Freistaat waren plötzlich außerordentlich stolz über die gezeigte Zivilcourage der Dresdner und frohlockten darüber, dass der Naziaufmarsch verhindert worden war. Allerdings fiel es diesen Kreisen schwer, anzuerkennen, dass das alleine der zuvor von ihnen verteuflten und kriminalisierten Blockade zu verdanken

war. So verstieg sich Helma Oroz beispielsweise zu die Behauptung, nicht die Blockade vor dem Bahnhof Neustadt, sondern die Menschenkette am anderen Elbufer sei die Ursache des Erfolges gewesen.

Verwundert rieben sich die Dresdner die Augen ob der Oroz'schen Wahrnehmung und selbst die ihr nahe stehenden CDUler schüttelten den Kopf.

Nazis und Verwaltungsgericht Hand in Hand

Doch der Erfolg der Antifaschisten hatte Konsequenzen für die Auseinandersetzungen in diesem Jahr. Vom Verwaltungsgericht in Dresden bekommen die Nazis am 11. Februar Recht und damit Rückendeckung. Das Gericht entschied, dass die Polizei die Blockaden am 13. Februar 2010 „mit geeigneten polizeilichen Mitteln“, also unter Gewalteininsatz, hätte räumen müssen. „Es wird festgestellt, dass der Beklagte es rechtswidrig unterlassen hat, durch Einsatz geeigneter polizeilicher Mittel den Aufzug des Klägers am 13. Februar 2010 zu gewährleisten.“ Der Beklagte ist die Polizeidirektion Dresden und die Kläger waren die Jungnazis der „Jungen Landsmannschaft Ostdeutschland“. Nach Auffassung des Gerichtes hätte die Polizei also den Nazis den Weg freiprügeln müssen, gleichgültig, ob die Blockierer demokratisch gesinnte Alte, Mütter

mit Kindern oder Jugendliche sind. Das Prügeln, oder der Einsatz von Wasserwerfern, ist also nach Auffassung des Verwaltungsgerichtes notwendig, um das Grundrecht der Demonstrationsfreiheit zu garantieren. Dabei wird das Demonstrationsrecht einer Naziminderheit höhergestellt als das Demonstrationsrecht einer demokratischen Mehrheit. Das ist nicht das erste Urteil dieser Qualität. Teile dieser Richterzunft bemerken offensichtlich gar nicht, auf welcher unheilvoller Traditionslinie der deutschen Justiz sie sich bewegen. Ob sie sich das eingestehen oder nicht, objektiv marschieren sie dadurch mit den Nazis Hand in Hand.

Mit dem Urteil war der Kurs für die Blockaden am 13. und 19. Februar vorgegeben. Für die Stadtverwaltung war es ein gefundenes Fressen. Hatte man doch jetzt, wenn auch aus provinzieller Mund, den Persilschein, alles richtig gemacht zu haben. Dass das Urteil im Widerspruch zu höchstgerichtlichen Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts steht, ist dabei für die Rathausbürokraten völlig unerheblich. OB Oroz drückte das dann schließlich so aus: „Das Gericht hat klar gesagt, dass Blockaden rechtswidrig sind“. Ihre Maßnahmen gegen die Naziumtriebe beschränkten sich daher folgerichtig am Sonntag, dem 13. Februar, auf den Aufruf an die Dresdner, an einer Menschenkette teilzunehmen, die fern von Örtlichkeit, Uhrzeit und der Naziaktion stattfinden sollte. Am 19. Februar sollte dann nach Meinung des Stadtoberhauptes überhaupt nichts mehr sein. Auf Nachfragen empfahl sie den Dresdnern, zu beten und an den von den Kirchen geplanten Mahnwachen teilzunehmen! Ausdrücklich aber distanzierte sich Oroz von den geplanten Blockadeaktionen des Bündnisses *Dresden nazifrei*. Auch ein „klarer“ politischer Standpunkt!

Blockadeaufruf trotz Trennungskonzept

Dieser Standpunkt war in der Folge in allen Maßnahmen der Stadtverwaltung erkennbar. Sie sah sich

in der „Pflicht“, die Aufmärsche der Nazis am 13. und 19. Februar uneingeschränkt möglich zu machen. Und dafür wurde alles getan. Da Dresden durch die Elbe in zwei große Teile geschnitten wird – in die Altstadt und die Neustadt – machte die Stadtverwaltung diesen Umstand mit einem Trennungskonzept zur Demarkationslinie zwischen den Nazis und ihren Gegnern. Auf der Altstädter Seite war deshalb, mit Ausnahme der Menschenkette, sowohl am 13., als auch am 19. Februar, jede Gegenveranstaltung untersagt. Hier befindet sich der Hauptbahnhof, hinter dem sich Nazis sammelten und am 13. Februar mit ihrem Fackelmarsch beginnen wollten und dann auch begannen.

Die Antifaschisten dagegen sollten nach den Vorstellungen der Stadt, wenn überhaupt, auf der Neustädter Seite, demonstrieren, fernab jeder Möglichkeit, auf einen Nazi zu treffen. Das war natürlich für das Bündnis *Dresden*



nazifrei nicht akzeptabel. Es hielt an seinem Aufruf, den Nazisaufmarsch an beiden Terminen zu blockieren, fest. Unterstützt wurde das von einer breiten demokratischen Öffentlichkeit, darunter bekannte Kulturschaffende, Gewerkschafter und Politikern der Linken, Grünen und SPD.

Sonntag, 13. Februar 2011

Die Stadtverwaltung zeigte einen ungewöhnlichen Eifer bei der Einschränkung des Demonstrationsrechts von Demokraten. So wurden selbst friedliche und weit vom Sammelplatz der Nazis gelegene Aktionen auf der Altstadtseite verboten, darunter auch ein Rundgang *Täterspuren*, der am Vormittag unweit der

Villa des ehemaligen NSDAP-Gauleiters Mutschmann beginnen sollte. Organisiert war der Rundgang vom Bündnis *Dresden nazifrei* und deshalb der Stadt suspekt. Trotz des Verbots und des anwesenden Polizeiaufgebots hielten die rund 300 Teilnehmer etwas abseits eine Kundgebung ab.

Um das Konzept der Stadt durchzusetzen, waren dann am Sonntagnachmittag rund 6.000 Polizisten aufgebots. Martialisch, mit Räumpanzern, Wasserwerfern und einer Drohne ausgerüstet, sollten sie einigen hundert Neonazis den Weg für ihren „Gedenkmarsch“ freihalten. Das gelang ihnen nur bedingt. Trotz der Straßensperren und -kontrollen in der ganzen Stadt gelang es über 3.500 Gegendemonstranten, die Polizeikontrollen zu umgehen. Dadurch konnte die Route der Neonazis an mehreren Stellen blockiert werden. Obwohl von Seiten der Nazigegner alles sehr friedlich verlief, ließ die Polizei dennoch sehr provokant Wasserwerfer auffahren, die allerdings an diesem Sonntag nicht zum Einsatz kamen.

Um die Mittagszeit fand in der Innenstadt die Menschenkette statt. Nach Medienberichten nahmen 17.000 Menschen daran teil. Als diese Veranstaltung gegen 14.00 Uhr zu Ende war, versammelten sich circa 2.500 Teilnehmer der Menschenkette vor dem Hauptbahnhof, auf dem Wiener Platz, um in unmittelbarer Nähe des Nazitreffpunktes gemeinsam mit dem Bündnis *Dresden nazifrei* gegen die Nazis zu protestieren. Offenbar war ihnen der symbolische Protest der Offiziellen der Stadt zu wenig.

Leider ließ sich an diesem Sonntag der Aufmarsch von ungefähr 400 Neonazis nicht verhindern. Dazu waren wegen der vielen Polizisten zu wenige Gegendemonstranten zu den Blockadestellen durchgekommen. Trotzdem konnte die Naziveranstaltung empfindlich behindert werden. Die Route musste wegen der Blockaden um die Hälfte verkürzt werden und wurde stellenweise von lautstarkem Protest aus Häusern und Straßen begleitet. Das hatten sich diese braunen „Herrschaften“ sicher anders vorgestellt. Auch waren deutlich we-

niger Teilnehmer, als von ihnen erwartet, angereist. Damit war die von ihnen erhoffte Signalwirkung für den 19. Februar verpufft.

Sonnabend, 19. Februar 2011

Der folgende Sonnabend war dann zweifellos der Höhepunkt der Auseinandersetzungen. In den Tagen davor prognostizierte die Polizei für den 19. Februar das absolute Chaos. Über 3.000 gewaltbereite Autonome seien im Anmarsch. Gleichzeitig seien durch den Castortransport und durch Fußball-Bundesligaspiele zu viele Polizisten anderswo gebunden. Kurz, mit allem Schlimmen sei zu rechnen; selbst die Gefahr um Leib und Leben sei gegeben. Von den bürgerlichen Medien wurde das Bild eines nochmaligen Untergangs Dresdens geradezu wollüstig aufgegriffen. In epischer Breite wurde darü-

ber berichtet und Angst, Panik und Verunsicherung verbreitet. Das war gewollt. Das war das Konzept der Polizei. Damit wollte sie verhindern, dass zu viele Nazigegner die Strassen in Besitz nahmen.

Die Antifaschisten ließen sich davon allerdings nicht einschüchtern. Trotz Hetze und der Kriminalisierungsversuche kamen am Sonnabend mehr als 20.000 Menschen zusammen, um den Naziaufmarsch zu verhindern. Erfreulich dabei war, dass es sich bei der Mehrheit um Jüngere handelte. Aber auch das mittlere Alter, sowie ganz alte Menschen waren zu sehen. Überhaupt: das Spektrum der Teilnehmer war sehr breit. Es ging weit über die traditionelle Linke hinaus. Das machte es den interessierten Kreisen der Blockadegegner dann auch sehr schwer, die Demonstranten pauschal zu diffamieren. Dass dann schließlich die Berichterstattung der Medien doch von der Darstellung der

„Gewaltexzesse“ dominiert wurde, hat selbstverständlich Methode. Die Frage, von wem die Gewalt wirklich ausgegangen ist, wurde wie immer beantwortet: von den Demonstranten, von den Linken, von den Chaoten!

„Wir sind friedlich, was seid ihr?“

Das skandierten die Blockadeteilnehmer, wenn sie von der „Ordnungsmacht“ abgeräumt wurden. Dabei ging die Polizei alles andere als zimperlich vor. Von der Verhältnismäßigkeit beim Einsatz polizeilicher Mittel konnte keine Rede sein. Mit ihrer brutalen Vorgehensweise tat die Polizei wirklich alles, um den einen oder anderen Nazigegner zum Ausrasten zu bringen.

Besonders die auswärtigen Unterstützer der Blockade mussten üble Erfahrungen machen. Insgesamt

Pressemitteilung Die Linke vom 19. 02. 2011

Sondereinsatzkommando der Polizei stürmt „Haus der Begegnung“ und verwüstet Geschäftsstelle der LINKEN sowie eine Rechtsanwaltskanzlei

Am Abend des gestrigen 19. Februar stürmte ein Sondereinsatzkommando der Polizei in voller Kampfausrüstung und mit maskierten Gesichtern das Haus der „Begegnung in Dresden“. Dabei wurden sämtliche Türen des Hauses aufgebrochen, eingetreten oder aufgesägt. Betroffen ist u.a. die Dresdner Geschäftsstelle der Partei DIE LINKE sowie die Rechtsanwaltskanzlei des Rechtsanwalts Thomas Grundmann. Mehrere Personen wurden durch das äußerst rabiate, aggressive und völlig unverhältnismäßige Vorgehen des Sondereinsatzkommandos verletzt.

Dem Vorsitzenden des Stadtverbandes DIE LINKE. Dresden, Hans-Jürgen Muskulus, und dem Fraktionsvorsitzenden der Fraktion DIE LINKE. im Dresdner Stadtrat, André Schollbach, die sofort herbeigeeilt waren, bot sich ein Bild der Verwüstung.

Eine schriftliche Durchsuchungsanordnung konnten die Strafverfolgungsbehörden jedoch nicht vorlegen. Die zum Zeitpunkt der Erstürmung im „Haus der Begegnung“ anwesenden circa 15 Personen wurden in polizeilichen Gewahrsam genommen. Diese Personen, welche z.T.

ehrenamtlich die Geschäftsstelle der LINKEN betreuten, wurden nicht über ihre Rechte belehrt. Sie mussten sich bis auf die Unterwäsche entkleiden.

Sofort eintreffenden Rechtsanwälten wurde es durch die Einsatzkräfte verwehrt, allein mit den Festgenommenen zu sprechen. Erst nach heftiger Intervention der Rechtsanwälte wurde dies durch einen herbeigerufenen Staatsanwalt gestattet. Die festgenommenen Personen wurden in den frühen Morgenstunden allesamt wieder aus dem polizeilichen Gewahrsam entlassen.

Zu diesen ungeheuerlichen Vorgängen erklären der Vorsitzende des Stadtverbandes DIE LINKE. Dresden, Hans-Jürgen Muskulus, und der Fraktionsvorsitzende der Fraktion DIE LINKE. im Dresdner Stadtrat, André Schollbach:

„DIE LINKE hat sowohl am 13. Februar als auch am 19. Februar alle friedlichen und gewaltfreien Aktionen gegen die Aufmärsche von alten und neuen Nazis unterstützt und sich hieran aktiv beteiligt. (...)“

Der Versuch der sächsischen Strafverfolgungsbehörden unsere Partei zu krimina-

lisieren und die Nähe von Gewalttättern zu rücken, ist skandalös. Das gesamte Vorgehen des Sondereinsatzkommandos ist in keiner Weise akzeptabel und wird sowohl ein politisches als auch ein juristisches Nachspiel haben.

DIE LINKE wird mit allen zur Verfügung stehenden juristischen Mitteln gegen diesen skandalösen Einsatz vorgehen. (...)“

Hans-Jürgen Muskulus
Vors. DIE LINKE. Dresden

Über diesen Überfall, ja Racheakt der Polizei und der Dresdner Staatsanwaltschaft berichteten die überregionalen Medien kaum. Der Süddeutschen Zeitung war es z.B. erst am Dienstag danach eine Meldung wert. In der Regel sind von solchen repressiven Maßnahmen autonome antifaschistische Gruppen betroffen, jenseits der Öffentlichkeit. Für die großen Medien haben solche Ereignisse nur dann einen Nachrichtenwert, wenn damit die vom der Repressionsapparat behauptete „Gefährlichkeit“ dieser Gruppen „belegt“ werden sollen. Da interessiert es die große Öffentlichkeit kaum ob die „rechtsstaatlichen“ Regeln eingehalten werden, bzw. werden die Übergriffe auf einmaligen „Übereifer“ verniedlicht.

Soviel zur Rechtsstaatlichkeit der BRD
Redaktion Arbeiterstimme

mehr als 300 Busse hatten sich beim Bündnis *Dresden nazifrei* zur Blockade angemeldet. Im Gegensatz zu den anreisenden Nazis wurde ein Teil der Busse bereits auf der Autobahn abgefangen, kontrolliert und die Insassen gezwungen, auszusteigen.

Das Bündnis *Dresden nazifrei* stellt auf seiner Internetseite dazu fest: „Aufgrund der massiven Behinderungen unseres legitimen Protests seitens der Polizei, den Gerichten und der Stadt, ziehen wir eine weitere Form der Blockade in Betracht. Sollten Polizeikräfte, wie bereits angekündigt, wirklich versuchen, unsere Buskonvois umzuleiten und damit zu verhindern, dass wir auf die Elbseite kommen, auf der wir die Nazis blockieren müssen, können wir uns folgendes Szenario vorstellen: Wir blockieren die Autobahn und damit die Anfahrtswege der Nazis. Wir werden diesen Aufmarsch verhindern!“ Vermutlich wegen dieser Ankündigung trieb man die Behinderung nicht auf die Spitze und ließ die auswärtigen Blockadeteilnehmer abziehen. In langen Marschkolonnen bewegten sich nun tausende Menschen von den Autobahnausfahrten zu Fuß, ins 10 km entfernte Stadtzentrum. Nachdem erste Polizeiketten umgangen oder überwunden waren, versuchte die Polizei nun mit allen Mitteln, das Gebiet südlich des Bahndamms, hinter dem sich die Nazis treffen wollten, freizuhalten. Trotz der eisigen Temperaturen scheute sie nicht davor zurück, Wasserwerfer, Pfefferspray und Schlagstöcke gegen die Nazigegner einzusetzen. Sarkastisch kann man feststellen: so geht Stadtverwaltung und Polizei in Dresden mit ihren „Gästen“ um. Selbst der in Dresden verweilende Bundestagsvizepräsident Wolfgang Thierse kam angesichts des Polizeiverhaltens nicht umhin, festzustellen, „es entstehe der »problematische Eindruck«, daß „die Stadtverwaltung das Demonstrationsrecht der Neonazis schützt, während Demokraten in ihrem Protest eingeschränkt werden“. Im Internet sind bei YouTube einige erschreckende Beispiele der Übergriffe festgehalten.

Sie kamen nicht durch!

Doch alle Repressionsmaßnahmen und Schikanen der Staatsmacht reichten nicht aus, die Entschlossenheit der Antifaschisten zu brechen. Trotz aller Widrigkeiten waren sie weiter willens, Nazitreffpunkte und

Anfahrtswege zu blockieren. In eisiger Kälte harrten sie unbeirrt an den vielen Blockadepunkten aus. Um 15.40 meldet der Newsticker schließlich: „+++ Am Hauptbahnhof befinden sich mittlerweile 850 Nazis +++ Alle Anfahrtswege dorthin sind weiterhin blockiert +++ Eine Vielzahl von Nazibussen wird stadtauswärts geleitet+++“. (Später wurde bekannt, dass 500 Nazis mit der Bahn nach Leipzig ausweichen wollten, um dort zu demonstrieren. Das wurde ihnen aber verwehrt, sodass sie, nachdem sie weitere Stunden auf dem Bahnsteig in Leipzig untätig herumstanden, schließlich frustriert abzogen.)

Mit der Ticker-Meldung war klar: wie schon im vergangenen Jahr würde der schändliche Naziaufzug nicht stattfinden! Zum zweiten Mal in Folge war den Nazis eine bittere Niederlage beigebracht worden. Ihre

geplanten drei Großveranstaltungen konnten nicht erfolgen. Ja, dem größten Teil der angereisten Nazis gelang es nicht einmal, zu ihren Sammelpunkten zu kommen.

Die Dresdner Ereignisse sind ohne Einschränkungen ein sehr großer Erfolg der Antifaschisten. Möglich war er geworden, weil durch das Bündnis eine breite Bewegung, über Dresden hinaus, mit einem breiten politischen Spektrum zu Stande gekommen war, innerhalb dessen eine intensive Vorbereitung stattfand. Und schließlich konnte man dank einer flexiblen Strategie die Hemmnisse und Behinderungen seitens der Polizei und Bürokratie erfolgreich parieren. Das lässt doch für die Zukunft hoffen. Angekündigt hat das Bündnis, auch in den kommenden Jahren zu blockieren. Und zwar so lange, bis diese braunen Umtriebe Geschichte geworden sind.

In einem Newsticker berichten die Organisatoren des Bündnisses Dresden nazifrei minutios über die Ereignisse des Sonntags. Dank neuer Medien, wie Mobilfunk und Internet lassen sich heute solch komplizierte Aktionen, wie die Blockade in Dresden steuern. Zum Teil im Minutentakt werden die Teilnehmer über aktuelle Entwicklungen informiert. Ein Auszug:

Newsticker zum 19. Februar 2011

16.25 Uhr +++ ca. 2000 BlockiererInnen nach Plauen unterwegs um dort eine Ersatzroute der Nazis zu blockieren +++ Heute lassen wir sie nicht laufen +++16.10 Uhr +++ 800 Nazis am Hauptbahnhof +++ 1200 im Bereich Plauener Ring / Coschützer Str. / Bhf. Plauen +++ Alle Gruppen die sich südlich der Nürnberger Str. befinden, empfehlen wir, sich Richtung Bhf. Plauen zu bewegen +++ Alle Menschen auf den Blockaden - bleibt bitte wo ihr seid +++15.40 Uhr +++ Am Hauptbahnhof befinden sich mittlerweile 850 Nazis +++ Alle Anfahrtswege dorthin sind weiterhin blockiert +++ Eine Vielzahl von Nazibussen wird stadtauswärts geleitet +++15.30 Uhr +++ Bleibt ruhig auf der Blockade an der Budapester - Wir stehen da und bleiben da stehen +++15.13 Uhr +++ 2000 Leute auf der Blockade Fritz-Löffler/Reichenbacher - 4000 Menschen auf der Blockade Budapester +++14.56 Uhr +++ Die

Blockade an der Löffler-Str./Reichenbacherstr. wurde erfolgreich verstärkt - eine Räumung wurde deshalb abgebrochen +++ Wer in der Nähe ist, kann dazu kommen +++14.42 Uhr +++ Wer in der Nähe ist, die Löffler-Str./Reichenbacherstr. Blockade braucht dringend Unterstützung +++ Die Budapester ist dicht +++14.27 Uhr +++ Polizei hält etwa 4000 Menschen auf, die sich mit Konstantin Wecker vom Wiener Platz in Richtung Budapester bewegen +++14.22 Uhr +++ Wenn ihr in der Nähe seid, geht zur Budapester/Schweizer. und verstärkt dort die Blockaden +++ Alle die auf Blockaden sind - bleibt da!!! +++14.11 Uhr +++ Auf den Blockaden steht ihr richtig!!! Bleibt in großen Gruppen zusammen! +++13.55 Uhr +++ Neue Blockade auf dem Friedrich-List-Platz mit ca.1000 Leuten +++13.49 Uhr +++ Und jetzt das Blockadenupdate: Blockade auf der Strehleiner/Franklin (1000), am Münchner Platz (1500), am Nürnberger Platz (1000), Kaitzer/Bayrische (1000), Löffler/Reichenbach (500) ...vorallem unterstützt die löffler/reichenbach!! +++ Wiener Platz (4000) +++13.44 Uhr +++ Alle Menschen, die sich noch in der Neustadt aufhalten: Trefft euch um 14 Uhr an der Carola-brücke zur Demonstration Richtung Hauptbahnhof +++13.37 Uhr +++ Bleibt unbedingt in großen Truppen zusammen, geht zu den Blockaden und achtet aufeinander!!! (...)

Leben in der Big Society

Den drastischen Kürzungen im Fürsorgebereich, die von der Regierung aus Tories und Liberaldemokraten vorgeschlagen wurden, die im Mai 2010 gebildet wurde, folgten noch mehr nach einer Durchsicht der Ausgaben später im Jahr. Insgesamt beliefen sie sich auf 20 Milliarden Pfund. Die Privatisierung des Nationalen Gesundheitsdienstes und ihre Überführung in die Marktwirtschaft, die von New Labour begonnen worden war, werden weitergehen. Gruppen von Bürgern (d.h. die Mittelklasse) und privaten Gesellschaften wird es erlaubt werden, Schulen zu übernehmen und sie so der Kontrolle lokaler Behörden zu entziehen. Auch damit hatte New Labour schon begonnen. Lokale Ärzte werden ihre eigenen Budgets kontrollieren. Eine halbe Million Arbeitsplätze im Öffentlichen Dienst sollen bis 2015 verschwinden. Die Geldmittel, die die Regierung den Kommunen zukommen läßt, sollen in diesen vier Jahren um 25% gekürzt werden. Beschäftigte im Öffentlichen Dienst werden 3,2% mehr für ihre Pensionsversorgung einzuzahlen haben. Der Gipfel ist, daß ein Zahlungsstop und ein höheres Renteneintrittsalter eingeführt werden wird. Den Universitäten wurde erlaubt, bis zu 9.000 Pfund von den Studenten zu verlangen. Das sind nur einige der bekannteren Maßnahmen, die die Regierung in die Tat umsetzen will.

Davon abgesehen, daß Premierminister David Cameron und sein Stellvertreter Nick Clegg von den Liberaldemokraten Millionäre sind und in Privatschulen erzogen wurden, die der englischen Herrschenden Klasse immer zur Verfügung standen, sind sie Klone von Tony Blair – ein Produkt der modernen Politik, geformt von den Methoden der Werbebranche. Während die neoliberale Clique, die die Liberaldemokraten übernommen hat, in den letzten Jahren vom schlanken Staat spricht, wie die Re-



publikanische Partei in den USA, hat Cameron den Slogan der „big society“ aufgebracht. Ähnlich war Tony Blairs Politik des „big tent“ (Großes Zelt, alle zusammen ungeachtet ihrer Klasseninteressen). Es bedeutet vermutlich, jedermann wird seine eigenen Angelegenheiten betreiben, weil der Zentralstaat und die kommunalen Einrichtungen zusammengestrichen werden. Der Slogans entkleidet, stellt das eine Rückkehr in die 1920er und 30er dar.

In dieser *big society* (Große Gesellschaft) werden nach und nach Almosen die Rolle der Einrichtungen des Zentralstaats und der kommunalen Ebene ersetzen. Die wichtigsten Wohlfahrtsverbände haben ausgeführt, daß sie einen großen Teil der Geldmittel, über die sie verfügen können, von lokalen Einrichtungen erhalten; in harten Zeiten versiegen die Spenden aus der Bevölkerung. Manche Stadträte, die, wie etwa der von Liverpool, sagten, sie würden die Idee der *big society* unterstützen, traten den Rückzug an; sie sagten, aufgrund der Kürzungen fehlten ihnen die nötigen Geldmittel. Politische Kommentatoren erklärten, die

Räder des *big society*-Projekts blockierten. Gemeinderäte aus dem ganzen Land haben angekündigt, daß 1.500 Stellen abgebaut werden. Manchester streicht 2.000 Stellen. Dienstleistungen, die von Gemeinden zur Verfügung gestellt oder von ihnen finanziert werden, wie z.B. Beratungsstellen für Rentner oder Behinderte, Jugendzentren in Wohngebieten, wo es viel antisoziales Verhalten und Kriminalität gibt usw., kurz gesagt, die Schwächsten und die Ärmsten in der Gesellschaft wird es treffen.

Im ganzen Land sind tausende von Kampagnen im Gange, die sich der Schließung einer Schule, einer öffentlichen Bibliothek oder eines Jugendzentrums widersetzen. In vielen Gegenden sind die Kampagnen in einem Anti-Kürzungs-Komitee zusammengefaßt, oft mit Verbindungen zum örtlichen Gewerkschaftsrat. Dort können die Gewerkschaftsmitglieder, die im Abwehrkampf engagiert sind, vereint werden. Das erste Zeichen des Abwehrkampfes war die Demonstration in London am 10. November, die von der NUS (Studentengewerkschaft) und der UCL (Gewerkschaft der Lehrpersonen an Universitäten und Colleges) organisiert wurde. Es kamen 50.000 Teilnehmer, von denen eine Minderheit die Parteizentrale der Tories angriff und kaputtzuschlug. Die Wut und Militanz überraschte einen jeden, einschließlich der Polizei. Gewerkschaftsführer, auch die Spitze des TUC, gratulierten den Studenten, deren Aktion die Moral der Gewerkschaftsführer gestärkt hatte. Auch 14- und 15-jährige Schüler nahmen teil. Nichtsdestoweniger, worauf wir alle warten, ist, daß der TUC die Führung übernimmt. Während in den Provinzen Demonstrationen stattgefunden haben, findet die nationale Demonstration des TUC in London erst am 26. März statt.

Schon hat Widerstand gegen einige Maßnahmen der Regierung, wie

etwa der Verkauf der Wälder, die in öffentlicher Hand sind, der sofort eine große und sehr breite Opposition hervorrief, zu einem Rückzieher geführt. Der Vorsitzende des nationalen Zusammenschlusses der kommunalen Körperschaften, ein Tory, protestierte gegen die vorgesehene Anhebung der Pensionsaufwendungen für Gemeindearbeiter um 3,2%, da dies dazu führen wird, daß viele aus dem System herausfallen und in die staatliche Rentenversicherung übergehen. Dies wird die Staatsschulden weiter erhöhen. Auch bei Kürzungen von Zuschüssen gibt es einige Rückzieher.

Die Regierung hat kein Mandat für diese Streichprogramme und ist sehr schwach, es gibt Spannungen zwischen den Bestandteilen der Koalition und innerhalb von ihnen, eine koordinierte Welle von Streiks kann dazu führen, daß sie zusammenbricht. Der heutige *Independent* (vom 22.2.11) berichtet, daß die verschiedenen Abteilungen der Regierung Pläne entworfen haben für einen koordinierten Welle von Streiks durch Gewerkschaften des Öffentlichen Dienstes im Sommer. Es wird davon gesprochen, Streikbrecher zu organisieren und davon, neue Gesetze zu erlassen, die es noch schwerer machen sollen, Streiks zu organisieren, als es jetzt schon der Fall ist. Arbeitgeberverbände im privaten Sektor haben neue Gesetze gefordert, die einige Monate lang Streiks verhindern sollen. Ende Januar traf sich der TUC, um zu besprechen, wie der Kampf gegen die Kürzungen koordiniert werden könnte, aber zuletzt wurde kein Beschluß gefaßt. Die militanteren Gewerkschaften wollen kämpfen, aber bis jetzt ist es ihnen nicht gelungen, die größeren in den Kampf mitzuziehen. Wenn sich die Regierung auf eine Streikwelle im Sommer vorbereitet, dann sind sie vielleicht besser informiert als der Rest von uns. Sie haben an die Gewerkschaften appelliert, mit ihnen zu sprechen und sich nicht auf Kämpfe einzulassen, aber der sich entwickelnde Widerstand gegen die Privatisierung der Wälder, der sehr schnell zu einem Rückzieher führte, zeigt, daß Kämpfen die Kürzungsprogramme verhindern wird, die das Leben von Millionen vernichten werden, nicht aber Reden.

M.J., 22. 2. 2011

Welche Blumen blühen? Erfolge und Widersprüche der Kommunistischen Partei Chinas



Wie so oft ist das zeitgenössische China ohne den Rückgriff auf die (Zeit)Geschichte nicht zu verstehen. Nachdem die junge KP sich auf Stalins Geheiß in eine Koalition mit der Guomintang gefügt hatte, wurde sie von dieser beinahe ausgerottet. Was noch übrig war, zog sich in raue Gebiete zurück, wo sie regionale Regime errichteten und vom Klassenfeind, wohlhabenden Bauern und Händlern, lebten. Ihr nunmehriger Führer Mao Dsedong hatte als junger Mann die Grundbesitzerherrschaft kennen und hassen gelernt. Ein brutaler Bauernaufstand, den er miterlebte, lehrte ihn die revolutionäre Gewalt. Abweichend von der marxistischen Orthodoxie sah er in den unterdrückten Bauernmassen den Motor der Revolution. „Die menschliche Natur liebt Veränderungen“, schrieb er damals, „wir lieben es, auf einem Meer des Aufruhrs zu segeln.“ Seine Herrschaft sicherte er weniger durch Agitation als durch Terror. Nach weiterer Verfolgung durch Chiang Kaisheks Truppen und der Flucht auf dem legendären *Langen Marsch* waren gerade noch 30.000 Kommunisten übrig geblieben.

Und auch mit diesen wäre es bald zu Ende gewesen, wenn ihnen nicht ein unerwartetes Ereignis den Ball zugespielt hätte: die japanische Invasion Chinas ab 1937. Denn jetzt waren die gegnerischen Streitkräfte gebunden und das Kräfteverhältnis besserte sich. In dem Bürgerkrieg nach 1945 erlebte die perspektivlose Guomintang ihr Stalingrad und zog sich nach Taiwan zurück. Die Kommunisten hatten schließlich auch dank der sowjetischen Präsenz in der Mandschurei und deren Waffenhilfe gesiegt. Nun konnten sie revo-

lutionärer auftreten. Überall, wo sie hinkamen, entfachten sie den Klassenkampf gegen die reichen Grundbesitzer, die als objektive Feinde hingeringelt wurden und deren Land zur Verteilung an die Bauern kam. Am 1. Oktober rief Mao Zhuxi (=Vorsitzender) auf dem Tiananmen-Platz vor 200.000 Menschen die kommunistische Republik mit dem legendären Satz aus: „China ist aufgestanden.“ China trat nun auch in die Regionalpolitik ein, indem es z.B. in Korea intervenierte. Die Führung unter Mao wollte das Land zur militärischen (auch nuklearen) Großmacht erheben, während die gequälten Chinesen genug Essen, wie auch die Einheit des Landes ohne koloniale Einmischung, erhofften. Für Mao waren sie nur weisses Papier, auf dem er die gewünschten Schriftzeichen anbringen konnte. Seine innen- und außenpolitischen Ambitionen konnten auf dem niedrigen Stand der Produktivkräfte nur durch der Landbevölkerung abgepresste Exportproduktion möglich werden, während ihr Lebensstandard sich mit der *eisernen Reisschüssel* begnügen musste. Die Bauern sollten zur militärisch disziplinierten Arbeitsarmee geformt werden.

Diese Absicht und der voluntaristische *Große Sprung nach vorn* endeten mit einer gewaltigen Katastrophe, die Millionen Menschen das Leben kostete. Selbst verdienstvolle Partei- und Heerführer wurden fortan zu den demütigenden Ritualen der *Selbstkritik* gezwungen. Auch Deng Xiaoping fiel darunter. Noch gravierender wirkte sich Maos letzter Versuch, die Geschichte nach seiner Pfeife tanzen zu lassen, aus, nämlich die *Große Proletarische Kulturrevolution*. Vor dem Hintergrund einer Sackgas-

se der sozioökonomischen Entwicklung inszenierte er eine Jugendrevolte gegen das „überlebte alte China“, die abermals viele Opfer und zerstörte Lebensentwürfe mit sich brachte. Es war ein in der chinesischen Geschich-

ellen Entwicklung unter staatskapitalistischen Vorzeichen, wurde er ideologisch noch gebraucht. Überspitzt lässt sich sagen, dass ihr Regime nur überlebte, indem es den Sozialismus maoistischer Prägung aufgab. In der

terwerk der modernen chinesischen Kunst, die traditionelle, sowjetische und westliche Stilelemente vereint. Höchst lebendig thematisiert sie die Misere der geschundenen Bevölkerung unter dem alten System. Ob-



Figüregruppe „Hof für die Pachteinnahme“

te beispielloser Machtkampf. Alles in allem sollen etwa 70 Millionen Menschen während Maos Herrschaft ihr Leben gewaltsam verloren haben. China glich einer großen Galeere mit schwerlich freiwilligen Ruderern unter dem Kommando des „Großen Steuerherrmannes“. Das muss erschrecken und beschämen und straft die Blauäugigkeit damaliger deutscher Maoisten Lügen. Gleichwohl ist Mao trotz seines Blutsäufertums eine historische Genialität im strategisch-politischen Erfassen der chinesischen Klassenverhältnisse und des Hebels, sie umzuwälzen, nicht abzusprechen – und genau auf diese beziehen sich seine heutigen Nachfolger.

So wurde er zum Gründungsvater der zweiten chinesischen Republik. Wie es mit solchen Politheroen gehen kann, geriet er zum legitimierenden Mythos der nachherigen KP. Nicht nur drängten sich seit 1977 bis heute ca. 160 Millionen vor dem Mausoleum mit der einbalsamierten Leiche Maos auf dem *Platz des himmlischen Friedens*. Dieser war seit Urzeiten eine zentrale Zeremonialstätte der chinesischen Kaiser gewesen; nun ehrte man den Urvater Mao und die blutige Niederschlagung der Studentendemonstration 1989 auf ihm, die bis heute einen Dorn im ideologischen Fleisch des Parteistaates (beide Teile sind so miteinander verflochten, dass sie nur sehr langwierig auseinander zu halten wären) bildet. Folgerichtig ist er auch Hauptquartier des Geheimdienstes. Obgleich seine Nachfolger einen seiner Politik entgegengesetzten Kurs einschlugen, nämlich den der nachholenden industri-

Wolkenregion ist hingegen der „Große Vorsitzende längst im Pantheon chinesischer Volksgottheiten angekommen“. (*Die Zeit*, 1.10.2009) Seine egalitäre Lehre steht freilich im Widerspruch zu der sich heute gewaltig öffnenden Einkommensschere.

1981 zog die neue Führung unter Deng Xiaoping einen „Schlussstrich“, erklärte Mao zu drei Vierteln gut und zu einem schlecht und schlug einen pragmatischen, bis heute sehr erfolgreichen Kurs ein, in den letzten Jahren mit der neuen Aura der „harmonischen Gesellschaft“ versehen. Mittlerweile sieht sich der parteistaatliche Autoritarismus zusehends fragmentiert. Das geistige Vakuum durch die historische Entwicklung lässt sich allerdings nicht leicht füllen. Zwar gelten noch bzw. wieder die konfuzianischen Tugenden wie Fleiß, Sparsamkeit, Disziplin, Pietät, Gerechtigkeit und Bildung, doch ist es nicht leicht auszuloten, wie weit und tief sie greifen.

Das alte China, bei Pearl S. Buck idealisiert, war eine Gesellschaft extremer Ausbeutung und Ungerechtigkeit gewesen, das ungezählte Millionen durch die Grausamkeit der Despotie und die häufigen Kriege der Feudalherren und Großgrundbesitzer ans Messer geliefert hatte. Das sollte man bei jeder Diskussion über das zeitgenössische China nicht vergessen – jene Zeit ist gerade mal gut zwei Generationen her. Eine 1965 entstandene Figurengruppe „Hof für die Pachteinnahme“, 2009 erstmals im Westen (Schirn/Frankfurt) zu sehen gewesen, thematisiert dieses Klassensymbol des Bösen. Sie gilt als Meis-

terwerk der modernen chinesischen Kunst, die traditionelle, sowjetische und westliche Stilelemente vereint. Höchst lebendig thematisiert sie die Misere der geschundenen Bevölkerung unter dem alten System. Obwohl sie sich dem Anspruch Maos verdankt, dass die Kunst dem Volk zu dienen habe, liefert sie ein differenziertes Schicksalstableau. Auch heute noch transportieren die Skulpturen einen Teil der Identität des modernen China. Als Meisterwerk der Weltkunstgeschichte (laut Liste der UNESCO) beflügelt der „Hof für die Pachteinnahme“ auch heute noch die Utopie einer gerechten Welt.

Heute hingegen ist China eine boomende Wirtschaftsmacht. Die Unternehmen sind weitgehend privatisiert, ausländisches Investivkapital strömt ins Land, neue soziale Schichten bilden sich heraus, innovative Produktionsweisen, Wissenschaft und Technologie blühen (Weltraumfahrt!). Die großen Städte haben ihresgleichen nicht in der Welt. Seit einer Generation hat es keine Hungersnot mehr gegeben, 600 Millionen Menschen sind aus bitterer Armut gehoben worden. Für bescheidene und zahlungskräftige Käufer liefert der Markt ein großes Angebot. Wieder findet ein „Großer Sprung“ statt, diesmal aber definitiv in die Moderne. Das Leben wird bunter und vielseitiger, während die Ideologie an den Rand getreten ist. Wo Licht ist, fehlt freilich der Schatten nicht. Im Falle Chinas besteht er vor allem aus den Risiken einer hochkomplex gewordenen sozialen und politischen Entwicklung sowie einem bisher sorglosen und verschwenderischen Umgang mit Umwelt und Natur. Gerade hiergegen richten sich sowohl neue Politiken der Führung wie das wachsende Aufbegehren von unten. Bei all dem bildet die KP die zentrale

Achse des Prozesses, von deren Drehmomenten wie vom Engagement der Bevölkerung die chinesische Zukunft abhängen wird.

Parteistaat und auflebender Klassenkampf

„Unsere großen Aufgaben sind, erstens, die Entwicklung der gesellschaftlichen Produktivkräfte und, zweitens, die Förderung von sozialer Gerechtigkeit und Fairness“, ließ sich Premier Wen Jiabao zum Abschluss des Volkskongresses 2007 vernehmen – das gilt auch heute unverändert. Auf die Neuerungen seither wird unten eingegangen. Offen stand Wen die hinkende Produktivität und das noch unreife sozialistische System ein. Die Führung weiß sehr wohl (darin den Mandarinen, hohen Staatsbeamten des alten China, vergleichbar), wie unsicher, instabil und wenig nachhaltig die gesellschaftliche Entwicklung ist, der sie sich verschrieben hat. Längst ist die KP keine monolithische Einheit mehr. Nicht nur beherbergt sie verschiedene Fraktionen, sie tritt auch in einer Politikmischung verschiedener Akteure auf. Unterschiedliche Modelle und Entwicklungspfade zirkulieren, die in der Partei verhandelbar und von der öffentlichen Meinung beeinflusst sind. Ein Hauptpfund, mit dem die chinesischen Kommunisten wuchern können, ist nach Th. Bergmann, einem intimen Kenner Chinas, ihre Fähigkeit, den Geschichtsprozess als einen dialektisch offenen zu begreifen. Der Paradigmenwechsel hin zu Markt und Harmonie hat die KP von einer Klassen- zur Volkspartei werden lassen, in der gut ausgebildete und professionelle obere Kader sowie Beamte den Ton angeben. Die kritische Intelligenz bekämpft sie nicht, sondern versucht, einer *good governance* (Regierungskompetenz) den Rücken zu stärken. Die Partei strebt an, das System über die erfolgreiche modernisierende Entwicklung und nationale Stärke zu legitimieren.

Dang (Partei) ist mit ca. 80 Millionen Mitgliedern die zahlenmäßig größte politische Organisation der Welt. Ihre Sekretäre sitzen in jedem relevanten Betrieb sowie gesellschaftlichen und staatlichen Organisationen. An ihr kommt man ideologisch

und praktisch nicht vorbei, wenn man Karriere und öffentliches Ansehen im Blick hat. An großen Universitäten sind oft $\frac{3}{4}$ des Lehrpersonals in der Partei. Die Mitgliedschaft allein garantiert aber nicht den Aufstieg. Eine gute Qualifikation vorausgesetzt, spielen auch Seilschaften und



Wohlstand eine große Rolle. Natürlich kann man mit Geld auch außerhalb der Partei vorankommen. Diese verfügt aber über einen entscheidenden Vorteil gegenüber dem Rest der Gesellschaft. Je höher und dünner die politische Luft in ihr ist, desto offener geht es zu. Das mag hinter der Parole „*Demokratisierung der Partei*“ auf dem 17. Parteitag stecken. Die „*konservative Demokratisierung*“, die m.E. die Hauptströmung stellt, kreist um die Frage, wie Machterhalt und Stabilität einerseits und politischer Spielraum andererseits miteinander zu vereinen seien. Hierin nimmt man sich ausdrücklich und ausgerechnet das Modell der LDP (Liberaldemokratische Partei) des ansonsten wenig geliebten Japan zum Vorbild. Danach soll die Partei zwar weiter das Machtzentrum des Landes bilden, aber unterschiedliche gesellschaftliche Milieus und entsprechende Debatten zulassen. Auch über das europäische und nordamerikanische Modell wird nachgedacht. Gäbe es mehr Konsens als Konflikt, sei die Stabilität gewährleistet.

Die Hälfte der Mitglieder ist weniger als 45 Jahre alt, von den jüngst Eingetretenen sind gar 80 % unter 35 – Männer, denn Frauen sind weit unterrepräsentiert. Sie haben Talent und wollen reich werden. So manche KP-Zelle ist nicht mehr als ein Freizeit-

klub; die offiziellen Tiraden rauschen an ihr vorbei. Die Partei vertritt nicht nur Arbeiter und Bauern, sondern zunehmend Reiche und Mächtige sowie vor allem die expandierende Mittelklasse. Lang, lang ist's her, dass über die Boulevards Pekings Menschenmassen in blauen Mao-Anzügen marschierten und dabei die rote Mao-Bibel schwenkten. Ansonsten fuhren auf ihnen fast nur Fahrräder. Heute sind sie verstopft; von der Peripherie ins Zentrum braucht man im Auto Stunden.

Die Partei lässt allerdings keineswegs jeden zu. Vielmehr prüft das Organisationsbüro sorgfältig, wie sich die Anwärter aufführen und wohin sie neigen. Sein Votum ist ausschlaggebend und meistens zutreffend. Fraktionelle Unterstützung und persönlich-politisches Ansehen genügen nicht. Es werden die ideologische Rechtschaffenheit, Arbeitshaltung und mobilisierende Kraft geprüft. Die Auslese ist scharf.

An der Uni Shandong z.B. wurden von den Studienanfängern nur 10, von den fortgeschrittenen Studenten 40 % aufgenommen. Dabei waren in diesem Fall gute Studienleistung, positiver Umgangsstil und zurückhaltendes Benehmen und Kleidung ausschlaggebend. In diesem Prozess der Aufnahme und des Aufstiegs ergänzt sich die führende Organisation des Landes durch Kooptieren selbst. Von der o.g. Mitgliederzahl stammen 3 Millionen aus privaten Betrieben, 800.000 waren selbständig und noch 600.000 kommen aus ausländischen Unternehmen. „*All diese neuen Leiter ziehen ihren Vorteil aus dem Vorgang des Auswählens nach Verdienst, das vor mehr als 20 Jahren durch Deng Xiaoping eingeführt worden war. Dieser setzte die historischen ökonomischen Reformen in Gang und förderte das Programm der ‚vier Verwandlungen‘. Mit diesem sollten kommunistische Führer hervorgebracht werden, die ihm gemäß ‚revolutionär, jünger, kenntnisreicher und spezialisierter‘ sein sollten.*“ (New York Review of Books, 26.9.2002) Keiner von ihnen kann und will das Herrschaftsmonopol der KP in Frage stellen und wird tunlichst eines ihrer Hauptprobleme, nämlich Korruption und Machtmissbrauch, übersehen. Darin wird auch die Gefahr erkannt, den politisch wirksamen Kontakt mit den Massen herzustellen und zu si-

chern. In der Antwort darauf zeigen sich zwei Lager; während die einen auf die interne Supervision setzen, halten die anderen zusätzlich einen demokratischen Prozess für notwendig. Es solle einen freieren Kandidatenwettbewerb geben, und auch die Presse solle offener auftreten können. Von der Partei unabhängige Bauern-, Arbeiter- oder Studentenorganisationen will erkennbar niemand. Doch scheint sie, anders als die KPdSU-Nomenklatura, ein zutreffendes Bild der gesellschaftlichen Wirklichkeit zu besitzen.

Der sich abzeichnende moderate Reformkurs hängt mit Sicherheit mit der gestiegenen Qualifikation besonders mittlerer und höherer Kader zusammen. Sie sind weder revolutionär noch irrlaufend. In der ungefähren Mitte ihres Lebens (ca. 50 Jahre) haben sie einen weiteren bedeutenden Vorzug: Erfahrung. Auch beherrschen sie die notwendige politische Dialektik und Sprechweisen der Zeiten, da sie noch die Mao-Zeit, die Deng-Reformen und die Studentenunruhen miterlebt haben. Eines wollen sie vor allem nicht: selbst Opfer werden. Da kann es schon einmal vorkommen, dass ein alter Rotgardist und heutiger Geschäftsmann gute Beziehungen zu seinem einstigen Gegner pflegt. Da kann es ebenso vorkommen, dass eine zornige Gruppe alter Parteiveteranen Systemkritik übt und mehr Demokratie einfordert. Du Daozheng, 86, verlangt den politischen Wandel. „Ohne das Volk und ohne die Wahrheit wird die Partei zusammenfallen“, sagt er. (*Der Spiegel*, 40/2009) Die behutsamen Demokraten wollen durchaus die Ordnung und ihre eigene soziale Stellung aufrecht erhalten, aber sie verbinden das mit zunehmender Sensibilität und Reformbereitschaft für die im Dunkeln, die man nach Brecht nicht sieht, in hiesiger Lesart also das ländliche und städtische Prekariat. Sie sind gesonnen, die vorhandenen sozialfreundlichen Gesetze entschiedener und nachdrücklicher durchzusetzen. Das ist nicht einfach Taktik. Schließlich sind sie selbst Teil der politischen Klasse und haben aus den Wirtschaftsreformen ihren Honig gezogen. Sie gehören sozial zur Mittelschicht (das muss hier undifferenziert erstmal stehen bleiben) und haben an deren Lebenschancen Teil. Sie unterstützen

aber die sozial Benachteiligten gegen die Raffkes und wissen auch für sich selbst um die Vorteile individueller und kollektiver politischer Rechte. Wahlen erscheinen ihnen verfrüht, weil sie nur Chaos und Gewalt hervorbringen würden. Auch sollen die Wanderarbeiter erstmal auf die Höhe der Zivilisation gelangen, welche jene wiederum anstreben, worunter sie vor allem ein besseres Leben für ihre Kinder verstehen. Langsam entwickeln Partei und Gesellschaft mehr Anteilnahme für sie. Wenn die mittleren und höheren Funktionäre Stabilität plus vorsichtige Reformen wollen, entspricht das ihrem ureigenen Interesse, das mit dem der Partei zusammenfällt. Mutig ist es allemal, zumal es unter hohen Behördenleitern und Hochschul- wie Unternehmenschefs manch strammen Reformgegner gibt. Die wollen nicht, daß ihnen die Felle weg schwimmen.

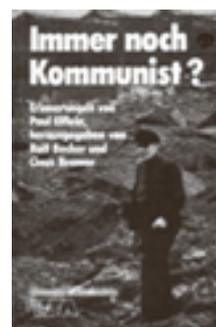
Die umrissene Gemengelage widerspiegelt die Ungleichzeitigkeiten des gesellschaftlichen Prozesses selbst. Meiner Auffassung nach scheinen weder die Rückkehr zum Konfuzianismus noch die diffuse Linke außerhalb der Partei, noch eine Rekollektivierung und -egalierung den passenden ideellen Überbau abzugeben. Eher zeichnet sich eine tastende Suche nach einem chinesischen Wohlfahrtsmodell ab. Wird die begründete Hoffnung der Massen auf eine bessere Zukunft enttäuscht, kann es zu einer sozialen Explosion kommen wie so oft in der Geschichte des Reichs der Mitte, wenn ein Kaiser in seiner Fürsorgepflicht versagte. Der gegenwärtige wirtschaftswissenschaftliche Diskurs besagt, dass es systemwichtig sei, die Wirtschaft durch vermehrte Sicherheit und Einkommen der unteren Schichten anzukurbeln. Die KP ist's zufrieden. Während die Partei gern symbolische Politik betreibt, hat sie doch in den Bereichen soziale Sicherung, Steuerentlastung für die Bauern, gelockerte Kontrolle von Migration und sozialen Bewegungen einiges unternommen. Die Demokratisierung des Dorfes allerdings wird sehr zögerlich vorangetrieben. Ob sich die Besserung der sozialen Lage mit straffer politischer Führung verträgt, wird erst noch zu sehen sein. Ähnlich wie der Westen in seiner historisch-politischen Entwicklung fürchten die Machthaber

weniger die Revolution in der Revolution als das Chaos. Ohne die Achse des Parteistaats als ideeller Gesamtgesellschaften würden die vorhandenen zentrifugalen Kräfte das allmählich sich verändernde politische und ökonomische Gehäuse sprengen. Das weiß auch die Partei und sie ist darum in der Regel progressiver als die unteren Behörden und Funktionäre, die aus willkürlichen Gewaltakten vor allem gegen die ländliche Bevölkerung (Enteignungen), Ausbeutung der Wanderarbeiter und der Korruption erkleckliche Gewinne schlagen. Daher rührt die außerordentlich scharfe Gesetzgebung gegen Bestechlichkeit mit häufigen Todesurteilen, die von *Amnesty International* ebenso berechtigt wie abstrakt verurteilt werden.

Es kann kein Zweifel daran bestehen, dass Dissidenten schlechte Karten haben. Noch immer bildet das Massaker vom Tiananmen-Platz eine Art sozialmoralische und politische Achillesferse des politischen Systems. Ein reumütiger Täter (ehemaliger Soldat) richtete Schreiben an die Partei und deren „politische Weisheit und Moral“, diese „Tragödie der Nation“ aufzuklären und die Wahrheit zu ermitteln. (*Die Welt*, 23.3.2009) Als das nichts half, wandte er sich via Internet an die Öffentlichkeit. Dies und weitere Dissidenz brachten ihm indes mehrere Jahre Lagerhaft ein. Auch wenn China seither ein anderes Land geworden ist und seinen Bürgern ungeahnte politische und wirtschaftliche Freiheiten gewährt, bleibt der 4. Juni 1989 tabu. Es gibt eine widerliche

Anzeige

Immer noch Kommunist? Erinnerungen von Paul Elflein



Hamburg 1978. 138 Seiten,
Fadenheftung, fester Einband,
5,00 €.

Polizeipsychiatrie gegen Oppositionelle. Zensur findet ebenso statt wie das wachsende Aufbegehren gegen sie. Die chinesischen Internetnutzer sind im Visier der staatlichen Kontrolleure, die aber nicht alles jederzeit etwa durch ca. 3 Millionen installierte Überwachungskameras erfassen können. Cyber-Attacken und restriktive Vorgaben gehören zum Alltag. Auch aus diesem Grund bekam Google in China die rote Karte. „*Das die strikte Kontrolle der Öffentlichkeit durch die kommunistische Partei der Stabilität dient, wird auch in der zugelassenen chinesischen Presse bezweifelt. Journalisten und Wissenschaftler weisen darauf hin, dass der offene Umgang mit Kritik, auch mit unberechtigter oder bössartiger, zuletzt mehr Stabilität einbringt als das Verschweigen und die Gerüchteküche.*“ (Freitag, 8.8.2008) Der Geist weht aber bekanntlich nach Paulus, wohin er will, neuerdings im halboffenen konfrontativen Stil der chinesischen Rapper. Der bekannteste Biogenetiker der Nation, Chen Zhangliang, zeigt sich davon überzeugt, bereits jetzt sei „*die chinesische Gesellschaft insgesamt heute freier als je zuvor.*“ (Die Zeit, 7.11.2002)

Der Diskurs muss an dieser Stelle in zwei Bereichen unterbrochen werden, weil er sonst den Rahmen sprengen würde. Das betrifft zum einen die desolater ökologische Lage, wozu es mittlerweile erdrückendes Material gibt und auch die Parteiführung Besserung gelobt hat. „*Das Wirtschaftswunder hat einen hohen Preis. China ist nicht nur die größte Fabrik, sondern auch die größte Müllkippe der Neuzeit.*“ (stern, 51/2005) Die zweite Frage ist die nach der Rolle der Privatwirtschaft. Das Wertgesetz wird von den staatlichen Fabriken nicht konterkariert, sondern allenfalls modifiziert. In der primären sozialistischen Akkumulation herrscht meistens (staatlich gemilderte und eingehegte) Ausbeutung in frühkapitalistischen Formen. (vgl. Engels, *Zur Lage der arbeitenden Klasse in England*) D.h., China steht heute in etwa da, wo England vor 250 Jahren, Frankreich und Deutschland vor 150 standen und es durchläuft deren Entwicklung in komprimierter Weise. Damals formierten sich die nationalen Kapitalistenklassen, die alsbald auch die politi-

sche Führung übernahmen. Wie sich die politischen Zügel in der Hand der Partei, die wirtschaftlichen Entwicklungstendenzen unter staatskapitalistischer Ägide zueinander verhalten und auf was sie historisch hinauslaufen, ist durchaus offen.

Es ist unverkennbar, dass die sozialen Konflikte zunehmen und teilweise klassenkampfähnliche Formen annehmen. Die riesige Mehrheit der bäuerlichen Bevölkerung gehört zu den Verlierern der Reformen. „*Der Markt gibt nichts auf Tränen*“, weiss sie. Mit dem plötzlichen Einbruch der Geldwirtschaft kommt sie nicht mit. Aus ihr sowie der ebenso jungen wie disparaten Arbeiterklasse wird das Mehrprodukt für die Entwicklung des Landes geschöpft – infolge der



Leben zwischen zwei Welten: Wanderarbeiterinnen

Produktion und der Arbeitskräfte, die durch Millionen von bäuerlichen Wanderarbeitern anschwellen. Die zur „*Idiotie des Landlebens*“ (Marx) gewordene Situation, abgeschnitten von den Segnungen des Aufschwungs, ist auch durch willkürliche Enteignungen z.B. beim Staudambau und eher noch mehr durch profitlich orientierte Gangsterbanden, hohe Steuern und zusätzlich erpresste Abgaben gekennzeichnet – und das bei einer strukturell schrumpfenden und übernutzten Ackerfläche. Ein Kampf um Grund und Boden ist entbrannt, in dem die Bauern für die Ausbeutung von Rohstoffen weichen sollen. Immer mehr von ihnen wissen indes, dass ihnen die Propaganda vom schönen Dorfsozialismus nicht weiterhilft. „*Sie fordern nicht neue Gelder, sondern das Recht, nicht wie Vieh behandelt zu werden. Sie wollen gerechte Strafen für Schlägerkommandos und deren Bosse. ... Sie fordern, dass ihr Boden- und Dorfeigentum, nach dem landauf, landab die Investoren gieren, nicht enteignet wird.*“

(Die Zeit, 9.3.2006) Die Staatsgewalt greift zwar nicht gegen die noch vereinzelt Proteste ein, hält sich aber auch mit progressiven Reformen zurück. Sie hat verkündet, dass sie in diesen Fragen gegen Korruption, Behördenwillkür und privat organisierte Gewalt vorgehen will. „*Das die Kampagne nicht nur die Symptome kurieren, sondern das Übel an der Wurzel packen will, zeigt allein schon die Tatsache, daß in Zukunft, um Missstände zu unterbinden, unabhängige Kontrollinstanzen Polizei- und Justizbehörden überwachen sollen.*“ (Die Welt, 15.4.2009) Das ist nicht nur auf das Landleben gemünzt, sondern auch auf die fehlende Rechtskultur und polizeiliche Ausschreitungen insgesamt.

In der industriellen Arbeitswelt herrschen eine rigide Taylorisierung und hohe Ausbeutungsraten vor, wenn auch in den expandierenden Exportindustrien, eher großfamilialen Staatsfirmen und ausländischen Betrieben unterschiedlich ausgeprägt.

Schließlich arbeitet ein großer Teil der Beschäftigten im zuliefernden und informellen Sektor. Die daraus folgenden unterschiedlichen sozioökonomischen und mentalen Strukturen sowie in der Regel bisher disziplinierende staatliche Eingriffe erschweren oppositionelle Bewegungen und unabhängige gewerkschaftliche Organisation jenseits der regierungsfrommen Gewerkschaftsverbände. Hinzu kommt als Zuckerbrot die Subventionierung gesellschaftlicher Grundbedürfnisse, die nebenbei den Wert der Ware Arbeitskraft senkt.

Trotz der Isolation der ländlichen Bevölkerung und der zerklüfteten Arbeiterklasse weiten sich Konflikte um das Gemeineigentum sowie im Betrieb aus. Entgegen hiesigen Annahmen ist China das streikfreudigste Land der Welt, das im Schnitt 100 lokale Aufstände und Streiks pro Jahr zählt. Neulich sind die meist jungen Wanderarbeiter einer Türschloss-Fabrik von Honda in einen lauten und heftigen Streik um höhere Löhne getreten. Bisher betrug sie 900 Yuan (ca. 100 Euro) pro Monat, wovon der Arbeiter nicht nur sich, sondern ganze Familien in den Heimatdörfern unterhalten musste. Eine Vermittlung

durch die kommunistisch kontrollierte Staatsgewerkschaft lehnten sie ab. Begonnen hatte der Ausstand nach einer spektakulären Selbstmordserie in taiwanesischen *Foxconn*-Betrieben (Elektronik), die vermutlich ihre Ursache in überstrengen Management-Methoden, häufigen Überstunden (Arbeitstage von 12-14 Stunden an sieben Tagen die Woche sind keine Seltenheit) und der Entfremdung der ehemals bäuerlichen Arbeiter hat. Darüber hinaus werden generell Arbeitsbedingungen und -sicherheit klein geschrieben. Immer wieder kommt es u.a. durch Profitgier und Schlamperei zu opferreichen Bergwerksunfällen. Bei dem Brand in einer Schuhfabrik in der Provinz Fujian sind jüngst knapp 40 Arbeiter ums Leben gekommen. Viele solcher Betriebe sind illegal.

Die Staatsgewalt hielt sich bei diesen erfolgreichen Arbeiterprotesten auffällig zurück. Auch der Regierung sind die miserablen Arbeitsverhältnisse nicht entgangen. Nach einer Recherche der regierungsnahen *Global Times* ist die Lohnquote in den letzten drei Jahren von 53,4 auf 39,7% gesunken, während die Unternehmensgewinne von 21,2 auf 31,3% hochschossen. Angesichts solcher Tendenzen und der sich verschärfenden Einkommensungleichheit sorgt sich die Regierung zurecht um die soziale Stabilität. Nach dem neuen Arbeitsgesetz haben alle Beschäftigten ein Anrecht auf einen schriftlichen, nach zwei Zeitverträgen unbefristeten Vertrag und auf eine Entschädigung bei Entlassung. Der willkürlichen Regie über eine flexible Arbeitermasse – ein Grund für den Boom der arbeitsintensiven Exportindustrien und Produktionsverlagerungen

nach China – wäre damit ein Riegel vorgeschoben. Spontane Aufstände und wilde Streiks sowie die sie begleitende öffentliche Debatte sind erste Sturmzüge des anhebenden Klassenkampfes. Ob Partei und Regierung den neueren Herausforderungen gewachsen sind, wird zu sehen sein. Immerhin sind sie lernfähiger, als die Sowjetunion seit Mitte der 20er Jahre je gewesen ist. Es ist freilich nicht ausgemacht, dass sie gegenüber den anschwellenden Protesten und Konflikten nicht ins Hintertreffen geraten, zumal diese meist nicht von Gruppen außerhalb des Systems oder gar gegen das selbe betrieben werden, sondern immer mehr von innen.

Die KP-Herrschaft ist nicht mehr strikt und allgemein durchsetzbar. Sie will die Produktivkräfte entfesseln und zugleich den Produktionsverhältnissen allgemeine Grenzen setzen – ein wahrer Tigerritt. „China ist an einem Punkt angekommen“, äußerte der Maler und Kunstpädagoge Ai Weiwei, der auch auf der *Documenta* in Kassel ausgestellt hatte, „von dem es kein Zurück mehr gibt. Ob Weltwirtschaft oder internationale Politik“ und Inneres, „wenn Chinas Führung überleben will, muss sie den Anschluss finden“ (*Handelsblatt*, 1.1.2008) an die Zeichen der Zeit. Die Zivilgesellschaft, mittlerweile von der Regierung anerkannt, stellt zur Zeit ca. 200.000 Organisationen auf bezirklicher und nationaler Ebene. Die ökonomischen und politischen Reformen haben ihnen ein günstiges Umfeld bereitet. Als organisatorisches Glied zwischen Regierung und Volk vermitteln sie in Fragen des Arbeits- und Umweltschutzes. Durch Konferenzen, Ausbildungskurse und Seminare stellen sie Informationen bereit und fördern nach Kräften die soziale

Identität. Darüber hinaus betreiben sie soziale Wohlfahrtsprojekte. Dem bisherigen parteistaatlich geförderten „autoritären Kommunitarismus“ (Heberer) stellen sie das sich verbreitende Verlangen nach wachsendem Konsum sowie partizipatorische und freiheitliche Rechte gegenüber. Besonders die „Intelligentsia“ und Leiter von Massenorganisationen wirken im Hintergrund, aber durchaus spürbar, für soziale Anliegen, etwa den Schutz gegen betrügerische Makler oder Hausverwaltungen. Journalisten haben immer öfter die Chuzpe, Missstände im Land aufzuklären – und gelangen damit sogar in den *Weltspiegel* der ARD. Vielleicht gelingt der Parteiführung eine Balance zwischen marktsozialistischen Träumen, *good governance* und dem kruden kapitalistischen Alltag. An ihren Vorhaben für die nächsten Jahre mag man ablesen, wohin der Hase läuft. Obenan stehen die Steigerung der Energieeffizienz um 20%, die Implementierung der strengen Umweltgesetzgebung, kostenlose Schulbildung sowie eine soziale Grundversicherung für alle. Sie sollen – ein Novum in der chinesischen Geschichte – auch die bäuerlichen Massen einbeziehen. Des Weiteren werden steigender Lebensstandard und erhöhte Rechtssicherheit genannt. Denn noch immer lebt ca. ein Fünftel der Bevölkerung in Armut (d.h. von weniger als einem US-Dollar pro Tag). Die Ideen erinnern an Bismarck oder sozialdemokratische Staatskonzepte – made in China unter unverwechselbaren Bedingungen.

Prof. Dr. Gerhard Armanski, 1. Juli 2010

Quellen:

- Die ersten Informationen verdanke ich meinen eigenen Reisen nach China sowie chinesischen, englischen und deutschen Publikationen.
Die angegebenen Zitate und Zahlen stammen als aktuelle aus der Tages- und Wochenpresse und können hier unmöglich alle aufgeführt werden.
- Als Hintergrundliteratur dienten u.a.: Edition *Le monde diplomatique*: China. Verordnete Harmonie, entfesselter Klassenkampf. Berlin 2007
Markus Taube: Chinas Rückkehr in die Weltgemeinschaft. Triebkräfte und Widerstände auf dem Weg zu einem „Global Player“. Duisburg: Ostwissenschaftliches Institut der Universität 2003
Helmut Peters: China zwischen Gestern und Morgen. München: Institut für sozial-ökologische Wirtschaftsforschung 2005
GeoEpoche: Das Alte China. Hamburg o.J.
Martin Guan Djien Chan: Der erwachte Drache. Großmacht China im 21. Jahrhundert. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft 2008
Hyekyung Cho: Chinas langer Marsch in den Kapitalismus. Münster: Westfälisches Dampfboot 2005
Theodor Bergmann: Rotes China im 21. Jahrhundert. Hamburg: vsa 2004
Peter O. Oberender: China im Aufbruch. Hintergründe und Perspektiven eines Systemwandels. Bayreuth: P.C.O. 2004
Welttrends. Zeitschrift für internationale Politik und vergleichende Studien: Rotes China Global. Potsdam 2006/2007
Wolfgang Hirn: Angriff aus Asien. Wie uns die neuen Wirtschaftsmächte überholen. Frankfurt: S. Fischer 2007
Urs Schoettli: China. Die neue Weltmacht. Paderborn u.a.: Schöningh 2007
Oliver August: Auf der Suche nach dem roten Tycoon. Chinas kapitalistische Revolution. Frankfurt: Eichborn 2007
Frank Sieren: Der China Code. Wie das boomende Reich der Mitte Deutschland verändert. Berlin: Ullstein 2005

Wirtschaftsreformen in Kuba

Den Karren vor die Ochsen gespannt. Linke Kritiker fordern einen anderen Weg

Anfang August kündigte Kubas Staatspräsident Raúl Castro an, 1,3 Millionen Arbeitsstellen im kubanischen Staatsdienst zu streichen. Zugleich solle das Wachstum privater Unternehmen im Dienstleistungsbereich gefördert werden. Beschwichtigend meinte er, die Maßnahmen seien lediglich ein „Update“ des kubanischen Wirtschaftssystems und keine

„Marktrefor-men“ nach „kapitalistischem Rezept“. Im Land sind die „Reformen“ umstritten. Kritische Beiträge von links erscheinen in großer Zahl u.a. auf der katalanischen Webseite www.kaosenlared.net, die mittlerweile ein bedeutendes Forum der kubanischen Linken ist. Dieser Seite entnehmen wir den nachfolgenden, hier stark gekürzten Beitrag.



Angesichts der Krise des staatlichen Wirtschaftsmodells haben die kubanische Staats- und Parteiführung und die Regierung beschleunigt, was sie seine «Aktualisierung» nennen. Damit ist eine Strategie gemeint, die zwei Ziele erreichen soll: die Verringerung der finanziellen Belastungen des Staates durch graduelle Senkung der Sozialleistungen, und die Reduzierung der Produktionskosten durch Wegrationalisierung – vulgo Entlassung – von über einer Million Werktätiger, davon 500.000 in den nächsten sechs Monaten.

Um Arbeit für die Arbeitslosen zu finden, sollen andere Formen der Produktion außerhalb der staatlichen Sphäre stimuliert werden: die Arbeit auf eigene Rechnung; die Bildung von Kooperativen auch im nichtlandwirtschaftlichen Bereich; der Aufbau privater Geschäfte, die Lohnarbeiter beschäftigen; die Steigerung staatlicher Einnahmen durch eine neue Steuerpolitik; die Steigerung der Erträge aus dem internationalen Tourismus; ausländische Investitionen in verschiedenen Randbereichen.

Es ist erfreulich, dass es Bewegung gibt, um aus der Stagnation herauszukommen, und grundlegende Fragen angepackt werden, die das bestehende Wirtschaftsmodell auch in Richtung von mehr Sozialismus

ändern könnten – wie die Ausdehnung der Kooperativen auf die übrigen Bereiche der Wirtschaft. Doch Inhalt, Form und Reihenfolge dessen, was getan werden soll, zeigen Anzeichen von Improvisation, mangelnde Voraussicht, fehlende Transparenz, Missachtung für die revolutionären Theorien, Übereilung und autoritäre

Durchsetzung.

Kopflös

Es werden Entscheidungen gefällt, ohne dass die Gesellschaft Zustimmung geäußert hat und ohne jeden Mechanismus einer demokratischen Vermittlung: kein Parteitag, keine Konferenz, kein Nationalkongress, kein Dialog mit der Bevölkerung, keine offene Debatte auf gleicher Augenhöhe in der kubanischen Presse. Bisher gab es nur die Beratende Versammlung von 2007 (deren Ergebnisse noch immer nicht bekannt sind) und den Lärm, den wir kubanischen Kommunisten und Revolutionäre in den Netzen der internationalen Linken und in einigen begrenzten Diskussionsräumen gemacht haben, wobei wir zahllose Risiken eingehen und auf Unverständnis und auf eine mehr oder weniger verschleierte Repression stoßen.

Unsicherheit und Unwohlsein haben die Gesellschaft ergriffen. Viele Arbeiterkantinen wurden geschlossen, ohne dass geklärt worden wäre, wo die Werktätigen ihre Mahlzeiten her bekommen, und trotz zahlreicher ablehnender Meinungen in der Bevölkerung und selbst in der Bürokratie wurde vor einem Monat ein Gesetz zur Anhebung des Rentenalters

um fünf Jahre gebilligt, das im Widerspruch zur Verlautbarung steht, es gebe eine Million überschüssige Arbeitskräfte. Den Entlassenen wird angeboten sich selbstständig zu machen, sich von Privatkapitalisten anstellen zu lassen oder vielleicht in Kooperativen zu arbeiten, aber es gibt keine Gesetze, die gegenüber dem Staat diese Aktivitäten, das Eigentum, die Investitionen garantieren. Man beschränkt sich darauf, über einige getroffene Entscheidungen zu informieren, und auf einige Erläuterungen in der Parteizeitung Granma – aber es gibt keine klaren gesetzliche Bestimmungen, die Steuerlast ist übertrieben, die Regulation exzessiv, abschreckend und für die neuen Interessenten gibt es keine klaren Angaben über Ressourcen und Finanzierung.

Dringend nötig wäre ein neues Gesetz über die Kooperativen; stattdessen zirkuliert nur ein offizielles (nicht dementiertes) Dokument über den Abbau der Beschäftigten der Stadt Havanna, mit Datum vom 24. August 2010, das eine Liste von 74 möglichen Tätigkeiten für die Kooperativen enthält. Es gibt Misstrauen, weil die Leute die Willkür und die Unterstellungen des Staates gegenüber den Selbstständigen und dem Verbund der Kooperativen UBPC nicht vergessen haben. Der Staat betrachtet die Kooperativen als Systemalternative und nicht als eine der sozialistischen Etappen eigene Form.

Selbstständige Werktätige werden mit kleinen und mittleren Kapitalisten, die Lohnarbeit ausbeuten, in einen Topf geworfen. Nach wie vor wird nicht verstanden, dass nicht die äußere legale Form dem Eigentum seinen Klassencharakter verleiht, sondern die Art und Weise, wie es die Arbeit ausbeutet: Das Sklavenhaltertum beutet die Arbeit des Sklaven aus,

das kapitalistische Eigentum die des Lohnarbeiters. Das sozialistische Eigentum ist dasjenige, bei dem die Arbeit frei assoziiert ist, kooperativ und selbstverwaltet, damit jedwede Form menschlicher Ausbeutung verschwindet. Alles wird weiterhin aus dem Blickwinkel des Staatsinteresses und der staatlichen Kontrolle betrachtet. Exzessive bürokratische Reglementierung bremst jede produktive Aktivität der Bevölkerung – z.B. den Absatz von Agrar- und Fischereiprodukten, vor allem den An- und Verkauf von Subsistenzmitteln, Wohnungen und Fahrzeugen, mithin Tätigkeiten, die eine Wirtschaft dynamisch machen und vielen Familien finanzielle Einkünfte verschaffen würden, mit denen sie sich eine neue Existenz außerhalb des staatlichen Wirtschaftskreislaufs aufbauen könnten.

Ein Schritt in Richtung Kapitalismus

Um neue Quellen der Beschäftigung zu schaffen, wird die Ausbeutung der Lohnarbeit durch private Unternehmer zugelassen – das bedeutet die uneingeschränkte, offene Entwicklung eines privaten Kapitalismus, im Gegensatz zu Art.21 der Verfassung und versteckt unter dem Euphemismus des «selbstständigen, auf eigene Rechnung arbeitenden, Arbeiters», der Personal einstellen kann – womit er das Konzept der Selbstständigkeit schon in Frage stellt.

Um die Deviseneinnahmen des Staates zu steigern, reichen die fast absolute Kontrolle über das Eigentum und die erwirtschafteten Überschüsse, das Binnen- und Außenhandelsmonopol, die zentrale Kontrolle der Finanzen, die hohen Monopolpreise für Produkte des Grundbedarfs, die Abzüge von den Bankkonten ausländischer Investoren usw. nicht mehr aus. Jetzt will man bedeutende Haushaltsmittel in die Förderung des Millionärstourismus und der ausländischen Direktinvestitionen stecken. Dabei wird der Zeitraum für die Nutzung von Land durch Ausländer auf 99 Jahre ausgedehnt, während Einheimische neues kultivierbares Land nur für – verlängerbare – zehn Jahre zugeteilt bekommen, ungeachtet der ökonomischen, sozialen, politischen und ökologischen Folgen, die solche Maß-

nahmen für unsere Zukunft und unsere nationale Sicherheit haben können.

Es ist wahr, die Staatsfinanzen sind in der Krise, Geldmittel werden gebraucht, der bürokratische Apparat und seine Unternehmen sind unproduktiv, mit zuviel Personal ausgestattet, das zudem auf Pfründen sitzt, nichts produziert und eine enorme Belastung auf Kosten der produktiv Arbeitenden darstellt. Der Versuch jedoch, die Finanzen auf eine solche Weise aufzubessern, statt Anreize für die Produktion, den Binnenmarkt und die Aufwertung der kubanischen Arbeitskraft zu schaffen, und dabei noch Massenentlassungen zu planen – selbst wenn es sich um Bürokraten handelt – ohne die Voraussetzungen zu schaffen, dass sie eine andere, produktive und lukrative Tätigkeit finden können, kann nur zum Chaos, sozialen Kollaps und einem unkontrollierbaren Massenexodus führen.

Es sieht nicht danach aus, als würden sich die Dinge im Interesse der Bevölkerung und der Werktätigen entwickeln, die ja die Rechnung zahlen müssen. Bei einer Multiplikation ändert sich das Produkt nicht, wenn man die Reihenfolge der Faktoren ändert, in ökonomischen, politischen und sozialen Fragen schon. Hier wird der Karren vor die Ochsen gespannt.

Soziale Sicherheit

Wenn das genossenschaftliche System nicht ausgeweitet wird und nicht einmal ein Teil der Staatsbetriebe zu einem System der Selbstverwaltung und Mitbestimmung der Belegschaften übergeht und als neues Element nur die Öffnung zum Privatkapitalismus und zu mehr ausländischen Direktinvestitionen bleibt, werden die «Veränderungen» zu mehr Kapitalismus und nicht zu mehr Sozialismus führen. In Ermangelung einer kohärenten Politik, die frei assoziierten Produktionsbeziehungen Priorität einräumt – Kooperativen, Selbstverwaltung, Mitbestimmung, Selbstständigkeit –, scheint eine Art neoliberale Schocktherapie angewandt zu werden: Man hat verstanden, dass das staatliche, paternalistische, subventionsgestützte Modell der Lohnarbeit nicht länger funktioniert, findet aber nicht den richtigen Weg der Kollektivierung und demokratischen

Arbeiterstimme

Zeitschrift für marxistische Theorie und Praxis

4x im Jahr, pro Heft € 3.- / Abo € 13.-
Aus dem Inhalt der letzten Nummern:

Nr. 170 Winter 2010/11, 40 S.

- Das neue deutsche Wirtschaftswunder
- Zur Politischen Entwicklung und zur Lage der Gruppe
- Gesetzesinitiative zur Einschränkung des Streikrechts
- Über den 19. Parteitag der DKP
- Wahlen in Wien und der Steiermark
- Chinas Wiedereintritt in die große Geschichte und Wirtschaft
- Die Erschaffung einer rechten Dominanz in Chile/Teil IV

Nr. 169 Herbst 2010, 40 S.

- Nach dem Wahlen in Tschechien
- Krise der schwarz-gelben Koalition
- Sind „Alternative Listen“ Totgeburten?
- Hamburger Volksentscheid über die Primarschule
- Chinas Rückkehr auf die Weltbühne
- Mumia Abu Jamal-Veranstaltung in Nürnberg
- Arbeiterpolitik als innergewerkschaftliche Opposition
- Für einen sozialen Ausweg aus der Krise kämpfen?
- Die Erschaffung einer rechten Dominanz in Chile/Teil III

Nr. 168 Sommer 2010, 40 S.

- Die Finanzkrise: 2. Akt eines kapitalistischen Dramas
- Gedanken zur Entwicklung der Partei Die Linke
- Der demokratische Sozialismus – eine Worthülse?
- Alternative BR-Listen – die richtige Taktik?
- Die Krise des Exportweltmeisters
- USA gegen Venezuela und andere ALBA-Staaten
- Die Erschaffung einer rechten Dominanz in Chile/Teil II
- Das britische Volk entscheidet sich – aber wofür?
- Zum 5. Todestag von Jürgen Seifert

Nr. 167 Frühjahr 2010, 44 S.

- Dresden 2010 – Sie kamen nicht durch!
- Rückblick: „Es war ein Tag der überaus festlichen Reden“
- Studentenproteste im Herbst 2009
- Bolivien nach der Wahl
- Die Erschaffung einer rechten Dominanz in Chile / Teil I
- Rückblick auf den Hitler-Stalin-Pakt
- Zum Jahrestag der Bremer Räterepublik
- 90. Jahrestag des Kapp-Lüttwitz-Putsches
- Wie ist das mit dem Feind meines Feindes?
- November 1918 – Versuchte Revolution

Bestellungen bitte an:

Gruppe Arbeiterstimme
T. Gradl, Postfach 910307
90261 Nürnberg

Probehefte versenden wir gratis!

Arbeiterstimme

www.arbeiterstimme.org

Transformation der Ökonomie und der Politik.

Alle Widersprüche können zunehmen: die politischen Konflikte, die sozialen Unterschiede, Erwerbslosigkeit, Armut, Rassen- und Migrationsprobleme, die Widersprüche im Gesundheits- und Bildungswesen, Kriminalität, Korruption usw. Die Folgen können traumatisch sein – für das kubanische Volk, für die Gesellschaft, die man versucht hat aufzubauen, für die Zukunft Lateinamerikas und der Welt.

Wir wollen den Zusammenbruch nicht, er würde nur den Interessen der Extremisten dienen, die Kuba lieber verschwinden sehen, als es der notwendigen sozialistischen Transformation zu unterziehen. In Kuba gibt es keine Arbeitslosenversicherung, keine Gutscheine für Grundnahrungsmittel, auch nicht andere Mechanismen, um die Lage von Erwerbslosen zu mildern. Die Regierung ist gerade dabei, alle «Subventionen und kostenlosen Leistungen» abzuschaffen, einschließlich der Lebensmittelkarten, auf die man noch einige wenige Produkte zu niedrigen Preisen bekommt. In den 50 Jahren seit der kubanischen Revolution war soziale Sicherheit ein höchster Wert. Wir können nicht zu einer Situation zurückkehren, in der ganze Familien ohne Beschäftigung und ohne elementaren Schutz sich selbst überlassen werden, ganz abgesehen von der Unzufriedenheit, die entsteht, wenn es keine Garantien für einen minimalen Schutz gibt.

Die Reorganisierung der Produktion auf kooperativen und selbstständigen Grundlagen benötigt Zeit, in der es für viele Menschen nicht einfach sein wird sich anzupassen, in der sie aber doch essen und leben müssen.

Partizipativer Sozialismus

Es wird gesagt, niemand werde nach der Entlassung arbeitslos bleiben, aber die getroffenen «Entscheidungen» lassen anderes vermuten. Mit politischen Reden kann man die realen Folgen und die Ängste, die das Maßnahmenpaket hervorruft, nicht

beseitigen. Die Unzufriedenheit der «Wegrationalisierten» wird mit der Zeit wachsen und solchen Strömungen innerhalb und außerhalb des Apparats Auftrieb geben, die eine Restauration des Privatkapitalismus befürworten und sozialistische Ideen in wachsendem Maße missachten. Einige fürchten sogar eine soziale Explosion.

Wir hoffen, dass sich die Ver-



nunft durchsetzt und nicht vergessen wird, was in Artikel 1 der sozialistischen Verfassung steht: «Kuba ist ein sozialistischer Staat der Werktätigen, unabhängig und souverän, organisiert mit allen und für das Wohl aller als eine einheitliche und demokratische Republik, zum Zweck der politischen Freiheit, der sozialen Gerechtigkeit, des individuellen und kollektiven Wohlstands und der menschlichen Solidarität.»

Aus der Sicht eines partizipativen und demokratischen Sozialismus müsste die «Kur» anders aussehen: Zuerst sind günstige Bedingungen zu schaffen, damit frei assoziierte, sozialistische Produktionsformen sich in freier und friedlicher Konkurrenz

gegenüber den bestehenden staatlichen und privatkapitalistischen Formen durchsetzen können. Nach und nach muss man vom staatlichen System der Lohnarbeit zu einer Vielfalt von Produktionsformen gelangen. Priorität müssen frei assoziierte Kooperativen, selbstverwaltete und mitbestimmte Betriebe und Selbstständige haben – frei von bürokratischer Bevormundung und nur mit einem Mindestmaß an fördernden, nicht hemmenden Regeln.

Parallel dazu muss es tiefgreifende Veränderungen im politischen System geben, die eine wirkliche Beteiligung der Werktätigen und der Bevölkerung am Prozess der Transformation ermöglichen – in den Produktionszentren, in den Gemeinden, bei allen Entscheidungen, die sie betreffen.

Pedro Campos, Havanna, 27.9.2010

Pedro Campos ist Historiker und war bis zu seiner Emeritierung Dozent für USA-Studien an der Universität Havanna. Er ist Autor zahlreicher Artikel und Essays über den Sozialismus, Kuba, die USA und Lateinamerika.

Weitere informative Webseiten sind www.havanatimes.org (Texte auf Englisch und Spanisch) und <http://antonioscato.altervista.org> (Texte auf Spanisch und Italienisch).

Sozialistische Zeitung SoZ-Verlag

Regentenstr. 57-59, 51063 Köln

Tel. 0221 9231196

Fax 0221 9231197

E-Mail: redaktion@soz-verlag.de

Anzeige

August Thalheimer

Über die Kunst der Revolution und die Revolution der Kunst Ein Versuch



Broschüre, DIN-A5
80 Seiten, 6,- €
Herausgegeben von
Heiner Jestrabek.

Das Essay des oppositionellen Kommunisten Thalheimer entstand Ende der 1940er Jahre im kubanischen Exil. Es beinhaltet Reflexionen zur marxistischen Ästhetik und zur Kritik der damaligen Sowjetunion. Ein großer Teil der Schriften Thalheimers aus dem kubanischen Exil ging verloren. Jetzt liegt dieser wichtige Text erstmals vollständig vor. Mit editorischen Vorbemerkungen und einer Einführung von Theodor Bergmann.

Bestellungen an:

T. Gradl,
Postfach 910307,
90261 Nürnberg

Patrice Lumumba wurde vor 50 Jahren ermordet.

Tasumbu Tawosa wurde am 2. Juli 1925 in Katakombé in der kongolesischen Provinz Kasai geboren. Das Land war damals belgische Kolonie und wurde von König Baudouin wie ein Privatbesitz behandelt. Wegen seines „auführerischen Verhaltens“ durfte Tasumbu die Schule nicht beenden. Trotzdem fand er in Stanleyville (heute Kisangani im Nordosten des Landes) eine Beschäftigung als Postangestellter. Hier heiratete er 1951 seine Freundin Pauline, mit der er zwei Kinder hatte. In dieser Zeit liegen auch seine politischen Wurzeln. Er war 1958 Mitbegründer der die Unabhängigkeit anstrebenden Partei Mouvement National Congolais (MNC), in der er schnell Anerkennung fand und den Kampfnamen Lumumba (Auführerische Massen) erhielt. Er setzte sich für die Aktivierung und Organisierung der Menschen aller Gruppen und Rassen* des Landes ein. Dadurch gewann seine Partei in allen Landesteilen des aus etwa 200 Ethnien bestehenden riesigen zentralafrikanischen Landes großen Einfluss. Die Kolonialmacht Belgien hatte das Land nie richtig im Griff.

Das Jahr 1960, auch Afrikanisches Jahr genannt, war durch die Unhaltbarkeit des Kolonialsystems gekennzeichnet. Der Einfluss der Sowjetunion beschleunigte die Entlassung von 17 afrikanischen Ländern in die „Unabhängigkeit“. Natürlich hatten die Kolonialmächte Vorkehrungen getroffen, damit möglichst ihnen hörige Regimes an die Macht kamen. So wurde auch Lumumba im Oktober 1959 verhaftet und gefoltert. Wie in manchen anderen nun „Jungen Nationalstaaten“ versagte diese Strategie. Im Kongo gewann der MNC die erste Parlamentswahl am 25. Mai 1960 und stellte damit den Ministerpräsidenten. Lumumba hatte als Regierungschef nicht nur die weißen Siedler sondern auch große Teile der einheimischen Oberschicht gegen sich. Von Anfang an waren auch die ethnische Zersplitterung und der Stammesegoismus große Probleme für die Entwicklung einer kongolesischen Nation, die sich auch heute immer wieder in blutigen Auseinandersetzungen manifestieren. Der gravierendste Nachteil war aber der Ressourcenreichtum des Landes. Nach Diamanten, Gold, Kupfer, Erdöl und gegenwärtig besonders

Coltan gieren die großen Rohstoffmetropole der Welt. Ganz schnell wurde versucht, die südöstliche Bergbauregion Katanga unter dem selbst ernannten Premier Moises Tschombe abzuspalten. Natürlich erhielt er großzügige logistische, propagandistische und militärische Hilfe Belgiens und der interessierten USKonzerne. Als gefügige Speichellecker der imperialistischen Mächte erwiesen sich auch der erste Präsident Kasavubu und der spätere Machthaber Mobutu. Die westliche Presse versuchte den Sozialisten Lumumba als Kommunisten, Negerpremier und Satan schlecht zu reden. Empörung wurde geheuchelt, weil sich Lumumba am 30. Juni 1960 bei der Machtübergabe durch den belgischen Monarchen nicht artig für die „durch die zivilisatorischen Verdienste der Kolonialmacht“ ausgelösten „Errungenschaften“ für das ausgebeutete Land bedankte, sondern die ungeschminkte Wahrheit sagte. Da half auch eine Würdigung des Landes Belgien durch Lumumba beim Staatsbankrott nichts mehr. Er war als Feind ausgemacht.

Die nationale Einigung des Kongo wurde auch vor allem durch die belgientreue Armee verhindert. Lumumba versuchte sich der Hilfe der USA zu versichern. Präsident Eisenhower schmetterte aber ab und auch die UNO leistete keine Hilfe. In dieser Situation bat Lumumba die Sowjetunion um Hilfe, ein willkommenes Vorwand, um ihm die „Auslieferung des Kongo an den Kommunismus“ zu unterstellen. Belgien schickte große Truppenkontingente ins Land und besonders zu Lumumbas Erzfeind Tschombe nach Katanga. Präsident Kasavubu stellte sich mit der Armee gegen den gewählten Ministerpräsidenten. Beide setzten sich gegenseitig ab.

Der mit Belgien und den USA zusammen arbeitende Armeeführer ließ den Ministerpräsidenten und zwei seiner engsten Mitstreiter ergreifen und an Tschombe ausliefern. Sie wurden gefoltert und im Februar 1961 ermordet. Die Mörder und ihre Hintermänner hatten noch vor den sterblichen Überresten soviel Angst, dass diese zersägt und in Säure aufgelöst und die dann noch vorhandenen Reste verbrannt wurden. Mitarbeiter von CIA und belgischem Geheimdienst nahmen daran

teil. Einer dieser Offiziere zeigte Reportern stolz die heraus gebrochenen Schneidezähne Lumumbas.

Für die progressiven Kräfte ist und bleibt Patrice Lumumba ein Symbol für die Befreiung Afrikas. An ihn erinnern viele nach ihm benannte Bildungseinrichtungen. Die Wende von 1989 konnte auch in Deutschland die Erinnerung und Würdigung nicht auslöschen. Bald soll auch in der Leipziger Uni die in den Wendewirren „verloren gegangene“ Büste des kongolesischen Helden durch eine neue ersetzt werden.

Dr. W. Bartsch, Langenbernsdorf



Nachdruck aus:
LINKERBLICK

Herausgegeben vom Kreisverband Zwickau der

Partei DIE LINKE,

Kontakt: DIE LINKE.

08056 Zwickau, Leipziger Straße 14,

Tel.: 0375/212676, Fax: /212749,

Mail: libli-zwickau@web.de

* Dieser Begriff wurde häufig zur Untergliederung der Menschheit verwendet, die auch mit Wertungen verbunden war und eine scheinbar wissenschaftliche Grundlage für den Rassismus geliefert hat. Wir finden diesen Begriff – zumindest im deutschen – zu verwenden problematisch. Wir gehen doch davon aus, dass der Autor dies nicht im rassistischen Sinn sondern als Synonym für Hautfarben bzw. Volkszugehörigkeiten verwendet hat.

Die Redaktion Arbeiterstimme

Auszüge aus der Ansprache Lumumbas am 30. Juni 1960:

Wir haben zermürbende Arbeit kennen gelernt und mussten sie für einen Lohn erbringen, der es uns nicht gestattete, den Hunger zu vertreiben, uns zu kleiden oder in anständigen Verhältnissen zu wohnen oder unsere Kinder als geliebte Wesen großzuziehen. (...) Wir kennen Spott, Beleidigungen, Schläge, die morgens, mittags und nachts unablässig ausgeteilt wurden, weil wir Neger waren. (...) Wir haben erlebt, wie unser Land im Namen von angeblich rechtmäßigen Gesetzen aufgeteilt wurde, die tatsächlich nur besagen, dass das Recht mit den Stärkeren ist. (...) Wir werden die Massaker nicht vergessen, in denen so viele umgekommen sind, und ebenso wenig die Zellen, in die jene geworfen wurden, die sich einem Regime der Unterdrückung und Ausbeutung nicht unterwerfen wollten.

Herzlichen Glückwunsch zum 95. Geburtstag Theodor Bergmann!



Vor 95 Jahren – am 7. März 1916 – wurde Theodor Bergmann in Berlin geboren. Seine Biographie dürfte politisch interessierten Menschen bekannt sein. Seine Autobiographie hat er ja schon vor elf Jahren geschrieben (Im Jahrhundert der Katastrophen. Autobiographie eines kritischen Kommunisten. VSA Hamburg 2000). Weitere Buchtitel folgten: Gegen den Strom. Die Geschichte der KPD(Opposition) 2001, Geschichte wird gemacht. Soziale Triebkräfte und internationale Arbeiterbewegung im 21. Jahrhundert

2002, Die Thalheimers. Geschichte einer Familie undogmatischer Marxisten 2004, Rotes China im 21. Jahrhundert 2004, China entdeckt Rosa Luxemburg 2007. „Klassenkampf & Solidarität“ Geschichte der Stuttgarter Metallarbeiter 2007, „Dann fangen wir von vorne an“. Fragen des kritischen Kommunismus. Theodor Bergmann zum 90. Geburtstag. (mit DVD) 2007.

Aber wer glaubt, der emeritierte Professor für international vergleichende Agrarpolitik der Universität Hohenheim würde sich jetzt seinem wohlverdienten Ruhestand widmen,

muss enttäuscht werden. Er denkt gar nicht daran Ruhe zu geben und mischt weiter streitbar in der politischen Debatte kräftig mit. Unermüdlich bereist er ferne Länder und ist ein viel gefragter Referent. Er publiziert zahlreiche Artikel in der internationalen Presse und schreibt ein Buch ums andere.

Nach seinem wichtigen Buch Internationalismus im 21. Jahrhundert. Lernen aus Niederlagen – für eine neue internationale Solidarität 2009 folgten Internationalisten an den antifaschistischen Fronten. Spanien – China – Vietnam 2009 und Weggefährten. Gesprächspartner – Lehrer – Freunde – Helfer eines kritischen Kommunisten 2010 – zwei Bücher mit vielen Kurzbiographien und persönlichen Begegnungen eines wahrhaften Internationalisten. 2011 liegt bereits sein neues Buch Der 100-jährige Krieg um Israel. Eine internationalistische Position zum Nahostkonflikt vor – und ein neues Projekt ist schon in Arbeit: Strukturprobleme der kommunistischen Weltbewegung – bei dem die ersten Versuche, einen Menschheitstraum zu verwirklichen kritisch analysiert werden, damit künftige Versuche die alten Fehler nicht wiederholen mögen.

Lieber Theo! Wir gratulieren Dir und wünschen Dir weiterhin so viel Schaffenskraft, die beste Gesundheit und einen nie erlahmenden kritischen Geist!

Heiner Jestrabek

Theodor Bergmann | Gesprächspartner – Lehrer – Freunde – Helfer Weggefährten | eines kritischen Kommunisten



In seinem langen Leben ist Theodor Bergmann vielen Menschen begegnet. Er lernte eine Reihe bedeutender Menschen kennen, an die er erinnern möchte. Meist kritische Linke und andere Persönlichkeiten kreuzten seinen Lebensweg und werden in dem Buch nachgezeichnet. Auf seinen un-

freiwilligen Reisen als Emigrant hat Theodor Bergmann Hilfe gebraucht und erhalten, ohne die das Überleben in den durchlebten extrem unruhigen Zeiten gefährdet war. Bei seinen späteren Reisen nach 1948 ging es dann auch um private politische Neugier, um Suche nach früheren Genossen und Genossinnen und um fachliche und politische Forschungsarbeit. All dies ist Gegenstand des Buches. Dabei werden auch die historischen Umstände – oft genug Katastrophen – deutlich, unter denen er seine Gesprächspartner, Lehrer, Freunde und Helfer

traf. So entstand ein kritisches und spannendes Erinnerungsbuch.

Aus dem Inhalt: Gesprächspartner – Lehrer – Freunde – Helfer u.a. über Ernst Bloch, Heinrich Brandler, Tamara Deutscher, Tilla Durieux, Israel Epstein, Helmut Gollwitzer, Eduard Goldstücker, Svetlana Bucharina, Robert Liebknecht, Bernie Taft, August, Bertha, Klara und Roy Thalheimer, Wang Guanmei, japanische, chinesische und indische Agrarökonomen, Stuttgarter Freunde und die Geschwister und Familie Bergmann.

232 Seiten (VSA Hamburg 2010)
EUR 19.80 €, ISBN 978-3-89965-443-1

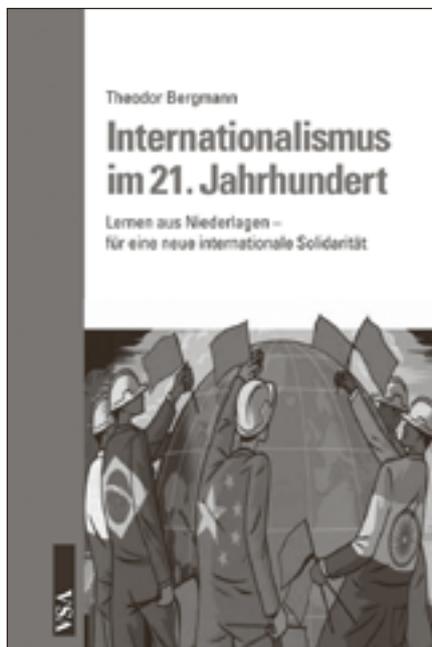
Rezension: Theodor Bergmann: Internationalismus im 21. Jahrhundert.

Bilanz und Perspektive für einen neuen Internationalismus

Ein neues Buch über Internationalismus, Globalisierung und eine notwendige internationale Solidarität der Unterdrückten. Um es gleich vorweg zu nehmen: Der Rezensent ist der Meinung, dass es sich bei diesem Buch um ein unverzichtbares Dokument handelt, das der noch immer weitgehend orientierungslosen internationalen Linken helfen kann, aus vergangenen Fehlern zu lernen – denn wer aus den Fehlern der Geschichte nichts lernt, ist gezwungen sie zu wiederholen. Dem Buch von Bergmann wäre eine baldige mehrsprachige Übersetzung und internationale Verbreitung zu wünschen.

Der Autor Theodor Bergmann, geboren 1916, ehemaliger Professor für international vergleichende Agrarpolitik an der Universität Hohenheim, lebt in Stuttgart. Der Schwerpunkt seiner zahlreichen Artikel und Buchveröffentlichungen sind größtenteils Fragen der Geschichte der internationalen Arbeiterbewegung, insbesondere die der Gewerkschaften und Agrarbewegungen. Er blickt auf ein aktives politisches Leben von 80 Jahren zurück. Also eine Bilanz seines politischen Lebens? In seinem hohen Alter – sofern man noch gesund ist – schreibt man normalerweise persönliche Erinnerungen und verklärt so manches. (Seine persönlichen Memoiren veröffentlichte er bereits vor Jahren: *Im Jahrhundert der Katastrophen. Autobiographie eines kritischen Kommunisten*. Hamburg 2000) Nicht so Bergmann. Er ist noch immer ein viel gefragter Referent, agiert international auf Konferenzen und reist noch immer weltweit. Mario Kessler nennt Bergmann einen „vielsprachigen Internationalisten“.

Was macht also sein neues Buch so brauchbar? Er schreibt nicht ausschweifend, sondern prägnant. Er schreibt über alle Höhen und Tiefen der internationalen Arbeiterbewegung und deckt schonungslos alle Fehlentwicklungen auf und begnügt sich nicht mit Räsonnieren, sondern



fasst in Thesen Lehren und Schlussfolgerungen zusammen. Er betont, dass im Zeitalter der Globalisierung eine Internationale der Arbeiterbewegung notwendiger sei denn je.

Gründe, die überwiegend noch in der Geschichte des 20. Jahrhunderts liegen, erschweren jedoch bis heute ihren Aufbau. Er weist Wege für einen Internationalismus, der aus dem eigenen Scheitern gelernt hat. Seine Bilanz ist schonungslos: die beiden Hauptströmungen der Arbeiterbewegung in Europa – sozialdemokratischer Reformismus und stalinistischer Kommunismus – sind gescheitert und weitgehend zerfallen. In seinem historischen Rückblick verdeutlicht er die enge Zusammengehörigkeit der nationalen Klassenkämpfe mit dem Internationalismus und die Ursachen des Niedergangs. Er analysiert Probleme und Aufgaben der gegenwärtigen internationalen Arbeiterbewegung. Notwendig sei nunmehr der Aufbau einer neuen, demokratisch strukturierten Internationale, die die Ungleichzeitigkeit und Ungleichartigkeit der sozialistischen Weltbewegung berücksichtigt und den Marxismus für die heutige Zeit weiterentwickelt.

Die Erschaffung einer rechten Dominanz in Chile, Teil IV: Die Epoche der Regierungen der Concertación

Liebe Leserin, lieber Leser, leider hat die Grafik auf Seite 34 der letzten Arbeiterstimme einen Teil des Chile-Artikels abgedeckt. Wenn auch nur sehr wenige Textstellen betroffen waren und sich die fehlenden Stellen „erraten“ ließen, drucken wir dennoch an dieser Stelle die beiden Absätze nochmal komplett ab.

Redaktion Arbeiterstimme

(...)

Leichter finden sich Zahlen über die Exportstrukturen in der Vergangenheit. Nimmt man die Aufschlüsselung für das Jahr 1960 von Dieter Nohlen findet man folgende Tendenz. Vor einem halben Jahrhundert gingen 86,6% aller Exporte auf den Bergbau zurück. Allein Kupfer machte damals 68,8% der Ausfuhren aus. Demnach ist der Exportanteil

dieses Metalls um ca. 15 Punkte, auf heute 53,6%, gefallen.

Man kann also festhalten, dass Chiles Exportabhängigkeit von diesem Rohstoff zwar nachgelassen hat, aber bei einem Anteil von etwas über 50% immer noch besteht. Dabei ist aber zu bezweifeln, dass dieser Rückgang ein Erfolg des Neoliberalismus ist. Für den Export empfindlicher Früchte in die Länder des Nordens ist moderne Kühl- und Transporttechnologie viel wichtiger als die Wirtschafts- und Sozialgesetzgebung. Im Widerspruch zur Selbsteinschätzung stehen die von Claudio Maggi und Dirk Messner genannten Zahlen, denen zufolge Chiles Anteil am Weltexport während der Diktatur von 0,44% (1970) auf 0,22% (1987) gefallen ist.

(...)

Bergmann geht zurück bis zum Jahr 1848, beschreibt die I. und II. Internationale und deren Niedergang, das Jahr 1917 und die kritische Solidarität zur russischen Revolution. Schonungslos fällt seine Kritik an der Stalinisierung der Komintern aus und beschreibt die Positionen kritischer Marxisten zur sowjetischen Politik im 2. Weltkrieg und nach 1945, ebenso wie die beschämenden Auflösungen von Komintern und Kominform, bis hin zum endlichen Scheitern des Realsozialismus von Ostberlin bis Wladiwostok 1989/91. Mit diesem Rückschlag endet für eine Generation unkritischer Marxisten die Bilanz. Nicht so für Bergmann. Er analysiert nunmehr die Ergebnisse des ersten sozialistischen Großversuchs in der Menschheitsgeschichte und würdigt die historischen Leistungen, zählt aber auch die negativen Ergebnisse auf: Abbau der Räte- und innerparteilichen Demokratie und Debatte, Entmachtung der Gewerkschaften als sozialer Gegengewichte zu Staatsapparat und Planungsbürokratie, Bürokratisierung und Überzentralisierung, Vernichtung des undogmatischen Marxismus, innenpolitischer Terror (Moskauer Prozesse 1936-38), überhastete einseitige Industrialisierung, Zwangskollektivierung, „Bolschewisierung“ der KPs außerhalb der Sowjetunion. Bergmann beschreibt

ausführlich die Ursachen der Demoralisationen und des Niedergangs der kommunistischen Parteien. Nur in vier Ländern bleiben KPs an der Macht und versuchen sich zu reformieren.

Nach dem Zusammenbruch des Ostblocks bleibt die Welt multipolar. Der Imperialismus verfolgt weiter seine aggressiven Ziele, insbesondere durch die Militärlpolitik der führenden Macht USA.

Bergmann führt die Leser in seiner Studie nunmehr um die ganze Welt. Er behandelt die agrarischen Bewegungen, Antiglobalisierungsbewegungen, Fragen der Atomenergie, revolutionäre Bewegungen der „Dritten Welt“, berichtet – besonders aus eigener Anschauung – über Vietnam, Japan, Indien, Bolivien u.v.a.m. Ausführlich behandelt er die kommunistische Regierungsarbeit und Reformen der politischen Entwicklung in der VR China – Phasen der Agrarentwicklung und Industrieentwicklung – interessante Ergänzungen zu seinem Buch *Rotes China im 21. Jahrhundert*. (Hamburg 2004). Zudem vergleicht er die (sozialistischen und kapitalistischen) Entwicklungsstrategien Chinas und Indiens.

Bergmanns Analysen decken sich nicht in allen Fällen mit den Ansichten des Rezensenten – aber er begründet faktenreich und belegt nicht nur aus der Literatur, sondern – was

seinen Argumenten besondere Anschaulichkeit verleiht – mit Zeugnissen aus persönlichen Begegnungen, Gesprächen, Reisen – aus Indien, Japan, China, Sowjetunion, Amerika, Australien, usw.

Sein Buch ist insgesamt ein leidenschaftliches Plädoyer für eine neue Internationale:

„Am Anfang steht eine Analyse des kapitalistisch dominierten Weltsystems und seiner Tendenzen; dazu gehört eine Darstellung der Hegemonie der Bourgeoisie, der massiven Sprachregelung und ihrer Wirkung auf die Massen. 2. Dazu gehört ferner eine Analyse der Veränderungen in der Arbeiterklasse. 3. Aus einer kritischen Darstellung der Leistungen, der Irrungen und Fehler der Geschichte des Internationalismus ergeben sich einige vorläufige Prinzipien für die neue Internationale.“

Es kann angesichts der Vielfalt der Kampfbedingungen keinen ‚Generalstab der Weltrevolution‘ geben. Die Ausgangsbedingungen jedes Landes müssen die Kampfmethoden und die Wege zum Sozialismus bestimmen; selbst das erfolgreichste Modell des Aufbaus einer neuen Gesellschaft kann nicht kopiert werden. (...) Selbstbestimmung und Souveränität der Parteien, Kritik und offene Debatte sind die Grundlagen internationaler Solidarität. Der Marxismus ist zu erneuern, aus der Kanonisierung in der Stalin- und Mao-Ära zu befreien; dieser muss neue Antworten auf die neuen Fragen suchen, weiterentwickelt werden. Kritik ist die Lebensluft des Marxismus. Kritische Solidarität muss das Verhältnis der revolutionären Parteien zueinander bestimmen. Unkritische globale Zustimmung zu allen Schritten sozialistisch geführter Länder und kommunistischer Parteien ist schädlich. Dabei unterscheidet sich sozialistische Kritik in ihrer Zielsetzung grundsätzlich von kapitalistischer; die erstere will den sozialistischen Aufbau verbessern, Fehler minimieren, die andere den Sozialismus zersetzen. Daher muss unsere Kritik andere Argumente und andere Formulierungen finden als die der Gegner des Sozialismus; in Form und Inhalt muss marxistische Kritik sich klar von kapitalistischer unterscheiden.“

Heiner Jestrabek

Theodor Bergmann: *Internationalismus im 21. Jahrhundert. Lernen aus Niederlagen – für eine neue internationale Solidarität.* VSA-Verlag Hamburg 2009. 256 Seiten.

ISBN 978-3-89965-354-0

Anzeige

Schwerpunkt der Ausgabe 1/2011:

Mord und Totschlag als staatliche Option

DIE ROTE HILFE erscheint viermal im Jahr und kostet 2 Euro, im Abonnement 10 Euro im Jahr. Für Mitglieder der Roten Hilfe e.V. ist der Bezug der Zeitung im Mitgliedsbeitrag inbegriffen.

Gefangene erhalten die Zeitung kostenlos.

Zuschriften und Anfragen an:
Rote Hilfe Redaktion
Postfach 3255,
37022 Göttingen
rhz@rote-hilfe.de

Zeitung der Roten Hilfe e.V. – Zeitung gegen die Repression



Wolfgang Abendroth

Zum 25. Todestag



Am 15. September 2010 jährte sich zum 25. Mal der Todestag des sozialistischen Juristen und Politikwissenschaftlers Wolfgang Abendroth. Dieses Datum ist ein Anlass, sich wieder verstärkt mit seinem Leben und Werk zu beschäftigen. Dabei wäre es sicherlich absolut falsch, Abendroth und sein Werk einseitig parteipolitisch vereinnahmen zu wollen. Es ist vielmehr danach zu fragen, was für die Linke als umfassende gesellschaftliche Bewegung von Abendroths Leben und Werk sowie seiner Charakterisierung des Sozialismus als Demokratie auf allen Ebenen der Gesellschaft auch heute noch aktuell ist und welche Lehren daraus für die gegenwärtigen Auseinandersetzungen hinsichtlich der Perspektive des Sozialismus in der Bundesrepublik Deutschland gezogen werden können.

An Hand der knappen Behandlung einiger Thematiken – die sich vor allem auf grundlegende Problematiken hinsichtlich *Staat – Demokratie – Sozialismus* und *Menschenrechte – BürgerInnenrechte* beziehen – wird im Folgenden die trotz der wesentlichen weltpolitischen und gravierenden gesellschaftlichen Veränderungen nach 1989 nach wie vor bestehende überaus große Aktualität der Erkenntnisse, An-

sichten und Konzeptionen Abendroths bezüglich der programmatischen Diskussionen in der Linken ansatzweise dargestellt. Zahlreiche andere und gleichfalls sehr wichtige und interessante Thematiken des Werkes von Wolfgang Abendroth (wie z.B. seine spezifische Ansicht der Geschichte der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung; Abendroth als Völkerrechtler; Abendroths Parteikonzeption; die Analyse des Rechtsextremismus und Faschismus in Europa nach 1945 durch Abendroth; seine Gewerkschaftskonzeption; seine Analysen und Kritiken hinsichtlich der politischen Entwicklungen in der UdSSR und der DDR; Abendroth und die nationalen Befreiungsbewegungen) können hier nicht behandelt werden, sie bleiben späteren Untersuchungen und Darstellungen vorbehalten. Außerdem ist festzuhalten, dass es leider immer noch keine Gesamtbioographie von Wolfgang Abendroth und seines familiären Umfelds gibt, besonders die Periode seines Lebens und Wirkens von Anfang der 70er Jahre bis zu seinem Tod 1985 ist bisher nur in Ansätzen analysiert und dargestellt worden.

Staat – Verfassung – Sozialismus

Für Wolfgang Abendroth stellen die Ansichten von Karl Marx und Friedrich Engels über die Natur des bürgerlichen Rechts und Staates und seine Umgestaltung kein unveränderliches und unbewegliches Lehrgebäude dar. Die sozialistische staatstheoretische Konzeption ist für ihn nicht in allen ihren Teilen ein fertiges Theoriegebäude, an dem sich niemals etwas ändern dürfe. Sie ist für ihn kein für alle Zeiten und Orte gültiges Dogma – das unabhängig von den Veränderungen der historischen Bedingungen ist. Für Abendroth dient die materialistische Methode bei der Untersuchung des Staates als Instrument der Analyse des Realen. Er achtet bei die-

ser Analyse sehr genau darauf, die Realität nicht in ein abstraktes Schema zu pressen, sondern zeigt vielmehr, dass sich die Problematik des Verhältnisses der Arbeiterbewegung zum bürgerlichen Staat in der Geschichte der konkreten gesellschaftlichen Verhältnisse zwischen den Klassen und in spezifischen Situationen abspielt, unter den Bedingungen veränderlicher historischen Praxis; und diese Praxis liefert Abendroth die Kriterien für die Gültigkeit der Theorie.

Als politischer Wissenschaftler und wegen seiner Positionen in den gesellschaftlichen Auseinandersetzungen in der Bundesrepublik und im internationalen Rahmen (wie z.B. seine Stellungnahmen gegen die Wiederbewaffnung, gegen das KPD-Verbot, gegen den Abtreibungsparagraphen § 218 StGB, gegen den Vietnam-Krieg, gegen den faschistischen Putsch in Chile 1973, gegen Berufsverbote, gegen die sogenannte Nachrüstung) ist Abendroth immer sehr umstritten gewesen, zumal der von ihm vertretene Marxismus in den Jahren des kalten Krieges als unvereinbar mit dem Grundgesetz und der parlamentarischen Demokratie galt. Für Abendroth ist jedoch das Grundgesetz der BRD eine zum Sozialismus hin offene Verfassung. Er hat sich stets gegen konservative und reaktionäre politische und juristische Interpretationen des Grundgesetzes gewandt, die diese Möglichkeit generell verneinten. Dabei sind für ihn die rechtsstaatlichen Grundrechte die Voraussetzung für die Realisierung einer demokratischen und sozialistischen Gesellschaft gewesen.

Abendroth zufolge ist die Verfassungsordnung der BRD wegen der antagonistischen Gesellschaftsstruktur, auf der sie basiert, durch einen fundamentalen Widerspruch geprägt: Sie ist einerseits eines der wichtigsten Mittel zur Stabilisierung der diese Gesellschaft bestimmenden Machtverhältnisse, andererseits ist sie jedoch auch ein Instrument zu ihrer Transformation:

„Die Verfassungsordnung ist weder mit dem kapitalistischen Gesellschaftssystem noch mit dem Staatsapparat unmittelbar identisch. Diese Differenz macht die Substanz einer funktionierenden politischen Demokratie aus.“¹

Dieser Einschätzung folgend, wird von Abendroth die rechtstaat-

lich verfasste politische Demokratie in der BRD nach 1949 als eine Herrschaftsform verteidigt, die das Transformationsfeld hin zum demokratischen Sozialismus offenhält.

Dabei beruht diese Auffassung Abendroths auch ganz wesentlich auf seiner Einschätzung, dass durch den Aufstieg der UdSSR zur Weltmacht nach dem Zweiten Weltkrieg eine völlig neuartige Situation innerhalb des Systems der internationalen Beziehungen entstanden ist. Die seit Ende des Zweiten Weltkriegs grundlegend veränderten Bedingungen des Kampfes für den Sozialismus charakterisiert Abendroth in einem 1981 veröffentlichten Interview folgendermaßen:

„Im Jahre 1919 ist aus der Sicht der Arbeiterbewegung die Verwertung von Möglichkeiten, die die bürgerliche Rechtsordnung gewährt, von Fall zu Fall sehr wichtig, aber der Gesamtprozeß einer Transformation in eine spätere sozialistische Gesellschaft ist noch nicht innerhalb dieses Gefüges definierbar. Das ist nach 1945 bei Veränderungen auch der internationalen Gleichgewichtslage schlicht anders. Die rechtsinterpretative und die rechtswissenschaftliche Betrachtungsweise erhält für die Arbeiterbewegung nun eine neue Dimension. Es geht für die Juristen der Arbeiterbewegung vor 1914, grob formuliert, im wesentlichen nur darum, die Rechtsnormen der bürgerlichen Gesellschaft zu stärken und auszunützen, die für die Arbeiterbewegung als gewährte Konzessionen brauchbar sind, ohne freilich der Illusion zu erliegen, daß von hier aus eine Transformation der gesamten bürgerlichen Gesellschaft überhaupt erreichbar sein könnte; rechtswissenschaftliches Auftreten von Marxisten war hier im wesentlichen praktische Aufgabe des Tages, nicht strategische. In der Gleichgewichtslage nach Ende des Zweiten Weltkriegs ist die Situation eine vollständig andere. Man kann jetzt an ein systematisch in sich geschlossenes System rechtswissenschaftlichen Denkens herangehen als strategisches Anleitungsmittel, und das heißt natürlich auf der Basis und in An-

erkennung der inzwischen geschaffenen verfassungsrechtlichen Normen. Typisch dafür ist: Der beste marxistische Rechtswissenschaftstheoretiker der Weimarer Republik, der frühe Karl Korsch, schreibt ein System des Arbeitsrechts und gibt Anleitungen für arbeitsrechtlich richtiges Auftreten von Vertretern der Gewerkschaftsbewegung und auch der politischen Arbeiterbewegung. Aber er kann gar nicht daran denken, etwa ein generelles strategisches Konzept rechtswissenschaftlichen Denkens bis in das verfassungsrechtliche Denken hinein zu liefern, weil die realen Voraussetzungen dafür fehlen. Das ändert sich ab 1945, denn jetzt sind die Rechtswissenschaft und das Rechtssystem potentiell transformatorischen Charakters. Es ist vor allem das relative Gleichgewicht zwischen einer (bei allen Mängeln) sozialistischen Weltmacht und den kapitalistischen Staaten, das die Basis dafür bietet.“²

Bei aller Betonung der Bedeutung von demokratischen und Freiheitsrechten hat sich Abendroth gleichzeitig ganz entschieden dagegen gewandt, darüber den Sozialismus als Ziel zu vernachlässigen. Sehr prägnant fasst er wichtige Aspekte seiner eigenen persönlichen politischen und wissenschaftlichen Entwicklung bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges im Kontrast zur Entwicklung von Franz Neumann zusammengefasst.

Auf die Frage: „Sind Wolfgang Abendroth und Franz Neumann zwei typische Intellektuelle der deutschen Arbeiterbewegung in dem Sinne, daß der eine über alle Erfahrungen von Niederlagen hinweg am Marxismus und an seiner sozialistischen Position festhält, und damit eher eine Ausnahme in der deutschen Arbeiterbewegung darstellt, während Franz Neumann eher ein typischer Vertreter der deutschen Arbeiterbewegung insofern ist, als er zwar auch Widerstand leistet und emigriert, dann aber seine marxistische Position verläßt und sich mehr zu einem liberalen Typus von Sozialist hin entwickelt?“ antwortet er: „Ich glau-

be schon. Beide sind typische Gestalten der Weimarer Arbeiterbewegung, die aber durch verschiedene Erfahrungen, Franz Neumann war in der Emigration, während ich hier blieb, geprägt wurden. Franz Neumann hat richtig gesehen, daß die Verteidigung von Grundrechten eine außerordentlich wichtige Sache ist, nur in der Konsequenz ist es überzogen, wenn er den Sozialismus am Ende vergißt. Dazu kommt bei Franz Neumann, daß er in den Vereinigten Staaten lebte, in denen es nur wellenförmig und eruptiv, nie kontinuierlich eine sozialistische Massenbewegung gab, und er die Entwicklung der (eine stalinistische Phase durchlaufenden) sozialistischen Länder deshalb zu negativ und zu wenig in langfristige historische Prozesse eingeordnet sieht und dadurch die Hoffnung verliert. Er vergißt, daß auch die bürgerliche Revolution in Europa ihre Phase des Jakobinismus und dann des Bonapartismus gehabt hat und haben mußte; daß auch die bürgerliche Revolution des 17. Jahrhunderts in England ihre Phase des Entgleitens gehabt hat und daß es aus solchen Phasen des Entgleitens Auswege gibt, die sich immer nur sehr langsam durchsetzen. Uns in Deutschland, die wir die ganze Zeit des Dritten Reiches hier verbracht haben, ist die Einsicht in solche langfristigen Prozesse sozusagen in viel stärkerem Maße eingepriegelt worden als Franz Neumann.“³

Abendroths staats- und rechtstheoretische Konzeption

Wie Friedrich Engels sieht Abendroth die Verfassung als die politische Form eines Resultats von Klassenkämpfen, als Ausdruck von Kräfteverhältnissen und als Resultat aufeinander einwirkender Interessen an, also als einen Ausdruck von Klassenkompromissen. Dieser Blick auf das Problem des Staates und dessen Bedeutung für die Strategie und Taktik der Arbeiterbewegung – das eine durch die nach dem Abklingen des internationalen Revolutionszyklus der Jahre 1917 bis 1919 bedingte Rückkehr zu der Verfassungstheorie von Karl Marx und Friedrich Engels ist – ermöglicht es Abendroth, nach dem Zweiten Weltkrieg für einen demokratischen Übergang zum Sozialismus in Deutschland zu arbeiten. Zudem schafft er sich die Möglich-

1– Joachim Perels: *Arbeiterklasse, Staat und Verfassung. Materialien zur Verfassungsgeschichte und Verfassungstheorie der Bundesrepublik*; Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt am Main 1977, S. 8–9.

2– Gespräch mit Wolfgang Abendroth; in: *Dialektik, Beiträge zu Philosophie und Wissenschaften* [Hrsg. von Bernhard Heidtmann, Hans Heinz Holz und Hans-Jörg Sandkühler], Band.3; Pahl-Rugenstein-Verlag, Köln 1981, S. 152–153.

3– Gemeinsam mit Jakob Moneta und Lisa Abendroth: *Gesprächsbeiträge*; in: *Reform und Resignation. Gespräche über Franz L. Neumann*. Hrsg. von Rainer Erd; Frankfurt am Main 1985, S. 239–252, hier S. 251.

keit, auf theoretischem Terrain selbst eigenständige und sehr originelle Beiträge zur Staatstheorie auszuarbeiten, die im Kontext der Überlegungen von Antonio Gramsci und anderer westeuropäischer marxistischer Intellektueller, die innerhalb der Arbeiterbewegung aktiv gewesen sind, zu verorten sind.

Dieses Denken über den Staat bei Abendroth schafft die Grundlage für drei wesentliche Elemente seiner Verfassungs- und Rechtstheorie:

- Das Paradigma des potenziell gesellschaftstransformatorischen Charakters der Rechtswissenschaft und des Rechtssystems in der grundlegend neuen globalen Gleichgewichtslage nach 1945.
- Die Unterscheidung zwischen dem Staatsapparat und der demokratischen verfassungsmäßigen Ordnung.
- Die Begründung demokratischer und sozialer Teilhaberechte.

Entscheidend für die recht- und verfassungsrechtliche Konzeption Abendroths nach 1945 ist in diesem Zusammenhang seine Erkenntnis der potenziell transformatorischen Funktion der Rechtswissenschaft und des Rechtssystems der Bundesrepublik Deutschland. Abendroth kann nach 1945 seine neue Konzeption der potenziell transformatorischen Funktion der Rechtswissenschaft und des Rechtssystems entwickeln, weil zum einen gesellschaftlich durch die Veränderungen des globalen Gleichgewichts im Kräfteverhältnis zwischen bürgerlich-demokratischen und sozialistischen Staaten nach dem Zweiten Weltkrieg die politischen Voraussetzungen dazu vorhanden sind. Zum anderen kann Abendroth individuell als politischer Verfassungs- und Völkerrechtswissenschaftler mit seiner materialistischen wissenschaftlichen Methodik diese Veränderungen in den Kräfteverhältnissen innerhalb des Systems der internationalen Beziehungen analysieren und deren Bedeutung für das Rechtssystem der BRD erkennen.

Die neuen historischen Bedingungen im Verhältnis der Arbeiterbewegung zum Rechtssystem und zur Rechtswissenschaft nach dem Ende der faschistischen Herrschaft werden jedoch durch die Entwicklungen in

der Staatsrechtswissenschaft in den westlichen Besatzungszonen Deutschlands konterkariert. Wolfgang Abendroth muss miterleben, wie sich schon bis Ende des Jahres 1948 sowohl die personelle als auch die inhaltliche Restauration immer stärker durchsetzt. Zahlreiche durch ihr Engagement für den deutschen Faschismus kompromittierte Staatsrechtler kommen sehr schnell wieder zu Amt und Würden.

Durch die internationalen historischen Entwicklungen und die gravierenden Veränderungen der nationalen und globalen Gleichgewichte der Klassen ist für Abendroth nach 1945 wegen der damit verbundenen potenziell transformierenden Funkti-



on des Rechtssystems und der Rechtswissenschaften in Deutschland die hegemoniale Herrschaft der Arbeiterklasse in Form eines Rätestaates dennoch obsolet geworden. Die hegemoniale Herrschaft der Arbeiterklasse ist seiner Auffassung nach jetzt durch eine soziale Demokratie auch innerhalb traditioneller republikanischer Strukturen möglich. Damit entwickelt Abendroth jenes neuartige materialistische Denken über den Staat weiter, dessen Anfänge er seinerseits dem linken Austromarxisten Max Adler zugeschrieben hat.

Mit seinen Überlegungen zur Rechts-, Staats- und Verfassungsproblematik formuliert Abendroth nach dem Zweiten Weltkrieg wichtige Beiträge zur Entwicklung der Theorie des bürgerlichen Rechtsstaates. Dabei bestehen keine Zweifel daran, dass für ihn die Geltung der demokratischen und sozialen Teilhaberechte nicht nur im bürgerlich-demokratischen Staat, sondern auch in dem Staat einer sozialistischen Gesellschaft unerlässlich ist.

Andreas Diers

Auswahl der Veröffentlichungen von Wolfgang Abendroth:

- *Die deutsche Gewerkschaften* (1954)
- *Bürokratischer Verwaltungsstaat und soziale Demokratie* (1955).
- *Aufstieg und Krise der deutschen Sozialdemokratie* (1964).
- *Sozialgeschichte der europäischen Arbeiterbewegung* (1965).
- *Wirtschaft, Gesellschaft und Demokratie in der Bundesrepublik* (1965).
- *Das Grundgesetz. Eine Einführung in seine politischen Probleme* (1966).
- *Ein Leben in der Arbeiterbewegung* (1976).
- *Geschichte der Arbeiterbewegung* (1985).

Seit 2006 erscheinen Bände der Werkausgabe Wolfgang Abendroths: *Gesammelte Schriften. Band 1 ff.* (Herausgegeben von Michael Buckmiller, Joachim Perels und Uli Schöler); Offizin-Verlag Hannover 2006 ff.

Veröffentlichungen zum Leben und Werk Wolfgang Abendroths:

Friedrich-Martin Balzer, Hans Manfred Bock, Uli Schöler (Hrsg.): *Wolfgang Abendroth. Wissenschaftlicher Politiker. Bio-bibliographische Beiträge*; Leske + Budrich, Opladen 2001
 Friedrich-Martin Balzer (Hrsg.): *Wolfgang Abendroth für Einsteiger und Fortgeschrittene. Aufstieg und*

Krise der deutschen Sozialdemokratie + Gesamtbibliographie der Veröffentlichungen. CD-ROM; 2. Auflage, Pahl-Rugenstein-Verlag, Bonn 2006

Andreas Diers: *Arbeiterbewegung – Demokratie – Staat, Wolfgang Abendroth – Leben und Werk 1906-1948*; VSA-Verlag, Hamburg 2006

Richard Heigl: *Oppositionspolitik. Wolfgang Abendroth und die Entstehung der Neuen Linken (1950-1968)*; Argument-Verlag, Hamburg 2008

Peter Römer: *Recht und Demokratie bei Wolfgang Abendroth*; VAG, Marburg 1986

Joachim Perels: *Der soziale Rechtsstaat im Widerstreit. Zur Verfassungsinterpretation Wolfgang Abendroths aus Anlass seines 100. Geburtstags*; in: *Kritische Justiz*, 2006, Jg. 39, S. 295–302

Uli Schöler: *Die DDR und Wolfgang Abendroth – Wolfgang Abendroth und die DDR. Kritik einer Kampagne*; Offizin-Verlag, Hannover 2008

Abendroth-Schule, in: *Historisch-kritisches Wörterbuch des Marxismus*, Band 1; 2. Auflage, Argument-Verlag, Hamburg 1996, S. 21-29

Leserbrief

Über den 19. Parteitag der DKP

In der Zeitschrift *Arbeiterstimme* Nr. 170 – Winter 2010/2011, schreibt Sepp Aigner „Über den 19. Parteitag der DKP“.

Seine darin enthaltene Beschreibung zweier Strömungen innerhalb der DKP offenbaren eine sehr verengte Sicht auf die Kontroversen innerhalb der Partei.

Schade auch, dass der Leser/die Leserin nur wenig über die Inhalte der Auseinandersetzung innerhalb der DKP erfährt, dafür aber mehr über angebliche Mehrheitsverhältnisse auf dem Parteitag.

Aigner macht „zwei Strömungen“ in der DKP aus: „... eine, die an den traditionellen kommunistischen Grundpositionen festhält und darauf besteht, dass die Partei auf marxistisch-leninistischer Grundlage Avantgarde werden muss ...“, die andere, eine angeblich „... um Leo Mayer gruppierte Neuererströmung... die der These vom kollektiven Imperialismus anhängt ...“ die die KP als eine Stimme unter vielen linken verstehe und die Nähe zu linkssozialistischen Organisationen wie der Partei Die Linke und die Europäische Linkspartei suche.

Offensichtlich soll das laute Zuschlagen von Schubladen, in die Meinungen einsortiert werden, die Dürftigkeit der politischen Inhaltsangabe des Parteitages in diesem Artikel übertönen.

Die Aufgabe, dass die DKP auf marxistisch-leninistischer Grundlage Avantgarde werden muss, ist zwar nicht Inhalt des Parteiprogramms der DKP, aber ein Ziel, das allen zugestanden sei, die sich zu Aigners „marxistisch-leninistischen Flügel“ zählen mögen.

Aber was der Genosse Aigner über die andere „Strömung“ schreibt, ist falsch und irreführend (und das nicht zum ersten mal).

Ich kenne niemanden in der DKP, der/ die sich einer „Neuererströmung“ zugehö-

rig fühlen würde. Da ist Leo Mayer von einer Strömung umgeben die es, außer in der Vorstellung des Autors, gar nicht gibt.

Die These vom kollektiven Imperialismus wurde erstmals im Februar 2002 in der UZ diskutiert mit der Folge eines breiten Diskussionsprozesses in der DKP.

Diese These geht davon aus, dass es gemeinsame, kollektive Interessen der imperialistischen Hauptländer gibt, die diese auch gemeinsam und wo nötig militärisch verfolgen. Gleichzeitig existieren Interessenskonflikte und Konkurrenzen zwischen diesen, vergleichbar einer Räuberbande, die sich nach gemeinsamen Raubzügen um die Beute balgt.

Wann und unter welchen Umständen das gemeinsame, kollektive und wann das konkurrierende Moment überwiegt, das sind diskussionsnotwendige und nicht ein für alle mal beantwortbare Fragen und sie eignen sich kaum zur Charakterisierung von tatsächlichen oder vermeintlichen „Strömungen“ innerhalb der DKP.

Besser als bei Sepp Aigner kann man das nachlesen in der von der Jungen Welt dokumentierten Debatte im Juli und August 2010 (u.a. in „Globalisierung des Kapitals“ von Walter Listl und „Verstärkte Konkurrenz“ von Beate Landefeld).

Recht kurios erscheint mir die Vorhaltung, die sog. Neuererströmung sehe die „KP als eine unter vielen linken Stimmen“.

Dies zu bestreiten hieße ja, dass es außer der Stimme der DKP keine weitere linke gäbe. Die DKP ist eine wichtige, eine unverzichtbare, eine marxistische, aber dennoch eben nur eine unter vielen linken Stimmen. Wo ist das Problem dieser Feststellung?

Auch geht die Vermutung, in der DKP „suche“ jemand die Nähe zur Partei Die Linke oder zur Europäischen Linken am Problem vorbei.

Ein Blick ins Programm der DKP, in das der Partei Die Linke und in das der EL klärt dies empirisch. Da braucht man nichts suchen. Aber überlegt werden muss immer

wieder, welche taktische und grundsätzliche Politik sich aus dieser Nähe ergibt, wo Zusammenarbeit nötig und sinnvoll ist.

Statt Stimmen zu zählen, noch dazu von Strömungen, deren Inhalt auch noch verfälscht widergegeben wird, ist ein Nachdenken z.B. darüber nötig, welchen Charakter diese Krise hat, was sich für eine Kommunistische Partei aus der Globalisierung des Kapitals und seiner neoliberalen Herrschaftsvariante ergibt.

Statt um die Mehrheitsverhältnisse der Strömungen in der DKP zu fabulieren geht es ums Nachdenken darüber, warum z.B. die gegenwärtige Krise nicht die Stunde der Linken ist.

Wie kann die DKP eine aktivere und organisierende Rolle im Kampf gegen die neoliberale Lösung der Krise spielen?

Wie können KommunistInnen der DKP eine zusammenführende und vorwärtstreibende Rolle in den Gewerkschaften und den gesellschaftlichen Bewegungen spielen?

Welchen Beitrag erbringen die KommunistInnen für ein alternatives gesellschaftliches Projekt der Linken und der gesellschaftlichen Bewegungen, das die Hoffnung auf Veränderung wieder herstellt und die arbeitende Klasse und alle fortschrittlichen Menschen mobilisiert?

Welchen Beitrag erbringen die KommunistInnen zum Aufbau einer gesellschaftlichen Gegenmacht und im Kampf um Hegemonie und die Emanzipation der Arbeiterklasse?

Wie kann perspektivisch der Weg zum Sozialismus geöffnet werden?

Darum geht der Streit in der DKP, der viel zu wichtig ist, als dass die unterschiedlichen Meinungen darüber in der DKP in den gut sichtbar etikettierten Schubladen selbsternannter Strömungsdeuter verschwinden dürfen.

Walter Listl, DKP Südbayern

Impressum:

Verantwortlich im Sinne des Presserechts: Thomas Gradl, Bucherstr. 20, 90408 Nürnberg, Druck: Eigendruck im Selbstverlag. Verleger, Zuschriften: Thomas Gradl, Postfach 910307 90261 Nürnberg
e-Mail: redaktion@arbeiterstimme.org
www.arbeiterstimme.org

Bankverbindung: Hans Steiger, Postbank München, BLZ 700 100 80, Konto: 665924-808. Für Überweisungen aus dem Ausland: Iban: DE 85 7001 0080 0665 9248 08
BIC PBNKDEFF

Die Arbeiterstimme erscheint viermal im Jahr. Abonnement und Geschenkabonnement kosten 13.- € (einschließlich Versandkosten). Über Förderabonnements (ab 20.- € aufwärts) sind wir sehr erfreut. Den Betrag bitten wir, jeweils am Jahresanfang zu überweisen. Rechnungserstellung erfolgt aus Kostengründen in der Regel nicht, sondern nur auf Wunsch. Die Abonnements können zum Jahresende gekündigt werden. Falls die Bezahlung des Abonnements eine Belastung darstellt (z.B. aus sozialen Gründen), schicken wir die Arbeiterstimme auch kostenlos zu. An

Tausch-Abos mit anderen Zeitschriften sind wir interessiert, bitte schickt uns ein Probeexemplar. Die inhaltliche Mitarbeit bei der Arbeiterstimme ist erwünscht: Die Redaktion behält sich aber das Recht vor, Artikel abzulehnen, zu ändern oder zu kürzen. Helft mit, die Arbeiterstimme zu verbreiten! Schickt uns Adressen von politisch interessierten Menschen, denen wir die Arbeiterstimme probeweise zuschicken können.

Nachdruck nur mit Einverständnis der Redaktion (außer bei politisch nahestehenden Organisationen) und gegen Zusendung von Belegexemplaren.

Literaturliste

| | |
|---|---------------------------------------|
| K. H. Tjaden: Struktur und Funktion der KPD-Opposition eine Untersuchung zur „Rechtsopposition“ im deutschen Kommunismus zur Zeit der Weimarer Republik, SOAK-Verlag | 1983, 234 Seiten , 14,00 € |
| Die Bremer Linksradikalen | 66 Seiten, 2,00 € |
| Register der „Arbeiterstimme“ 1971 - 1975, 1976 - 1981, 1981 - 1989 | je 1,00 € |
| Isaac Abusch: Erinnerungen und Gedanken eines oppositionellen Kommunisten (Hrsg. Achim Kowalczyk) | Sonderpreis 192 Seiten, 5,00 € |
| Immer noch Kommunist? Erinnerungen von Paul Elflein | 146 Seiten, 5,00 € |
| Theodor Bergmann: Gegen den Strom , Die Geschichte der KPD-Opposition (KPO) (Neuaufgabe) | 624 Seiten, 20,00 € |
| Jens Becker: Heinrich Brandler – Eine politische Biographie | 510 Seiten, 20,00 € |
| Herausgegeben von der Gruppe Arbeiterpolitik: Einführung in den dialektischen Materialismus Vorträge an der Sun-Yat-Sen-Universität Moskau (August Thalheimer) | 1927, 191 Seiten, 1993, 5,00 € |
| Zurück in die Eierschalen des Marxismus? Zum Existentialismus als bürgerliche Philosophie (August Thalheimer) | 30 Seiten, 1,50 € |
| 1923, eine verpaßte Revolution? Die deutsche Oktoberlegende und die wirkliche Geschichte von 1923 (August Thalheimer) | 1931, 32 Seiten, 1,50 € |
| Um was geht es? Zur Krise der KPD (August Thalheimer) | 1929, 32 Seiten, 1,50 € |
| Plattform der Kommunistischen Partei Deutschlands (Opposition) | 1931, 75 Seiten, 3,00 € |
| Wie schafft die Arbeiterklasse die Einheitsfront gegen den Faschismus? Eine kritische Untersuchung der Fragen: 1. Warum sind reformistische Methoden untauglich zum Kampf gegen den Faschismus? 2. Warum hat die bisherige kommunistische Taktik im Kampf gegen den Faschismus versagt, und wie muß sie geändert werden? (August Thalheimer) | 1932, 34 Seiten, 1,50 € |
| Der Zusammenbruch der Weimarer Republik - und was weiter? | 1932, 27 Seiten, 1,50 € |
| Volksfrontpolitik , ihre Ursachen und Folgen am Beispiel Frankreichs und Spaniens. Artikel aus dem „Internationalen Klassenkampf“ von 1935 - 1939. Eingeleitet von der Gruppe Arbeiterpolitik | 1974, 95 Seiten, 2,50 € |
| Fluchtpunkte , Nürnberg und Bremen – Zwei Hochburgen der deutschen Arbeiterbewegung | 316 Seiten, 20 € |
| Die Potsdamer Beschlüsse , Eine marxistische Untersuchung der Deutschlandpolitik der Großmächte nach dem 2. Weltkrieg (August Thalheimer) | 1945, 32 Seiten, 1,50 € |
| Grundlinien und Grundbegriffe der Weltpolitik nach dem 2. Weltkrieg (August Thalheimer) | 1946, 27 Seiten, 1,50 € |
| Weißer Flecken , Über die Geschichte der Sowjetunion, u. a. Neue Ökonomische Politik, Industrialisierung, Kollektivierung, Opposition und Prozesse, Massensäuberungen, Belagerte Festung | 1991, 72 Seiten, A4, 4,00 € |
| August Thalheimer and German Communism – Revolutionary History | 320 Seiten, 15 € |
| Grundlagen der Einschätzung der Sowjetunion (August Thalheimer) | 1952, 43 Seiten, 1,50 € |
| Die Sowjetunion und die sozialistische Revolution (Heinrich Brandler) | 1950, 140 Seiten, 5,00 € |
| Revolutionäre oder konterrevolutionäre Kritik an der Sowjetunion , Auseinandersetzung mit der Kritik Kravchenkos und Solschenizyns an der SU | 1974, 68 Seiten, 3,00 € |
| Über die sogenannte Wirtschaftsdemokratie (August Thalheimer) | 1928, 54 Seiten, 2,00 € |
| Der Weg der Gewerkschaften , Um eine richtige kommunistische Politik nach dem 2. Weltkrieg (Waldemar Bolze) | 1948, 181 Seiten, 4,00 € |
| Ostblock - Westblock , Internationale monatliche Übersichten 1945 - 48 (August Thalheimer) | 7,50 € |
| Der Faschismus in Deutschland , Analysen und Berichte der KPD-Opposition | 1928- 1933, 295 Seiten, 8,00 € |

Bestellungen an: Thomas Gradl, Postfach 91 03 07, D-90261 Nürnberg



240 Seiten, Paperback,
€ 12,-
 ISBN 3-00-010296-5
 Herausgegeben
 von der *Gruppe Arbeiterstimme*

Die Niederlage der spanischen Republik 1939 war eine Niederlage für die spanische und internationale Arbeiterbewegung und ist bis heute Thema ungezählter Bücher.

Die Aufsätze in dem vorliegenden Buch sind erstmalig in der *Arbeiterstimme* in den Ausgaben September 1986 bis Oktober 1987 veröffentlicht und später in einer Broschüre zusammengefasst worden.

Uns war es wichtig diese längst vergriffene Broschüre mit einigen Ergänzungen neu aufzulegen.

Denn es handelt sich um eine der seltenen Darstellungen der Ereignisse in Spanien aus der Sicht der KPO (Kommunistische Partei – Opposition), bzw. der sich in diese Tradition stellenden Gruppe. Die Position dieses Teils der Arbeiterbewegung wird in der bis heute andauernden Diskussion kaum zur Kenntnis genommen. Im Anhang werden einige Diskussionsbeiträge aus unserer Zeit dokumentiert. Die Kämpfe in Barcelona im Mai 1937, und die Kontroverse um den „Fall Maurin“ werden unter Verwendung erst jetzt zugänglicher Materialien dargestellt.

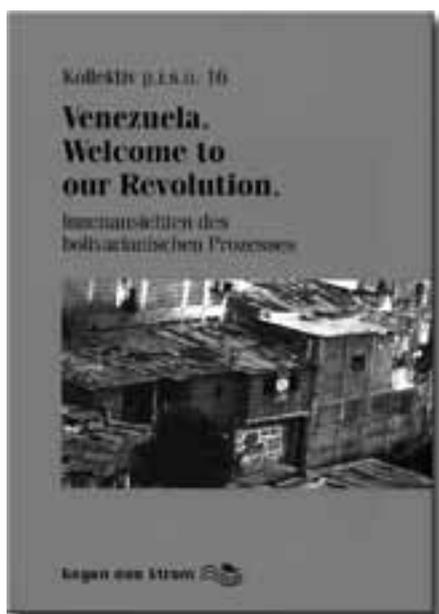
Wir sehen dieses Buch auch als einen Beitrag zur Diskussion über eine der Ursachen, die zur weltweiten Niederlage der Arbeiterbewegung und der Ansätze zum Sozialismus geführt haben.



510 Seiten, Paperback,
€ 20,-
 ISBN 3-87975-767-4

Venezuela – Welcome to our Revolution

Innenansichten des
 bolivarianischen Prozesses



168 Seiten, Paperback,
€ 10,-
 ISBN 3-9809970-1-4
 Herausgeber: Kollektiv p.i.s.o. 16

Bereits der Versuch, die sogenannte „bolivarianische Revolution“ in Kategorien zu fassen, die kompatibel zu linken Diskursen in Deutschland sind, ist schwierig: Befindet sich Venezuela bereits in einem revolutionären Transformationsprozess? Oder lässt sich die politische Realität besser als vorrevolutionäre Situation beschreiben, in der sich die gesellschaftlichen Widersprüche stetig verschärfen und in naher Zukunft zu einer weitergehenden Umwälzung führen werden? Oder sind beide Prozesse, der der Transformation wie der der Zuspitzung gleichzeitig vorzufinden, je nach gesellschaftlichem Bereich? Und welche Bereiche sind diesen Prozessen unterworfen – und welche (bislang) nicht?

Den Schwerpunkt des Buches bilden 18 Interviews, die im September 2004 in Venezuela geführt wurden.

Bestelladresse:
Gegen den Strom
Schwanthalerstraße 139
80339 München
gds-verlag@gmx.de

oder:
T. Gradl
Postfach 910307
90261 Nürnberg



624 Seiten, Paperback,
€ 20,-
 ISBN 3-87975-836-0

Bestelladresse:
T. Gradl
Postfach 910307
90261 Nürnberg